

UnAufgefördert

Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität
Mai 1997

9. Jahrgang



**Das da hätt einmal fast die Welt regiert.
Die Völker wurden seiner Herr. Jedoch
Ich wollte, daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.**

Brecht "Kriegsfibel"

Deutschland 52 Jahre nach Kriegsende. Mit Denkmälern, Denkmälern und Ritualen, Bewältigung, Verdrängung und Entschädigung beschäftigt sich die UnAuf **im extra.**

Skeptiker



Wissensvorsprung durch kostenloses 14tägiges Probestudium.

Studenten sind bekannt für ihren wachen Verstand und ihr ausgeprägtes Kritikvermögen.

Darauf setzen wir. Nicht nur weil wir möchten, daß Sie uns 14 Tage lang einer intensiven Prüfung unterziehen, sondern auch und gerade, weil Ihr Urteil und Sie uns so wichtig sind.

Deshalb finden Sie jetzt neben vielen anderen positiven Veränderungen in der Berliner Morgenpost den neuen, regelmäßigen Informations-Service über alles Wichtige und Wissenswerte aus den Berliner Hochschulen und Universitäten.

Überzeugen Sie sich dabei von der umfassenden Berichterstattung in all jenen Bereichen, die Sie zu Recht von Ihrer Zeitung erwarten. Und profitieren Sie davon besonders im lokalen und hauptstädtischen Bereich durch

eine besonders intensive Berichterstattung aus Berlin – dem Ort, wo Sie Ihr heutiges Leben und Ihre Zukunft maßgeblich gestalten.

Dabei möchten wir Ihnen helfen. Durch eine gut gemachte, weil gut gedachte Zeitung, die den kritisch-konstruktiven Journalismus verstärkt in den Vordergrund stellt.

Gehen Sie 14 Tage mit der Berliner Morgenpost in Klausur. Nach dieser Zeit endet die Lieferung automatisch – Skeptiker gehen also keinerlei Risiko ein. Falls wir Sie aber überzeugt haben, gibt es extra für Sie das besonders günstige Studenten-Abonnement. Für nur 15,90 DM im Monat.

Einfach Postkarte abschicken oder anrufen: 030/198 12. Täglich von 8 – 20 Uhr.

BERLINER MORGENPOST

BERLINER ALLGEMEINE

Wir bringen es zur Sprache

Editorial

Wieder ist's Mai, und wieder ein Jahr vorbei ...

Daß ein Jahr eine lange Zeit ist, in der viel passieren kann, ist wohl fast jedem bewußt. Daß aber auch eine Woche sehr lang sein kann und daß sich in so einer Woche eben auch viel ändern kann, fällt vielleicht nicht gleich ins Auge. Dennoch: Der Redaktionsschluß unserer Titelgeschichte „Mai 1997 – 52 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Diktatur“ (zwischen S. 16 und 17) lag eine Woche vor dem für den Rest der Zeitung. Und in dieser einen Woche hat sich bezüglich der Entschädigung von Deserteuren bereits eine Kleinigkeit getan. Um auf einem neueren Stand der Dinge zu sein, sollte also unbedingt auch der Nachtrag in den Politik-Njuhs (S. 4) gelesen werden.

Auch hinsichtlich des Vertrags zwischen den Universitäten und dem Berliner Senat zeichnen sich neuerliche Richtungsänderungen ab (ebenfalls Politik-Njuhs). Doch Veränderungen gibt es auch anderen Ortes. So soll zum Beispiel das Jurastudium inklusive der juristischen Referendariatszeit reformiert werden. Die Reformideen stoßen allerdings bei den Studenten auf wenig Gegenliebe. Warum das so ist, geht aus der Stellungnahme des Bundesarbeitskreises Kritischer JuristInnen hervor (siehe S. 8 und 9). Ebenfalls großen Mut zur Veränderung beweist derzeit Prof. Hans Meyer. Er will die Anfang diesen Jahres ins Berliner Hochschulgesetz aufgenommene Erprobungsklausel nutzen, um die HU zu reformieren. Die erste Meyer'sche Phase der Reform wird dieser Tage eingeleitet. Was dabei verändert wird und was hinterher dabei herauskommen soll, steht auf Seite 5.

Drum lest!

Eure UnAuf



... nochmal hops ...

UnAufgefordert

Die Studentinnen- und Studentenzeitung
an der Berliner Humboldt Uni.

Erstmals erschienen am 17. November 1989

Herausgeberin:

StudentInnenparlament der HUB

Chefredakteurin:

Franziska Busse (mit-c)

verantwortlich für diese Nummer:

Frank Dalichow (Al Wur),

Jana Schütze (schü)

Redaktion:

Franziska Ahles (franziska), Beatrix Altmann

(ix), Ingo Bach (ojoff), Stefan Beetz (atze),

Christian Domnitz (cd), Antje Meinhold

(rebus), Ulrich Miksch (ulli), Rüdiger Neick

(roody), Benjamin Pichlmaier (godot), Sammi

Sandawi (che), Jens Schley (jot), Kathrin

Schlieter (ks), Thomas Schmid (ts), Ulrike

Stangner (rike), Wolf-Christian Ulrich

(antobus), Sylvia Wassermann (sw)

Verantwortliche für Anzeigen: sw

Satz: atze

Titelfoto: Fotoarchiv Sachsenhausen

Verantwortlich für die Farbe der Zeitung ist
der Autor des Fortsetzungsromans.

Kürzel dürfen nur von Redaktionsmitgliedern
verwendet werden. Alle Artikel geben die
Meinung des jeweiligen Autors wieder.

Kontakt:

Humboldt-Universität zu Berlin

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Hauptgebäude Raum 3022

Tel.: 2093 2288, Fax.: 2093 2754

Öffentliche Redaktionssitzungen:

montags um 18.00 Uhr.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:

23. April 1997

Druck:

FATA MORGANA Verlag

Brunnenstr. 181

10119 Berlin

gedruckt auf Recyclingpapier

Für alle Fakten besteht das Recht auf
Gendarstellung in angemessenem Umfang.

Nachdruck nach vorheriger Nachfrage
möglich. Wir bitten um Quellenangabe und
Belegexemplar.

Die Redaktion behält sich vor, **Leserinnen-
und Leserbriefe** gekürzt zu veröffentlichen.

Nächste Ausgabe:

UnAufGEFORDERT Nr. 85

erscheint am 2. Juni 1997,

Redaktionsschluß ist der 21. Mai 1997.

Inhalt



extra – Mai 1997

Einleitung

S. 1

Die Berliner Universität 1933–45

Durch und durch nationalsozialistisch

S. 2

Das Holocaust-Mahnmal

Eine unendliche Geschichte

S. 7

Entschädigung von NS-Opfern

Im Zuge der Endlösung ...

S. 10

Die Nazis und die Schwulen

Verfolgungswahn

S. 12

Besuch eines Konzentrationslagers

Bewältigung oder Ritual

S. 14

Ausstellung in Sachsenhausen

Die eigene Geschichte

S. 16



Njuhs

S. 4

StuPa-RefRat-Ticker

S. 6

Zur Erprobungsklausel

Alles wird gut ...

S. 5

1. Sitzung des 5. StuPas

3 Minuten Redezeit

S. 7

Zum juristischen Referendariat

Reformen? Ja!

S. 8

Stellungnahme des BAKJ

S. 9



Njuhs

S. 10

Zu Gender Studies/Geschlechterstudien

Experimente wagen

S. 11

Wie in Amerika, so in Berlin?

S. 11

Studieren in Sevilla

S. 13

Sieben Tage hat die Woche

S. 16



Bücher

Bocksgesänge

S. 18

Bindestrichbürger

S. 19

Theater

S. 20

Kino

S. 23

Musik

S. 24



Metropolen in Deutschland: Weimar

S. 26



Rätsel

S. 28

Liebesbriefe

S. 29

Tips und Termine

S. 30

Morgenduft, Rabattzeit

S. 31

Comic

S. 32

TITEL

zwischen S. 16 und 17

POLITIK

STUDIEREN

KULTUR

LEBEN

REST

Prof. Meyer im focus:

„Professor Hans Meyer, Präsident der alt-ehrwürdigen Humboldt-Universität, hält sein Haus Unter den Linden selbstbewußt für ‚die zur Zeit interessanteste Universität in ganz Deutschland. Hier wird die Vereinigung im kleinen gelebt!‘ Staatsrechtler Meyer will die Naturwissenschaften zusammen mit Industrielabors im Techno-Park Adlershof konzentrieren, einige ‚exotische Angebote‘ schließen und dafür traditionelle Kernfächer wie Jura durch Fremdsprachen stärken.

Ob der Versuchsreaktor Berlin tragfähige Wettbewerbsstrategien erbrüten wird, bleibt abzuwarten. Große Hoffnung, daß die Politik ihm und seinen Kollegen den Weg ins 21. Jahrhundert bahnen wird, hat Meyer nicht: ‚Als sich in den 70er Jahren allmählich der Studentenberg aufbaute, kam Politikern die Idee, ihn zu untertunneln. In diesem Tunnel sitzen sie heute noch, blind wie die Maulwürfe. Das ist der Zustand der Hochschulpolitik.‘

Meyer setzt lieber auf die Selbstheilungskraft des Wettbewerbs: ‚Wir müssen uns von der Gleichmacherei befreien und jeder Universität ihren eigenen Stil zuge stehen.‘ "

1000 Mark Studiengebühren pro Semester

Mit den Stimmen von CDU, FDP und „Republikanern“ wurde in Baden-Württemberg eine Änderung der Landeshochschulgesetze in drei wesentlichen Punkten verabschiedet. Wissenschaftsminister Klaus von Trotha (CDU) forderte die Bundespolitik auf nachzuziehen: „Wir tun was

– und das sollte auch für die anderen Akteure gelten ... Jetzt ist Bonn am Zug.“

Zum einen soll eine Experimentierklausel die Erprobung neuer Verwaltungsstrukturen ermöglichen, andererseits müssen 40 % der Studienbewerber für Fächer mit hochschulinternem Numerus clausus spätestens ab 1999 von den Hochschulen „unter dem Aspekt der fachbezogenen Eignung und Motivation“ ausgewählt werden. Die bedeutendste Änderung dürfte die Einführung von Studiengebühren von 1.000 DM pro Semester ab WS 1998/99 sein. Den Studierenden wird ein „einmaliges Bildungsguthaben in Höhe der Semesterzahl der Regelstudienzeit zuzüglich vier weiterer Hochschulsemester“ zugestanden, aus dem der Gebührenpflicht nachgekommen werden kann. Ab dem 14. Hochschulsemester wird man jedoch in der Regel zur Kasse gebeten. Die Einnahmen sollen den Hochschulen „in ihrer Gesamtheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre zur Verfügung stehen“. Die Väter und Mütter der Gesetzesänderung erhoffen sich von „über 30.000 Studierenden im 14. und höheren Hochschulsemester ... rein rechnerisch ein Gebührenaufkommen von ca. 30 Mio. DM pro Semester“. Wahrscheinlicher ist, daß es künftig in Baden-Württemberg 30.000 Studierende weniger geben wird.

Rehabilitierung zweiter Klasse

Nachtrag zum UnAuf-Extra in dieser Ausgabe

Die auf Seite 10 im UnAuf-Extra angesprochene Rehabilitierung von Wehr-

machtsdeserteuren scheint nun endlich erfolgt, glaubt man den euphorischen Schlagzeilen der Presse. Tatsächlich geht der am 23. April gefaßte Beschluß des Rechtsausschusses des Bundestages an den Forderungen der Betroffenen vorbei. So werden nicht pauschal sämtliche Urteile der Militärjustiz aufgehoben, sondern nur jene, die „unter Anlegung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht waren“. Für alle anderen, somit rechtmäßigen Urteile wird festgestellt, daß „mehr als 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Untersuchungen über jede einzelne Desertion anzustellen unmöglich“ ist. Es erfolgt somit kein genereller „Freispruch“, sondern lediglich eine generelle „Einstellung der Verfahren“. Die Entschädigungsleistungen sollen nicht, wie z.B. von Bündnis 90/Die Grünen gefordert, eine (gewissermaßen nachträgliche) Einmalzahlung von 5.000 DM sowie eine anschließende Monatsrente von 500 DM betragen, sondern sich auf eine Einmalzahlung von 7.500 DM beschränken.

Versprecher ist Versprecher?

Der umstrittene, von den Hochschulen bereits paraphierte Vertrag mit dem Land Berlin (siehe UnAuf 83) ist wieder vakant. Durch die Veränderungen, die vom Berliner Senat im Zuge seiner Paraphierung einseitig vorgenommen wurden, sind die Verträge für die Hochschulen unannehmbar geworden. Hauptstreitpunkt sind hierbei die Grundstücksverkäufe sowie der geplante Überbrückungsfonds, der sich unter anderem aus den Grundstücksveräußerungen speisen sollte. So sind nunmehr die Verkäufe die einzige Einnahmequelle für den „Nothilfefonds“. Weitere Veränderungen finden sich auch bei der Finanzierung der Bund-Länder-Programme. Die bisherige Formulierung, das Land werde den Landesanteil „nicht gegen den Willen der Hochschule aus deren Haushalt finanzieren“, hatte bei den Studierenden zu der Befürchtung geführt, daß die Hochschulen in Zukunft vor der Wahl stehen, ihre Einwilligung zu geben oder auf eine Beteiligung Berlins an dem jeweiligen Sonderprogramm zu verzichten. Die Neufassung des Paragraphen schafft hier Klarheit: „[...] so wird das Land dafür [neue Bund-Länder-Programme, d.R.] keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen [...]“ Die Reaktion der Präsidenten, unter solchen Bedingungen sei der Vertrag indiskutabel, löste bei Senator Radunski Unverständnis und Bedauern aus ...

Langzeitstudenten ins Exil?

„Bonn muß handeln!“ Eine berechtigte Forderung von Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Klaus von Trotha (CDU). Es darf einfach nicht sein, daß Studenten, die sich zu lange an irgendwelchen Hochschulen „im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes“ rumgedrückt haben und irgendwann in Baden-Württemberg gelandet oder immer geblieben sind, nun das Land verlassen und z.B. in Berlin hochschulpolitisches Asyl beantragen. Es muß unbedingt ein Gesetz verabschiedet werden, zur sofortigen Abschiebung von Studiengebührenflüchtlings, wenn sie über ein sicheres Drittbundesland eingereist sind. Doch damit nicht genug. Auch Baden-Württembergs Innenminister muß handeln. Schon durch geeignete Grenzkontrollmaßnahmen (unser Layouter schlägt eine Visumpflicht für Erstsemester vor, aber das ist nicht genug!) muß verhindert werden, daß Studenten illegal das Bundesland verlassen.

Überflüssig hingegen wäre, die Hochschulen zur stärkeren Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen aufzufordern. Da ihnen die Einnahmen aus den Studiengebühren ungeteilt zufließen sollen, sie sich jedoch von dem „Bildungsguthaben“ der Streber, die die Uni schnellstmöglichst verlassen, nichts kaufen können, werden sie von sich aus um einen engen und langanhaltenden Kontakt zu ihren Studenten bemüht sein. Dies erkennend werden bald auch die Studenten in den anderen Bundesländern die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten fordern. Dies hofft zumindest

Al Wur

Alles wird gut ...



Erste Vorschläge zur Umsetzung der Erprobungsklausel nehmen Gestalt an.

Die erste der vom Präsidenten der Humboldt-Universität, Prof. Hans Meyer, angekündigten drei Phasen der Umstrukturierung der Uni scheint ihren Abschluß zu finden. Sie soll die Neuordnung von Aufgaben und Zusammensetzung der zentralen Universitätsgremien (Akademischer Senat (AS), Konzil, Kuratorium) beinhalten.

Die mit der Ausarbeitung entsprechender Vorschläge beauftragte achtköpfige Arbeitsgruppe einigte sich am 17. April auf eine endgültige Empfehlung, die nach Redaktionsschluß im Akademischen Senat diskutiert werden soll. Anschließend wird diese am 16. Mai im Kuratorium beraten und, wenn gewollt, beschlossen. Danach ist noch die Zustimmung des Senators Radunski nötig. Die bisherigen Diskussionen zum Thema zeigen aber, daß es grundsätzlich eine breite Zustimmung zu den vorliegenden Entwürfen gibt, und auch der Senator zeigte sich wohlwollend.

Wie soll die zukünftige Gremienstruktur aussehen?

Grundlage bildet weiterhin ein System von drei Gremien, auch die Sitzverteilungen in Akademischem Senat und Konzil bleiben erhalten. Demnach besteht der Akademische Senat aus 13 ProfessorInnen und jeweils 4 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, sonstigen MitarbeiterInnen und StudentInnen; das Konzil aus 31 ProfessorInnen und jeweils 10 Angehörigen der anderen Mitgliedergruppen. Verändert wird jedoch das Wahlverfahren. Wurden bislang beide Gremien unabhängig voneinander gewählt, so sollen nun die antretenden Listen gleichzeitig für Akademischen Senat und Konzil gewählt werden. Die BewerberInnen mit der höchsten Stimmzahl erhalten die Mandate im Akademischen Senat und sind damit automatisch auch Mitglieder im Konzil. Die BewerberInnen mit den nachfolgenden Stimmzahlen füllen dann gewissermaßen das Konzil auf. Damit soll in Zukunft eine engere Verbindung zwischen den beiden Gremien gewährleistet werden. (Zur Erinnerung: Das Konzil ist das satzungsgebende Organ der Universität und als solches zuständig für den Erlass der Grundordnung und die Wahl der Universitätsleitung. Der Akademische Senat ist für alle Angelegenheiten in Forschung und Lehre, die die Universität als Ganzes betreffen, verantwortlich.)

Ein strittiger Punkt war, ob die Dekane der Fakultäten als sogenannte geborene Mitglieder, also kraft ihres Amtes, diesen beiden Uni-Gremien angehören sollen. Die Entscheidung darüber wurde jedoch vorerst aufgeschoben, bis über das Verhältnis von Fakultäten und Zentralverwaltung beschlossen wird.

Kernpunkt der Reform wird jedoch der komplette Umbau des Kuratoriums und eine damit verbundene Neuverteilung der Entscheidungskompetenzen zwischen Landesregierung und Universität sein. Dieses neue Kuratorium wird in der derzeitigen hochschulpolitischen Diskussion in der Regel als „Hochschul-Board“ oder Aufsichtsrat bezeichnet. Statt aus Mitgliedern der Hochschule und der Landesregierung soll es sich nun aus 8 „Experten“ zusammensetzen. Sie „sollen weder zur Universität noch zum Land eine zu enge Beziehungen haben. [...] Sie sollen keine Verbandsfunktionäre sein.“ Diese KuratorInnen werden vom Akademischen Senat gewählt und vom Wissenschaftssenator bestätigt. Das Vorschlagsrecht ist vergleichbar mit der derzeitigen Zusammensetzung des Kuratoriums, enthält jedoch eine deutliche Verschiebung zugunsten der ProfessorInnen und der Wirtschaft. Außerdem sind die bisher vertretenen gesellschaftlichen

Gruppen zum Teil vernachlässigt, während dem Präsidenten ein nicht näher bestimmtes Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder zugebilligt wird.

Das Kuratorium soll nur noch übergreifende, richtungsweisende Beschlüsse fällen,

wobei auch hier der Akademische Senat maßgeblichen Einfluß haben kann: Einigt sich der AS nämlich einstimmig, so kann das Kuratorium diesen Beschluß nicht mehr ändern; über eine Zwei-Drittel-Mehrheit des AS kann sich das Kuratorium nur einstimmig hinwegsetzen. Im übrigen ist das Kuratorium für die Wahl eines Kanzlers (wie bisher, hinzu kommt aber die Bestätigung im Konzil) und die Vorschläge für das Präsidentenamt (bisher nur Zustimmung zum Vorschlag des AS) zuständig.

Daß dieses Gremium von „angesehenen Persönlichkeiten“ gewiß geeignet ist, eine Mittlerfunktion in Streitfällen zwischen Staat und Hochschule zu erfüllen, klingt plausibel. Problematisch dabei ist „nur“ die bereits erwähnte Tendenz, die in der Besetzung zu erkennen ist.

Ganz grundsätzlich steht aber die Frage, ob ein solcher „Weisenrat“ ein sinnvoller Ersatz für das mit dem Kuratoriumsmodell bezweckte Zusammenwirken von Staat, Gesellschaft und Hochschule sein kann. Obendrein erscheint es zweifelhaft, daß diese vollständig außenstehenden Personen, die lediglich über das Präsidialamt und den mit beratender Stimme zugehörigen Präsidenten an die Universität angebunden sind, das alleinige Vorschlagsrecht für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin wahrnehmen sollen.

Die in den jetzt vorliegenden Vorschlägen enthaltenen Vorteile scheinen also vor allem in den Kompetenzverschiebungen zugunsten der Universität zu liegen. Ob die strukturellen Veränderungen wirkliche Verbesserungen mit sich bringen, muß sich erst erweisen. Eine tatsächliche Reformierung wurde jedenfalls verpaßt; z.B. blieb die professorale Mehrheit in den Gremien unangetastet, obwohl es dazu mittlerweile vielfältige Kritik und mehrere Reformansätze gibt.

schü

WANTED !!!

Jeder Bluttyp zum Plasmaspenden

Belohnung: **40,- DM**
Aufwandsentschädigung &
Gesundheitscheck*

Blutplasma spende im Ullsteinhaus
ZBK SpezialApherese GmbH,
Mariendorfer Damm 1-3, 12099 Berlin-Tempelhof,
Telefon 70 79 00 40

Montag bis Freitag 7-20 Uhr
Sonnabend 8-14 Uhr

Blut tut gut. Hilft leben!

*Eignungsuntersuchung für Blutspender

Food-Coop ist jetzt offen!

Die Food-Coop an der HUB ist am 9. April '97 eröffnet worden und hat ab Mittwoch, den 23. April '97, regelmäßige Öffnungszeiten (bis auf weiteres): mittwochs 12-14 Uhr und freitags 10-12 Uhr.

Plenum für alle, die Lust haben, aktiv zu werden: montags 18.00 Uhr.

Die Food-Coop befindet sich in der Baracke Dorotheenstraße 12, Raum 3.

Bis jetzt führt sie hauptsächlich Trockenware (Körner, Aufstriche, Nudeln, Müsli etc.) im Verkaufsraum. An frischen Sachen gibt es bisher nur Kartoffeln, Porree, Eier und Brot, es soll aber mehr werden, sobald die Natur es zulässt und die Food-Coop neue Mitglieder und helfende Hände gefunden hat.

Ausschreibung

Der ReferentInnenrat (RefRat) ist ein vom StudentInnenparlament (StuPa) der HU eingerichtetes und besetztes Organ, das kontinuierlich die Interessen der StudentInnenschaft der HU wahrnimmt und entsprechend seiner vom StuPa festgelegten Arbeitsbereiche in Referate unterteilt ist. Diese Arbeitsbereiche orientieren sich (ergänzend zur Arbeit der Fachschaften) nicht an den jeweiligen Fachbereichen, sondern an fachschaftsübergreifenden Interessen der StudentInnenschaft. Dazu sind derzeit folgende Referate eingerichtet:

Antifa, Fachschaftskoordination, Interessenvertretung ausländischer Studierender, Internationalismus, Kultur, Ökologie und Umwelt, Publikation und Studieren mit Kind(ern) sowie Finanzen, Hochschulpolitik, Lehre & Studium, Öffentlichkeit und Soziales.

Den fünf letztgenannten wurde dabei besonderes Gewicht beigemessen. Sie fungieren als sogenannte Kernreferate und betreuen mit 12 Stunden/Woche Büroanwesenheit den Geschäftsbetrieb des RefRats. Sonstige Referate sind entweder normale oder besondere Referate, die einen Aufwand von 6 Stunden/Woche Büroanwesenheit leisten müssen. Entsprechend dieser Pflichtanwesenheit, der damit verbundenen Arbeit und den wöchentlichen RefRat-Plena wird für die Kernreferate eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines BAföG-Höchstsatzes gewährt, für normale und besondere Referate jeweils ein halber BAföG-Höchstsatz.

Bewerben kann sich jede HU-StudentIn, ohne Mitglied des StuPas sein zu müssen. Damit soll auch Nicht-StuPa-Mitgliedern die Möglichkeit offengehalten werden, sich in den verschiedenen Bereichen engagieren zu können. Eine Zusammenarbeit der Mitglieder der Referate im RefRat ist notwendig, um neben der täglichen Büroarbeit anlaufende Informationen mit den anderen Referaten/ReferentInnen weiterleiten /verarbeiten und die Entscheidungsfindung/Meinungsbildung sowohl auf RefRat-Plenabeschlüssen als auch bei Stellungnahmen des RefRats aus mehreren verschiedenen Blickwinkeln bewerten zu können und auf viele Schultern zu verteilen. Der Bürodienst bzw. die Sprechzeiten selbst sollen vornehmlich gewährleisten, daß die Referate für die StudentInnenschaft erreichbar- und ansprechbar sind. Zudem beinhaltet die RefRat-Arbeit, Materialien für studentische Aktionen, Projekte, Gruppe etc. be-

reitzustellen, Infos organisieren zu helfen und weiterzuleiten, Veranstaltungen mitzuplanen und durchzuführen, den Kontakt zu den (studentischen VertreterInnen in den) verschiedenen Unigremien, der Univerwaltung, der außeruniversitären Öffentlichkeit im allgemeinen und gesellschaftlichen/studentischen/stadtpolitischen Initiativen im besonderen zu halten. Um parallel dazu auch die inhaltliche Arbeit des jeweiligen Referats zu gewährleisten, sind die einzelnen Referate ihrem Wesen nach als Referatsgruppen gedacht, die möglichst offen gehalten werden sollten und zu diesem Zweck monatlich mindestens einmal ein öffentlich ausgeschriebenes Plenum abhalten sollen. Die ReferentInnen und CoReferentInnen vertreten die Referatsgruppe nach innen und außen, sind gegenüber StuPa und RefRat informations- und rechenschaftspflichtig und übernehmen mit ihrer Bewerbung/Wahl die Verantwortung für die Fortführung der Arbeit des jeweiligen Referats. Derzeit sucht das StuPa der Humboldt-Universität engagierte StudentInnen zur Wahl des/der:

ReferentIn, CoReferentIn für Hochschulpolitik
ReferentIn, CoReferentIn für Soziales
ReferentIn, CoReferentIn für Finanzen
ReferentIn für Öffentlichkeit
ReferentIn für Lehre & Studium (ab Juli)
ReferentIn, CoReferentIn für Internationales
ReferentIn, CoReferentIn für Ökologie und Umwelt
ReferentIn für Kultur
ReferentIn für Publikation

Zu Deiner Bewerbung beim StuPa gehören Name, Anschrift, Matrikelnummer sowie eine kurze Vorstellung Deiner Person und Deiner Konzepte/Ideen für die fortführende Gestaltung des Referats, für das Du Dich bewirbst.

Die Bewerbung ist bis vor der nächsten StuPa-Sitzung (sichere Aushänge) einzureichen und auf dieser Sitzung vorzustellen. Dort erfolgt anschließend die Wahl für das jeweilige Referat.

Hast Du Interesse an der Arbeit in dem einen oder anderen Referat, so wäre es sinnvoll, sich mit den jeweiligen ReferentInnen im RefRat-Büro (Dorotheenstr. 17, Mo-Fr 10-16 Uhr) vorher in Verbindung zu setzen.

Selbst für den Fall, Du wirst nicht gewählt oder möchtest einfach nur so im RefRat bzw. einer Referatsgruppe mitarbeiten, sind Dein Interesse und Deine Ideen stets gern willkommen.



Rund um die HU

Ab in die MITTE !

Der UNI - verselle
CLUB
Kneipe • Café • Bar • Diskothek

**Studentenclub
in der
Humboldt - Universität
Universitätsstraße 4,
☎ + FAX 208 28 83**

Montag bis Freitag ab 09.00 Uhr geöffnet
VERANSTALTUNGEN
mittwochs
21.00 Uhr bis 03.00 Uhr
freitags & samstags
21.00 Uhr bis 05.00 Uhr



Am 14. April 1997 tagte zum erstenmal
das nunmehr fünfte StudentInnenparlament der Humboldt-Universität.

Von den vierzehn in das StuPa gewählten Listen waren neun noch nie oder in den letzten Jahren nicht mehr im wichtigsten Entscheidungsgremium der StudentInnenenschaft vertreten. Ihre Anwesenheit macht das StudentInnenparlament nicht nur bunter; die erste Sitzung des neu gewählten Gremiums signalisierte auch, daß sich die neu gewählten Studentenparlamentarier intensiver als bisher mit ihrer Rolle an der Humboldt-Universität und ihrem Rückhalt unter der StudentInnenenschaft beschäftigen wollen. Nichtsdestotrotz zeigte die erste Sitzung, welche immensen Defizite das StudentInnenparlament auf dem Weg zu einer effektiveren Interessenvertretung noch aufarbeiten muß.

Ein Eklat ohnegleichen

Nachdem sich die Studentenparlamentarier gleich zu Beginn ihrer Sitzung in seltener Einstimmigkeit und zielstrebig dazu entschlossen hatten, im folgenden ihre Redezeit auf drei Minuten zu beschränken (Antrag von Michael Hammerbacher, Linke Liste), folgte ein Eklat ohnegleichen: Von den fünf Kandidaten für das ebenfalls fünfköpfige Präsidium des StuPas wurden nur die Kandidaten der Studentischen Interessenvertretung (Anna Blankenhorn) und der Linken Liste (Lorenz Frey und Thorsten Grave) gewählt, die Kandidaten der Jusos (Philipp Steinberg) und von Grünboldt (Olaf Grewe) hingegen erhielten nicht die erforderliche Stimmenanzahl. Sieht man einmal davon ab, daß hier wohl auch persönliche und listentaktische Gründe eine Rolle spielten, so spricht dieses Abstimmungsverhalten vor allen Dingen für ein fehlendes Verständnis politischer Kultur. In jedem demokratischen Gremium, ob auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene, ist es üblich, daß man die im Gremium vertretenen Gruppen oder Parteien repräsentativ an der Organisation und Leitung der gemeinsamen Gremienarbeit beteiligt. Man stelle sich nur einmal vor, das Berliner Abgeordnetenhaus hätte es gewagt, Vertreter der bei CDU und SPD verhassten viertstärksten Partei PDS nicht in das Präsidium zu wählen; es wäre ein politischer Skandal. Nach diesem verkorksten Einstand, der verständlicherweise bei den Vertretern von Grünboldt und Jusos zu dem Eindruck führte, sie seien hier nicht erwünscht, hielt es denn auch niemand für nötig, sich bei dem bisherigen Präsidium zu bedanken, welches im vergangenen Jahr entscheidenden Anteil an der Funktionsfähigkeit des StuPas hatte.

Unsinniges Verhalten

Das Ergebnis dieses unsinnigen Verhaltens ist ein nur eingeschränkt arbeitsfähiges Präsidium, welches nun immer vollzählig anwesend sein muß, um beschlußfähig zu bleiben. Lorenz Frey hat denn auch bereits angekündigt, auf der nächsten StuPa-Sitzung nach weiteren Kandidaten zu suchen.

Die nach diesem Tiefpunkt politischer Kultur – der gleichwohl den meisten Parlamentariern verborgen blieb – folgende Sitzung war abgesehen von dem üblichen Hickhack vor allen Dingen von zwei spannenden Diskussionen geprägt, die auch auf den nächsten Sitzungen lebendig bleiben dürften. Zum einen verlangten die neuen Listen in nur kurz behandelten bzw. vertagten Anträgen wiederholt eine stärkere Kontrolle des RefRats und eine höhere Transparenz der Arbeit durch das StuPa (Antrag der Student. Interessenvertretung zur Neuwahl aller Referenten [vorläufig zurückgezogen], Antrag zur Änderung der Wahlmodi und Antrag zur Verlagerung der Finanzkompetenz des RefRats in das StuPa), zum anderen zeigte die bereits seit

Januar laufende Diskussion um die Rechte der Fachschaften (siehe UnAuf Nr. 83), welche tiefe Kluft zwischen den Fachschaftsvertretungen und dem StudentInnenparlament inzwischen besteht und wo die Hauptaufgabe des neuen StudentInnenparlaments angesichts steigender Verteilungskämpfe in der Universität liegen wird: In einer Rückkopplung zu den scheinbar bereits vergessenen Interessen

der Studenten. Es ging um die finanzielle und politische Autonomie der Fachschaften, deren Vertreter – wie am Beispiel des „Bücherkampfes“ gezeigt – wesentlich unmittelbarer mit den Nöten der Studenten angesichts einer darbenenden Universität konfrontiert sind, und der Frage nach politischen Strategien des StuPas angesichts dieser Situation. Nachdem ein Antrag Sammi Sandawis (Student. Interessenvertretung) auf Aufhebung des Beschlusses vom 20.01.1997 über die Beschneidung der Finanzautonomie der Fachschaften nach erbitterter Diskussion schließlich angenommen wurde, forderten die Koordinatoren der Fachschaftsarbeit, Sonja Dreher und Jens Neumann, angesichts der harten Diskussionen der letzten Monate um das Mitspracherecht der Fachschaften ein suspensives Vetorecht für alle die Fachschaften betreffenden Beschlüsse, dem das StuPa nach anfänglicher Ablehnung nun positiv gegenübersteht und so seine konfrontative Haltung gegenüber den Fachschaften wieder aufgibt (über den Antrag wird erst auf der übernächsten StuPa-Sitzung beschlossen).

Endlich wieder Leben

Insgesamt, so scheint es, ist nach zweijährigem Still- und Niedergang wieder Leben in das StudentInnenparlament gekommen. Vielleicht gelingt es den neuen und alten Parlamentariern, die gewiß nicht mehr auf einer politischen Linie liegen, sich wieder Gehör in der Universität und bei ihrem Präsidenten Meyer zu verschaffen, der sich längst unabhängig und ohne Rücksicht auf die Meinung der Studenten an einen radikalen Umbau der Universität macht. Es würde der Legitimation und Achtung des wichtigsten studentischen Gremiums der Universität gut tun.

jot

StuPa das Fünfte

Die nächste StuPa-Sitzung ist voraussichtlich Ende Mai/Anfang Juni, als Gast ist Präsident Meyer geladen.





Reformen? Ja!

Aber ohne die Betroffenen?

Der nächste BAKJ-Kongreß findet unter dem Titel „Es ist angeordnet: Soziales Fressen“ im Juni '97 in Berlin statt. Das Programm ist unter Tips und Termine nachzulesen.

Daß der Staat kein Geld hat, hören alle jeden Tag. Daß er deshalb gerade an der Bildung spart und sparen möchte, merkt man jeden Tag.

Auf der Strecke bleiben, wenn sich der Staat bildungspolitisch seiner Verantwortung gern entziehen möchte, auch und vor allem die Studiengänge, die bisher, weil auf einen späteren Staatsdienst angelegt, dem Staat auch am nächsten stehen wie Lehramter und Jura. Am Ende der jeweiligen Ausbildungsabschnitte stehen in diesen Fächern Staatsexamina. Kaum sind in dem von seinen Finanznöten so gebeutelten Berlin die Prüfungsgebühren für das erste juristische Staatsexamen vom Tisch, die dafür auch bei anderen Staatsexamens-Fächern langsam ein Dauerbrenner werden, wird nun für das Große Juristische Staatsexamen ein „Beitrag“ der Referendare eingefordert. Im (obligatorischen) Referendariat hat der Staat den Absolventen der universitären (Aus)bildung bisher den praktischen Teil des Studiums ermöglicht. Am liebsten abschaffen möchte dieses beispielsweise der Deutsche Anwaltsverein (DAV). „Zu teuer“ lautet das Motto. Heißt hier die Vision der Zukunft „bedarfsorientierte Ausbildung“?

Nach Vorstellung der „Reformer“ müsse die Ausbildung der Studierenden getrennt und beschränkt auf jeweils ein juristi-

sches Tätigkeitsfeld zugeschnitten werden, da 80% der Jura-Absolventen ohnehin den Beruf des Rechtsanwalts ergreifen müßten. Praxisorientierung ist sicher wünschenswert, fragt sich nur um welchen Preis.

Gar nicht gefragt: Die Meinung der Studierenden. Eine Einbindung in die Reformprozesse, so sie denn auf den Weg kommen sollen, fordert unter anderem der Arbeitskreis der Kritischen Juristinnen und Juristen. Ändern möchte der AKJ etwas am bestehenden „obrigkeitsstaatlichen Zustand“ (siehe Dokument) – aber nicht durch die Abschaffung des Referendariats. Vielmehr wird die Durchführung längst fälliger Reformen unter Beteiligung aller Betroffenen, insbesondere auch der Studierenden, die bisher außen vor bleiben mußten, gefordert. Daß das konträr zu den Vorstellungen des Anwaltsvereins etwa oder auch der staatlicher Sparweisen und -stellen ist, liegt auf der Hand. So fand im Februar '97 ein Kongreß der bundesweit koordinierten Initiativen der AKJ's (BAKJ) statt, der die Beteiligungsrechte Studierender einforderte sowie eigene Vorstellungen und Stellungnahmen zu den staatlichen und DAV- Reformvorstellungen entwickelte.

Rike

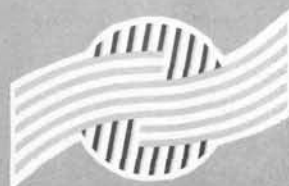


Den ISIC gibt's beim AstA, vielen Studentenwerken, Studentenreisebüros sowie beim reisendienst Deutscher Studentenschaften, Grindelallee 45, 20146 Hamburg

...sprich: Prozente. Das heißt, wer auch auf Reisen günstig davonkommen will, sollte unbedingt einen ISIC im Gepäck haben: Er bringt weltweit Preisvorteile – bis zu 16 Monate lang für nur DM 15.

%e

Für nur DM 15,-
mehr als ein Jahr
lang sparen



ISIC

Die ganze Welt für wenig Geld

I. Grundsätzliches

1. Eine Reform der juristischen Ausbildung, in der die Betroffenen nicht gehört werden, kann nicht funktionieren und ignoriert unsere Interessen. Wir fordern daher, am Diskussionsprozeß vorrangig beteiligt zu werden. Wir verlangen, unsere Positionen auch im Ständigen Ausschuß zur Koordinierung der JuristInnenausbildung der Justizministerkonferenz vorbringen zu können.
2. Die juristische Ausbildung muß allen sozialen Schichten offenstehen. Dies ist derzeit schon in Bezug auf das Studium nur bedingt gewährleistet. Wir weisen daher alle Angriffe auf die „Massenuniversität“ zurück. Bildungsinhalte können nicht zu bloßen Standortfaktoren reduziert werden. Bildung ist notwendige Bedingung für Aufklärung und gesellschaftliche Emanzipation. Gleichzeitig ist Bildung ein individuelles Recht. Der Abbau der Bezahlung des Referendariats und härtere Eingangsprüfungen würden diesen sozialen Numerus Clausus weiter verschärfen und werden von uns daher abgelehnt.
3. Ziel der Reform des Referendariats darf nicht die Kosteneinsparung sein. Langfristig könnten gesellschaftliche Schäden durch schlecht ausgebildete und unreflektiert arbeitende JuristInnen entstehen (Vertrauensverluste in der Gesellschaft, weitere Verlängerung von Prozessen usw.), die die kurzfristigen Einspareffekte übertreffen.
5. Wissenschaft ohne Praxisbezug ist blind. Juristische Praxis ohne wissenschaftliche Reflexion ist dumm. Statt zur bloßen Einübung von Rechtsanwendung zu verkommen, muß die Jurausbildung eine breite akademische Freiheit gewährleisten.
7. Das Referendariat ist obrigkeitstaatlich, anpassungsfördernd und autoritär. Es hat die Funktion, selbständiges Denken, Kritik und Widerspruch auszutreiben. Mittel sind die Einrichtung von verschulten Ausbildungsklassen inkl. fester Lehrpläne, die Auslieferung der ReferendarInnen an eineN AusbilderIn und der permanente Benotungsdruck. Selbst die Anwaltschaft als freier Beruf wurde in eine staatsförmige Ausbildung gezwängt, um sie als obrigkeitstfixiertes „Organ der Rechtspflege“ zu konstituieren. Dies ist die historische Wurzel der heutigen Justizlastigkeit des Referendariats. Wir fordern heute eine angemessene Berücksichtigung aller juristischen Berufszweige bzw. naheliegender Berufsfelder im Referendariat.
8. Das Referendariat ist so zu organisieren, daß kritisches Denken, gesellschaftliche Verantwortung und soziales Bewußtsein gefördert werden. Gefordert ist nicht die Einübung in, sondern die kritische Analyse und Reflexion von Berufsroutinen, um eine Rechtspraxis erst zu ermöglichen, die auf die Realisierung von gesellschaftlicher Demokratie gerichtet ist.

II. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Anwaltschaft

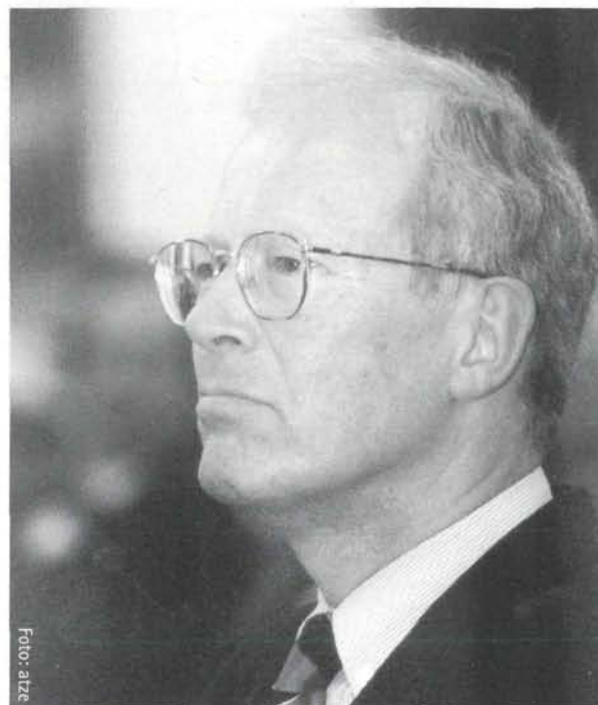
Nachdem sich die staatlichen VerantwortungsträgerInnen jahrelang um eine Diskussion für eine Reform der juristischen Ausbildung herumgedrückt haben, hat jetzt zusehends der Markt die Initiative übernommen. Kaum beginnt sich das Fachhochschulmodell zu etablieren, soll jetzt auch noch das Referendariat den Marktinteressen geopfert werden.

Die Justizministerien sehen in dem Vorschlag des Deutschen Anwaltsvereins (DAV) und der Anwaltskammern, das Referendariat

zum großen Teil berufsspezifisch auf Anwaltsakademien zu verlagern, eine willkommene Einsparmöglichkeit. Die Anwaltslobby selbst will durch die ständische Ausbildung vor allem den Zugang zu ihrem Beruf verengen und damit die etablierten Kanzleien vor konkurrierendem Nachwuchs schützen.

Dazu ist festzustellen:

1. Weder bei den staatlichen noch bei den ständischen VerantwortungsträgerInnen sehen wir ein Bemühen um eine inhaltliche Verbesserung der juristischen Ausbildung.
2. Die NachwuchsjuristInnen werden, ohne bisher an den Entscheidungen beteiligt zu werden, zum Büttel der jeweiligen Interessen – Staatsfinanzen und Standespolitik – gemacht.
3. Die nach außen vertretene Stoßrichtung des DAV und der Anwaltskammern – weniger Staat, mehr Markt – ist scheinheilig. Durch eine Zugangsregelung über Akademien und Quoten reglementieren die Anwaltsverbände stärker als bisher der Staat und spielen juristische Planwirtschaft.
4. Die Vorschläge der Anwaltsverbände sind unsozial. Statt einer Bezahlung soll nach ihren Vorstellungen in Härtefällen ein „Meister-BAföG“-Modell zur Anwendung kommen. Einzige Motivation ist es, sich an die Sparpolitik der Länder anzubiedern.
5. Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen juristischen Tätigkeitsfeldern ist in Deutschland im europäischen Vergleich hoch. Diese Errungenschaft könnte auch nicht durch ein gemeinsames Sockelreferendariat nach dem ersten Staatsexamen gesichert werden. Schließlich hätte man am Ende entweder ein Anwaltsexamen oder ein Justiz- bzw. Verwaltungsexamen. Trotz verschiedener Ausbildungszweige eine Durchlässigkeit zu gewährleisten, ist nicht möglich (siehe andere europäische Länder mit Akademiensystem).
6. Nur der/die EinheitsjuristIn gewährleistet eine echte Durchlässigkeit, das Kennenlernen verschiedener Standpunkte und bekämpft das FachidiotInnentum. JuristIn zu sein, heißt eben nicht nur, SpezialistIn für internationales Wirtschaftsrecht oder ähnlich marktgängige Einzelgebiete zu sein, sondern beinhaltet gesellschaftliche Kompetenz und Verantwortung. Hierfür ist eine möglichst breite, interdisziplinär ausgerichtete Ausbildung erforderlich, deren Gewährleistung Aufgabe des Staates ist. Deshalb treten wir für eine staatliche Ausbildung zur/zum Einheitsjuristin/-juristen ein.



„Durch die Wiedervereinigung und durch knappe Kassen ist die Reform der Juristenausbildung wieder auf dem Tisch.“
Edzard Schmidt-Jortzig, Bundesjustizminister (F.D.P.), am 22.4.97 auf einer Veranstaltung an der Humboldt-Uni.

Ostdeutsche Studierendenvertreter trafen sich an der TU Chemnitz-Zwickau

Als Zeichen der Solidarität mit der Universität, Stadt und Region trafen sich vom 11.-13. April 1997 Studierendenvertretungen aus ganz Ostdeutschland zum 4. o.s.t. (ost-deutsches studierendentreffen) in Chemnitz. In verschiedenen Diskussionsrunden wurde z.B. die Einführung eines Hochschulabschlusses „Bachelor“ kritisch diskutiert und festgestellt, daß berufsqualifizierende Abschlüsse zwar durchaus wünschenswert seien, der tatsächliche Bedarf in Wirtschaft und Gesellschaft jedoch strittig ist. Vorschnelle Erprobungen wie z.B. in Sachsen dürften jedenfalls nicht dazu führen, daß gegenwärtig Studierende zu Versuchskaninchen auf dem Feld der Hochschulreform werden. Desweiteren wurden Probleme der Lehrvaluation sowie gesellschaftsethische und datenschutzrechtliche Fragen von multifunktionalen Chipkarten erörtert. Das nächste Treffen des o.s.t. findet vom 13.-15. Juni 1997 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena statt.

Information der Allgemeinen Studienberatung

Bewerbungstraining

Das Bewerbungstraining der Allgemeinen Studienberatung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt beginnt in diesem Semester mit einem Vortrag am Mittwoch, 4. Juni '97, 14-18 Uhr, im Berufsinformationszentrum des Arbeitsamts VI, Gotlindestr. 93 (U5, Magdalenenstr.). Der

aufbauende zweite Teil, das Video-Training von Bewerbungsgesprächen, ist teilnehmerbegrenzt. Eine Anmeldung dazu kann nur nach Teilnahme am Vortrag erfolgen!

Lern- und Arbeitstechniken

Zu diesem Thema bietet die Psychologische Beratung wieder einen Vortrag an. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Termin: Donnerstag, 22. Mai '97, 17-20 Uhr, Hauptgebäude, UL 6 Hörsaal 2002.

Lern- und Arbeitstechniken für Germanisten

Speziell für Studierende der Germanistik; hier ist allerdings eine Anmeldung (Schützenstr. 18-25, Zi. 113, Altbau) erforderlich.

Termin: Freitag, 9. Mai '97, 10-13 Uhr.

ZVS-Info

Die Infohefte der ZVS sind erschienen und können bei der Allgemeinen Studienberatung (Ziegelstr. 13c, 5. Stock) unabhängig von den Sprechzeiten abgeholt werden. Der Bewerbungszeitraum für das Wintersemester beginnt am 1. Juni.

Studentische Kinderbetreuung

Bis 16 Uhr hast Du vielleicht einen Betreuungsplatz für Dein Kind. Wenn der dann auch noch in Wohnortnähe ist, geht es ganz gut, vormittags zuhause zu arbeiten und dann nachmittags in die Uni zu gehen. Falls Du zu denen gehörst, die so studieren wollen oder müssen, weil wichtige Veranstaltungen nach 16.00

Uhr liegen, kann das u.U. zum organisatorischen Problem werden. Niemand hat Zeit, ein- oder zweimal pro Woche für Dein Kind dazusein, und Babysitter wird auf die Dauer zu teuer. Für ganze 80,- bzw. 100,- DM pro Semester und 2,- DM für das gemeinsame Abendessen könntest Du Dein Kind in schönen und kindgerechten Räumen in Uninähe betreuen lassen.

Mo-Fr 15.30-20.30 Uhr

für alle Kinder von 1 bis 8 Jahren
Kosten: 20,- DM pro Monat (Geschwisterkinder zahlen nur einen Beitrag)

Anmeldung und Betreuung erfolgen wochentagsweise

Kinderladen „Die Humboldt“, Dorotheenstr. 12 (weiße Baracke).

Sprechzeiten des studentischen Sozialberatungssystems im SS 1997

Beratung für studierende Eltern

Di 12-15 Uhr

Mi 10-13 Uhr

Ab dem 2. Mai findet im 14tägigen Wechsel montags und freitags um 16.00 Uhr ein Gesprächskreis zum Thema „Kinder in der Gesellschaft“ statt. Nichteltern sind ausdrücklich herzlich eingeladen.

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Mo 11-15 Uhr (Alexander)

Do 10-14 Uhr (Peter)

Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Mo 17-19 Uhr

Di 14-16 Uhr

Do 12-15 Uhr

AusländerInnenberatung

Di 8-12 Uhr

Mi 12-14 Uhr

Do 8-10 Uhr

Fr 8-14 Uhr

Zudem wird immer montags 14-18 Uhr im Studentenwohnheim in der Storkower Straße vor Ort beraten.

Eine Beratung speziell für studierende Eltern ist im Aufbau; Infos hierzu erfahrt Ihr zu den obengenannten Sprechzeiten.

Rechtsberatung

Mi 18-20 Uhr

Da die Beratung durch zwei Rechtsanwaltsbüros abgedeckt wird und die jeweiligen BeraterInnen ihre Spezialthemen haben, findet Ihr an den RefRat-Brettern eine Terminliste mit den jeweiligen Hauptschwerpunkten.

Colloquium Nr. 6, Oktober 1947

Der alte Kommentar

zur aktuellen Situation

Eine Erscheinung macht sich unangenehm bemerkbar. Manche Kommilitonen beginnen, die Person mit der Sache zu verwechseln. Die gewählten Vertreter überschreiten ihr Mandat und vergessen, daß sie nur durch das Vertrauen der Studenten auf diesen Platz gestellt wurden ... Es ist nicht notwendig, daß man etwa seine Mitstudenten, die jenseits der Schranke stehen und um Auskunft bitten, schnoddrig abfertigt ... Ebenso ratsam wäre es, freiwillige Mitarbeiter nicht zu vergraulen, nur weil man Angst hat, die eigene „Macht“position könnte ins Wanken geraten. Krankhafter Ehrgeiz ist immer von Übel, und nicht der ist der beste Studentenvertreter, der seine Nase in alle Dinge steckt, alles allein machen will und viel von sich reden macht.

Auch wenn diese vorhandenen Mißstände abgestellt werden, scheint mir eine wichtige Frage noch nicht gelöst, nämlich: Wie interessiere ich eine große Anzahl von Studenten an der Selbstverwaltung? – Es gilt, die Selbstverwaltung populär zu machen. Die Studentenvertreter müssen in die Studentenschaft hineingehen. Sie sind in Gefahr, jeden Kontakt mit ihr zu verlieren. Wir müssen Mut zum Experiment besitzen. Wenn man sieht, daß die Organisation in dieser Form den Anforderungen nicht entspricht, muß sie eben geändert werden. ... Krisenzeiten können auch Prozesse der Gesundung einleiten. Nur muß etwas geschehen, und wir müssen alle dazu beitragen.

STUDIEREN Experimente wagen!



Geplanter Studiengang Gender Studies/Geschlechterstudien an der HU ist ein Novum in Deutschland

Die Berliner Universitäten leiden immer mehr unter der Finanznot des Landes; alle versuchen zu sparen, wo es nur geht. Und gerade jetzt, zum Wintersemester 1997/98, soll hier an der Humboldt-Universität ein neuer Magisterteilstudiengang angeboten werden. Was steht hinter der Idee der Gender Studies/Geschlechterstudien?

Konkrete Pläne zur Einrichtung des Studienganges an der HU gibt es seit November 1995. Koordiniert bzw. geplant wurde das Projekt von Prof. Dr. Christina v. Braun, Prof. Dr. sc. phil. Hildegard Nickel, M.A. phil. Astrid Deuber-Mankowsky und Dr. Gabriele Jähnert sowie Kolleginnen und Kollegen mehrerer Fachbereiche. Unter tatkräftiger Mithilfe der Studienabteilung wurde eine Studien- und Prüfungsordnung erarbeitet und die Organisation des Studienganges festgelegt. Der akademische Senat hat der Studien- und Prüfungsordnung bereits zugestimmt. Zunächst sind 50 Studienplätze für das Studium im Hauptfach und 100 im Nebenfach vorgesehen.

Was sind Gender Studies?

Der Magisterteilstudiengang basiert auf der Erkenntnis, daß das Verhältnis der Geschlechter eine der grundlegenden gesellschaftlichen Organisationsformen darstellt. Dabei sind Gender Studies keine wissenschaftliche Disziplin im klassischen Sinne, sondern als Mittlerin einer spezifischen, auch kritischen Blickweise ge-

genüber den traditionellen Wissenschaften zu verstehen.

Konkret bedeutet dies, daß für den Studiengang nicht einmal ein neues Institut gegründet wird. Von den Studierenden wird ein interdisziplinäres Studium

verlangt, in dem sie entlang der Fragen der Geschlechterforschung in verschiedene Lehr- und Forschungsgebiete unterschiedlicher Blickwinkel geführt werden. Sie sollen sich sowohl mit Fragen konkreter Geschlechterordnungen (etwa die Verteilung der Lohn- und Einkommensverhältnisse) als auch mit Problemen der historischen und politischen Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen (z.B. die Funktion von Geschlechterbildern in der Konstitution nationaler Identität oder ihre Bedeutung für das sexuelle Erleben und Verhalten) beschäftigen.

Die Gender Studies werden in zwei Wissenschaftsschwerpunkte unterteilt, von denen der erste die gesellschafts- und naturwissenschaftlichen sowie anwendungsorientierten und der zweite die geistes-, kultur- und religionswissenschaftlichen Aspekte behandelt. Die benötigten Scheine müssen im Grundstudium je zur Hälfte in beiden Wissenschaftsschwerpunkten erworben werden; im Hauptstudium sollen sich die Studierenden auf einen Wissenschaftsschwerpunkt spezialisieren.

Das Studium der Gender Studies dauert neun Semester, wie

Wie in Amerika, so in Berlin?

Gender Studies ist in Amerika kein eigenes Studienfach, wird jedoch gern als Spezialisierung gewählt.

Kommt man in Amerika an einer Universität an, findet man eine Vielzahl von Seminaren vor, die das jeweilige Fachgebiet aus geschlechtsspezifischer Perspektive betrachten. In den *humanities* genannten Geisteswissenschaften findet dieses Thema Eingang in die verschiedensten Wissenschaften. Filmstudien, Philologien, *communications*, Frauenstudien: alle warten mit eigenen Veranstaltungen auf. *Gender*, die Frage nach der Repräsentation von Sexualität, nach der kulturellen Ausprägung geschlechtsspezifischer Merkmale, aber nicht nach dem biologischen Geschlecht, kreist in vielen Wissenschaften als neuer Blickwinkel auf den bekannten Korpus des Wissens. Von der Auseinandersetzung mit Freud, Foucault und Lacan getragen, begann man schon vor einigen Jahren, die Geschlechterdifferenz zum Problem auch von Selbstbildern der Wissenschaften zu machen. So entstand eine Vielzahl von Theorien über die Theorien der Wissenschaften, die heute unter *critical theory* zusammengefaßt werden. Diese kritische Theorie, die sehr wertvolle Relativierungen des Wissens hervorbringt, ist jedoch eine Metatheorie, also eine Theorie über Theorien, und ist deshalb von den Studenten immer nur als studienbegleitend zu verstehen. Mögen sich da Wissenschaftler auf Kolloquien oder in Fachzeitschriften streiten, der Ansatzpunkt für solcherart Diskussion liegt in der Kenntnis von Wissensstrukturen oder wissenschaftlicher Methodik, die es dann zu hinterfragen gilt. Insofern ist es sinnvoll, daß in Amerika nur in einem fortgeschrittenen Stadium des Studiums die Konzentration auf *gender studies* erfolgen kann.

Den Studenten, die sich im Wintersemester an der Humboldt-Universität einschreiben werden, steht jedoch eine andere Konfiguration ihres Studiums vor Augen als ihren amerikanischen Weggefährten, die sich für Geschlechterstudien interessieren. Zum einen sind sie nicht auf das geisteswissenschaftliche Umfeld beschränkt, auch die Medizin, die Landwirtschaftlich-Gärtnerische und die Juristische Fakultät bieten zum Studiengang gehörige Veranstaltungen an. Zum anderen können die hiesigen Studenten bereits mit dem ersten Semester beginnen. D.h. sie werden sofort mit geschlechtsspezifischen Fragestellungen konfrontiert. Inwiefern dieser frühe Beginn Früchte trägt, müssen die nächsten Semester zeigen. Für eine methodische Anbindung an ein anderes Fach sorgt die Studienordnung. Doch trotz der institutionellen Anbindung an die Kulturwissenschaften und an das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung werden die Studenten ein großes Organisationsproblem übereignet bekommen, denn die verschiedenen Fakultäten, die eigene Angebote in dem Studiengang machen, liegen weit verstreut über Berlin und werden auch inhaltlich nur schwer zueinander kommen. Deshalb bleibt dieser Studiengang ein Wagnis, das es jedoch hoffentlich lohnt einzugehen, denn wieviele neue Studiengänge hat es, bei allen Schließungen verschiedenster Studiengänge in der Vergangenheit, an der Humboldt-Universität seit der Wende gegeben?

Die gelebte Interdisziplinarität, die *Gender Studies*/Geschlechterstudien als Studienfach ausstrahlt, hat in Amerika durchaus auch seine Parallelen. So gibt es dort *cultural studies*, die einen Studiengang darstellen und dennoch kein eigenes Institut begründen. So schleppt sich der dortige Student wohl ebenso durch die Angebote der verschiedensten Fachrichtungen und hofft, seinem ganzen Tun eine eigene und für ihn gewinnbringende Struktur abzugewinnen. Vielleicht entspricht diese Art des Studierens auch eher den Anforderungen für die Suche einer späteren Berufstätigkeit, wie sie von allen Geisteswissenschaftlern später einmal gefordert ist: dem Prozeß des Suchens einen individuellen Gewinn abzutrotzen.

Ulli



STUDIERN

bei Masterstudiengängen üblich. Die Koordinierung des Lehrangebots und die Organisation der Ausbildung übernimmt die Gemeinsame Kommission Geschlechterstudien, in der alle beteiligten Fakultäten vertreten sind, in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF). Die Prüfungen werden vom Prüfungsausschuß Kultur- und Kunstwissenschaften der Philosophischen Fakultät III durchgeführt.

Gründe für die Interdisziplinarität

Trotz allen unbestreitbaren Wissens um die Wichtigkeit der Geschlechterproblematik drängen sich bei dem Konzept der Gender Studies Fragen und Probleme auf. Die hauptsächliche Schwierigkeit scheint in der Interdisziplinarität zu liegen.

Laut Frau Deuber-Mankowsky, Wissenschaftliche Assistentin der Kulturwissenschaft, ist die Interdisziplinarität unerlässlich, da Gender Studies kein eigenes Fach sei, sondern „die Frage nach der Kategorie Geschlecht in allen Disziplinen stelle, und zwar hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Geschichte des Wissens und der Konstituierung von Realität“. Diese Frage könne nicht gestellt werden, wenn „man nicht in die einzelnen Disziplinen, in denen dieses Wissen immer wieder produziert und neu generiert wird, hineingeht“.

Demzufolge setze Gender Studies das Interesse der Fachvertreter/innen voraus, Neues über die Geschichte des Wissens des eigenen Fachbereiches zu erfahren.

Führt Streuung der Angebote zu Halbwissen?

Bedenken, daß die Studierenden aufgrund der Vielfältigkeit des zu bearbeitenden Themas in jedem Fach ein wenig Wissen, aber keine grundlegenden Kenntnisse erwerben und demzufolge nicht ernst genommen werden, teilt Frau Deuber-Mankowsky nicht. Es sei nicht vorgesehen, daß „man sich möglichst verzetteln soll und wie im Supermarkt in alle Veranstaltungen hineinguckt, sondern daß man sich bald einen Schwerpunkt ausarbeitet“.

Sie glaubt, daß die Interdisziplinarität Vorteile haben kann: „Die Studierenden können an Expert/innen der einzelnen Fachbereiche aus ihren Erfahrungen in anderen Fachbereichen und Zusammenhängen heraus Fragen stellen.“ So entstehe eine neue Form der Diskussion und eine motivierende Verknüpfung von Lehre und Forschung. Frau Deuber-Mankowsky hofft auch auf eine Intensivierung der interdisziplinären Kommunikation durch den Studiengang. Doch: „Es ist natürlich ein Experiment, und es können Probleme auftreten.“

Lernen ohne Methode?

Ein grundsätzliches Problem der Interdisziplinarität ist das Fehlen einer fachspezifischen wissenschaftlichen Methode. Dem wird bei den Gender Studies dadurch entgegengewirkt, daß man es als Masterhauptfach nur mit einem anderen Hauptfach zusammen studieren kann. Die Kombination mit zwei Nebenfächern ist also ausgeschlossen, so daß die/der Studierende dann in ihrem/seinem anderen Hauptfach methodisch verankert ist. Als Nebenfach kann Gender Studies in jeder Kombination studiert werden.

Zusätzlich sei die fehlende Methodik nicht nur ein Problem der Gender Studies, auch die „Fachgrenzen innerhalb der Geisteswissenschaften befinden sich in einer Krise“, so Frau Dr. Deuber-Mankowsky. Bezüglich der Methoden gäbe es generell keine Sicherheit, man lerne am besten, wenn man anhand der eigenen Fragen, die man an die Welt hat, an die relevante Literatur herangehe.

Langfristig ist eine Beteiligung aller Fachbereiche am Studienangebot der Gender Studies/Geschlechterstudien erwünscht. Die Disziplinen, die sich bereits beteiligen (u.a. Sozial-, Rechts-, Agrar-, Kulturwissenschaften und Medizin), tun dies, weil schon vor Einrichtung des neuen Studienganges ein Angebot an Lehrveranstaltungen zur Geschlechterproblematik bestand. Sie wurden nicht gezielt ausgewählt. Es mußten also keine neuen Stellen geschaffen und finanziert, sondern nur die existierenden Angebote koordiniert und eine Studien- und Prüfungsordnung entworfen werden, was sicher erheblich zur raschen Einführung der Gender Studies beigetragen hat.

Ob das Experiment zum Erfolg wird, muß sich im Laufe der nächsten Jahre erst zeigen.

Julia Hasse

SCHLEIF MASCHINENVERLEIH



HOLZSIEGEL

Mo-Fr 9-18
Sa 10-13 Uhr

Leben auf Holz

Farbdielen oder Parkett
selbst abschleifen
und versiegeln mit
umweltfreundlichem Klarlack!

Prenzlauer Berg: Winsstr. 60
☎ 442 80 60

Friedrichshain: S.-Dach-Str. 13
☎ 291 00 76

Neukölln: Emser Str. 103
☎ 625 11 59 (Nähe Hermannstraße)

Wedding: Brüsseler Str. 8
☎ 454 27 34

Leihgebühr: (incl. Randschleifer):
pro Tag: **25,-** / Fr-Mo: **35,-**



MATERIALVERKAUF:
robuste Schleifmittel, Öl & Wachs,
strapazierfähige Lacke, Scheuerleisten...

! Sevilla impressionante!



Ein Semester in Andalusien's Hauptstadt.

¿Wohin kann man besser vor dem grauen Berliner Winter und der Muffligkeit seiner Bewohner fliehen als ins bunte, lebensfrohe Sevilla, das Herz Andalusien's, der südlichsten Provinz Spaniens?

Ankunft – erste Eindrücke

Von Seiten des Instituts für Geschichtswissenschaften der HUB war der Weg ins Ausland nicht gerade mit einem roten Teppich gepflastert. Aber mit Hilfe des ERASMUS-Koordinators der Uni von Sevilla stand ich dann am 23. September letzten Jahres schwer bepackt am Flughafen von Sevilla, in der Hand die Bestätigung, als ERASMUS-Student dort studieren zu können, im Kopf die erwartungsvolle Unruhe des Neuankömmlings.

Der erste Eindruck war eine angenehme hochsommerliche Wärme, die sich schnell zur schweißtreibenden Hitze steigerte. Gepäck für ein halbes Jahr kann verdammt schwer sein. Und die Idee, die Klamotten, die nicht mehr in den Koffer paßten, einfach übereinander anzuziehen, war im kalten Berlin geboren. Aber einmal das Flughafengebäude verlassen, war klar: In Sevilla muß man einige Berliner Maßstäbe vergessen. Große Palmen grüßten rauschend. Die Taxifahrer verkürzten sich die Wartezeit mit einer Sponti-Party. Laut dröhnte Musik aus einem der Taxis, drumherum sangen und klatschten die Fahrer mit. Diese Musik, Sevillanas, eine volkstümliche Art des Flamencos, scheint ständig in der südspanischen Luft zu liegen. Kaum ward ich gesichtet, wurde mein Gepäck auch schon in einen der Kofferräume verfrachtet, und los gings gen Zentrum. Freundlich sprach der Taxifahrer drauf los. Der Sprung ins kalte Wasser.

Kaum ein Wort verstehend mußte ich feststellen, daß der andalusische Dialekt mit dem gelernten Schulcastellano nicht viel zu tun hat. Kein Problem, was ein richtiger Andalusier ist, der macht sich auch mit ausladenden Gesten und temperamentvoller Mimik verständlich.

Erkundung der Stadt auf dem Weg zur Uni

Sevilla ist nicht besonders groß. Dennoch braucht man als Ortsunkundiger unbedingt einen Stadtplan. Im Irrgarten der verschachtelten Altstadtgassen verläuft man sich sonst hoffnungslos. Auch mit Plan ist die Orientierung noch schwer genug, wird der Blick doch unablässig durch eindrucksvolle Details und schöne Gebäude vom Wege abgelenkt. Über der ganzen Stadt ist meist ein klarer Himmel von einem so stechenden Blau, wie man es aus unseren Breiten nicht kennt. Die Häuser sind drei Stockwerke hoch, schmal und dicht an dicht gebaut. Die Gassen sind an manchen Stellen so eng, daß sich die Nachbarn über die kleinen schmiedeeisernen Balkongitter von der einen Seite zur anderen die Hand geben können. Die Fassaden sind weiß, gelb oder erdrot gekalkt, mit abgesetzten Fenster- und Türöffnungen. Die Fenster werden mit grün oder braun gestrichenen Holzklappläden verschlossen – alles warme Farben. Manche dieser engen Gassen sind marode, dunkel und angeblich auch ziemlich gefährlich – zumindest für den mit Videokamera, Fotoausrüstung und anderen Reichtümern beladenen Touristen. Schlendert man diese Gassen entlang, kommt man an Bars und kleinen Geschäften vorbei und steht oftmals unvermittelt auf einem Platz, der sich plötzlich vor einer der vielen Kirchen öffnet. Der größte dieser Plätze ist der vor der riesigen gotischen Kathedrale. Das besondere dieser Kathedrale

ist ihr Glockenturm, die Giralda. Dieser Turm stammt noch aus der Zeit, in der die Mauren in Andalusien das Sagen hatten, und war früher einmal das Minarett

einer Moschee. Sowohl seine Fassade, die mit ihren Ornamenten an "Tausend und eine Nacht" erinnert, als auch sein Inneres sind beeindruckend. Weil die Muezzin es zu ihrer Zeit vorzogen, zu ihrem Arbeitsplatz zu reiten, führt der Weg auf den Turm über breite Rampen anstatt über Treppen. Von oben hat man einen fantastischen Blick über die Stadt.

Von der Kathedrale ist es nicht mehr weit zur Uni. Die große Straße, die dorthin führt, wird rechts und links von Alleebäumen gesäumt. Ich mußte zweimal hinschauen, aber diese Alleebäume sind tatsächlich Orangenbäume, an denen zu allem Überfluß auch noch große, leuchtende, reife Orangen hängen! Leider sind diese Orangen sehr bitter, man sollte sie nicht probieren. Sie werden nach England verkauft, wo die bittere englische Orangenmarmelade daraus gemacht wird.

Hauptportal der
Universität Sevilla



Foto: Autor

Die Uni und der spanische Studentenalltag

Das Hauptgebäude der Universität von Sevilla ist eine ehemalige Tabakfabrik. In dieser Fabrik arbeitete vor über hundert Jahren auch Carmen, die als Hauptperson Bizets gleichnamiger Oper berühmt wurde. Als Student in Sevilla betritt man die Lehranstalt durch hohe, messingbeschlagene Holztüren in reich ornamentierten Fassaden und findet sich in hellen weitläufigen Gängen und Hallen wieder. Alles ist mit rotem und weißem Marmor ausgestattet. Immer wieder öffnen sich Patios, die von schattigen Säulengängen umgeben sind und in deren Mitte ein Brunnen steht. Ins zweite Geschoß führen Treppenhäuser von geradezu respektinflößenden Ausmaßen. Genug Atmosphäre, um der Wissenschaft zu huldigen.

Wie das vor sich zu gehen hat, darüber hat man in Spanien allerdings eine andere Vorstellung als in Deutschland. In der Regel dauert ein Studium, sei es Geschichte, Jura, Architektur oder Sprachwissenschaft, fünf Jahre. Es ist aufgeteilt in fünf Kurse. Die Inhalte und die zu besuchenden Veranstaltungen dieser Kurse sind wie Schulfächer vorgegeben. Es gibt fast nur Vorlesungen. In der Mitte und am Ende jedes Kurses werden Klausuren über den in den Vorlesungen vermittelten Stoff geschrieben. Das führt dazu, daß während der Vorlesung alle wie verrückt mitschreiben. Man hat den Eindruck, auch ein Huster des Dozenten wird kritiklos notiert. Komplett auswendiggelernte Mitschriften sind die beste Voraussetzung für eine gute Note in der Klausur. Ein kritischer Diskurs innerhalb von Seminaren findet zugunsten einer soliden Versorgung mit gesicherten Fakten nicht statt. In Geschichte gab es z.B. Veranstaltungen, die während eines Semesters ein ganzes Jahrtausend auf dem Plan hatten. Als ERASMUS-Student wird einem relativ freie Wahl gelassen, welche Veranstaltungen welcher Kurse man besucht.

Das Problem der Kontaktaufnahme mit den einheimischen Studenten löst sich relativ schnell an der Bar der fakultäts-eigenen Cafeteria oder während der *Barriladas* (*barril* = Faß; *barrilada* = Faßparty), die die Fachschaften der einzelnen Fakultäten regelmäßig schon ab mittag auf dem Campus veranstalten. Ab und an spendieren die Professoren dafür sogar ein Bierfaß. Lernt man erstmal jemanden kennen, wird man sofort

hundertn Freunden vorgestellt. Das ist auch abends beim Ausgehen ähnlich. Die Bierglas-in-der-Hand-lässig-im-Knie-wipp-schweigend-einen-coolen-Blick-aus-der-Ecke-in-die-Runde-werf-Kneipe gibt es in Sevilla nicht. Aber zurück zur Uni. Die Unterschiede im System werfen natürlich das Problem auf, inwiefern in Spanien erbrachte Leistungen zu Hause anerkannt werden. Ich habe aber gute Erfahrungen mit den dortigen Dozenten gemacht, die sich bereit erklärten, eine nach deutschem Muster gestrickte (allerdings auf Spanisch verfaßte) Hausarbeit zu bewerten, obwohl es die in dieser Form für die spanischen Studenten nicht gibt.

Sevilla bietet für die zahlreichen ERASMUS-Studenten den Service eines Sprachkurses am Spracheninstitut an. Der Sprachkurs hilft noch ein bißchen mit dem Spanisch nach. Allerdings besucht man von Anfang an die spanischen Vorlesungen. Hat man Glück und die Dozentin oder der Dozent spricht deutlich, reicht es in der Regel, sich vorher in die Materie einzulesen, um die Fachtermini zu kennen, und man kann gut folgen. Aber auch in Spanien gibt es schlecht Vortragende, die werden für den Ausländer leicht zum hoffnungslosen Fall. Am besten lernt man die Sprache, und das steht unter den Auslandsstudien-gründen meist ganz weit oben, natürlich "auf der Straße" oder mit geduldigen Spaniern. Hierzu gibt es in Sevilla eine besonders löbliche Einrichtung: Auf dem Prinzip "Wir sprechen eine halbe Stunde Spanisch und eine halbe Stunde eine andere Sprache" organisiert die Studentenvertretung eine *Intercambio* (=Austausch) Börse zwischen sprachinteressierten Spaniern und den ausländischen Studenten. Natürlich sind solche zunächst sehr zweckorientierten Austausche am Anfang etwas merkwürdig, aber auf alle Fälle hilfreich.

Fiesta, Land und Leute

¡No te preocupes! ¡Vamos a ver! – Diese zwei Sätze wurden in Sevilla schnell auch zu meinem Motto. Ich hatte das Gefühl, sie in fast jeder Situation zu hören zu kriegen: "Sorg' dich nicht! Wir werden schon sehen!" Gleich am Anfang gab es Probleme mit meiner Immatrikulation, nicht gerade beruhigend, wenn man eigentlich nur deswegen verreist ist. Eine Wohnung zu finden, war ebenfalls nervend und vieles mehr ... Aber *¡No te*



preocupes! ¡Tomamos una cerveza! und irgendwie gab es dann immer eine Lösung für jedes Problem. Man geht den Dingen in Andalusien nicht mit der deutschen Verbissenheit auf der Suche nach dem Perfekten nach. Warum auch, das Wetter ist doch viel zu schön, und Sorgen sind nur Spielverderber. So wird gerne viel und ausgiebig gefeiert, und es ist immer Zeit für ein Schwätzchen. Dabei hätte Andalusien mit der größten Arbeitslosenrate in Spanien Grund genug für Sorgen.

Unmengen von ausgehfreudigen Leuten drängen sich vor allem an den Wochenendnächten auf Straßen und Plätzen. Dichtgedrängt steht man, Bier in der Hand, auf dem Platz, der unter einer Glocke von blauem Dunst, Musikfetzen und lauten Gesprächsbrocken zu verschwimmen scheint. Qualmende EBkastanienstände stehen neben Chipsverkäufern und an jeder Ecke illegale Bierverkäufer, die aus großen eisgefüllten Plastikwannen literweise Bier unter die Leute bringen. Dazwischen macht die zigarettenverkaufende Großmutter, die singend ihre Ware anpreist, die Runde. Nach einiger Zeit in Sevilla braucht man sich nicht einmal mehr zu verabreden, man trifft sowieso Bekannte, mit denen dann ausgelassen die Nacht verbracht wird. Auf den Straßen nicht nur hunderte von Menschen, sondern auch viele kleine, meist irgendwo verbeulte Autos mit dröhnender Musik und Mopeds. Mopeds, die dank ihrer abenteuerlichen Tuningauspuffe so laut knattern wie eine Harley und von unbehelmten Fahrern mit einem Affenzahn durch die Massen manövriert werden. Die Geräuschkulisse ist atemberaubend. Dazwischen immer wieder Gruppen, die sich, den komplizierten Sevillanastakt klatschend und singend, ihre eigene Musik machen. Es ist sowieso erstaunlich, wie offen die Jugendlichen mit den doch recht volkstümlichen Sevillanas umgehen. Tanzt man in einem Club gerade nach einem Dancefloorknaller, kann es passieren, daß der DJ im nächsten Augenblick eine Sevillana auflegt. Paarweise wirbeln und drehen die Leute die komplizierten Tanzschritte der vier Pasos einer Sevillana. Das ist schon sehr elegant, wenn auf einmal die ganze Tanzfläche die Arme in die Höhe schmeißt und am Ende eines jeden Pasos ein *¡Olé!* aus tausend Kehlen erklingt. Es kann passieren, daß man zu solch einem Tanz resolut aufgefordert wird. Ab einem gewissen Alkoholspiegel ist es egal, ob man

sich hoffnungslos die Beine verheddert, alles lacht, aber keiner lacht aus, und am Ende kriegt man noch zu hören: „Für einen Ausländer nicht schlecht.“

Fährt man am Wochenende raus, ist man in zwei Stunden in Gibraltar. Hier kann man sich überzeugen, daß Afrika ganz nah liegt. Die Meerenge ist an manchen Stellen nur vierzehn Kilometer breit, und bei gutem Wetter scheint man rüberspucken zu können; eine interkontinental beeindruckende Kulisse. Aber es gibt noch viel mehr zu sehen: Amphitheater und ausgegrabene Städte, die die Römer hinterließen, und überall die prächtigen „Tausend und eine Nacht“-Gebäude der Mauren und die beeindruckenden Burgen über weißen Dörfern, die von den Kämpfen zwischen Mauren und Christen zeugen. Ganz besonders muß man die Moschee von Córdoba hervorheben, die mit ihrer ausladenden Säulenhalle in ihrer Schlichtheit die hohe Kultur der muslimischen Bewohner im Mittelalter eindrucksvoll widerspiegelt.

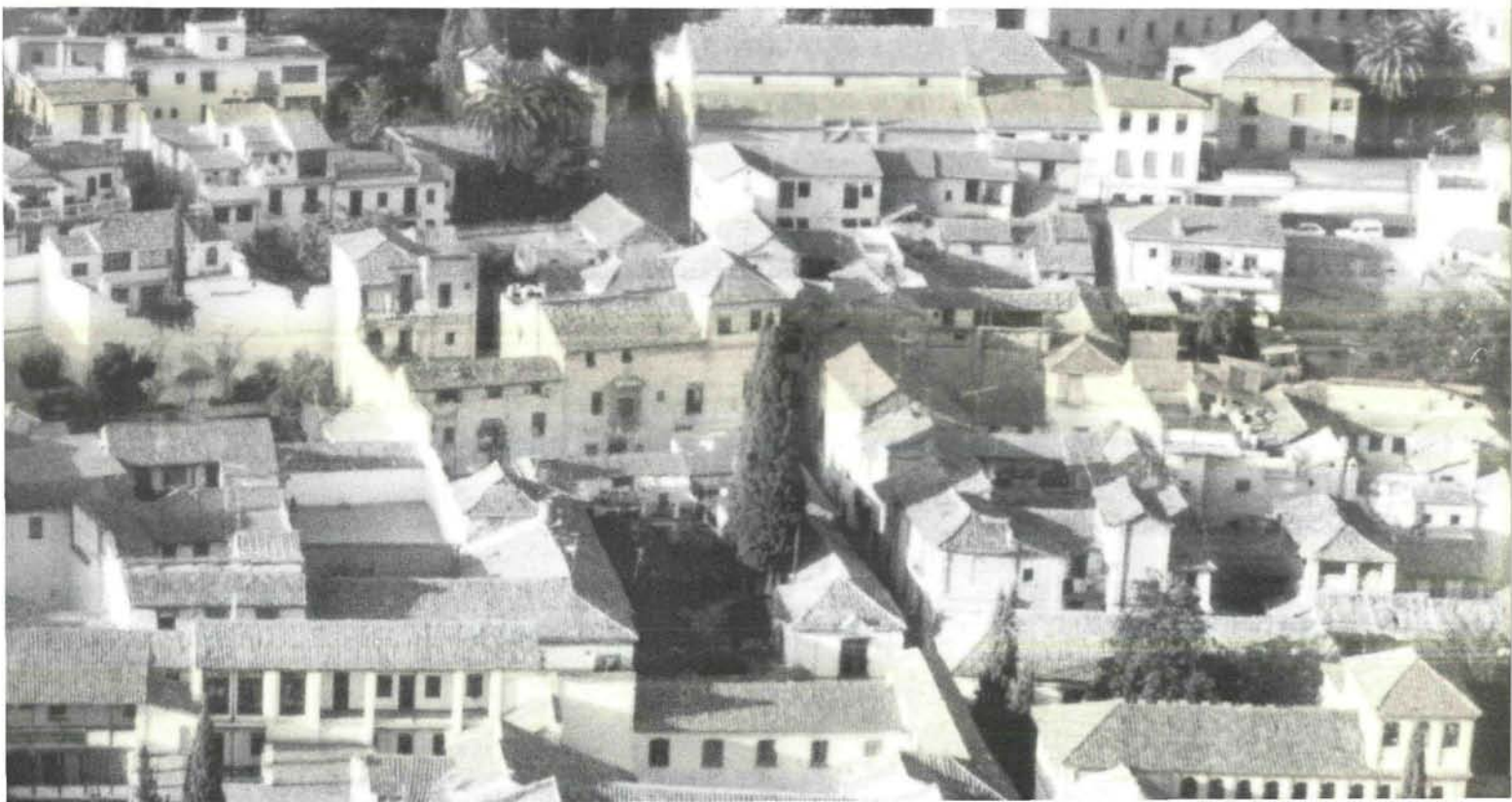
Was hat's gebracht?

Spontane Antwort: unbezahlbar viel! Ein bißchen differenzierter: Für die Fremdsprache, in diesem Fall Spanisch, gibt's nichts Besseres, als in einem Land auch mal für längere Zeit zu leben und nicht nur als flüchtiger Tourist die Orte zu passieren. Die Atmosphäre an der Uni war ausnehmend freundlich. Die Profs fanden immer Zeit für einen und nahmen auch extra Arbeit auf sich, um zu helfen, wie in meinem Fall mit der Abnahme einer Hausarbeit. Diese auf Spanisch zu schreiben, brachte mich ebenfalls ein ganzes Stück in meinen Sprachkenntnissen voran. Besonders soll auch das Angebot des Sprachkurses gelobt werden.

Alles, was neben der Uni lief, war fantastisch. Die einzige Kritik muß an der immer noch dürftig funktionierenden Abstimmung zwischen den Unis geübt werden. In puncto Gewißheit über die Anerkennung von Arbeiten und Semesterwochenstunden wie auch der Vorarbeit in Deutschland kann noch viel verbessert werden. Das sollte aber keinen von Euch abhalten, für ein Semester ins Ausland zu gehen.

Es lohnt sich!

Max von Klitzing





Sieben Tage hat die Woche

Stoßseufzer einer Ausgesperreten

PS: Beschriebenes
Prachtstück befindet
sich in der Kommode,
2. und 3. Stock.

Die Uni hat kaum wieder begonnen und schon rätseln wir: Warum fängt die UE erst in der zweiten Woche an, weswegen paßt der eigens ausgesuchte sportliche Kurs wieder nicht in den Stundenplan, weshalb ist morgen schon wieder keine Lern-AG? Und wer macht die Bibliothek zu? Und wieso ist so ein blödes Wetter?

Normalität

7 Tage hat die Woche, mit 72 Stunden dabei, die Bibliotheksstunden heißen.

Die Bibliothek ist zum Lernen hervorragend geeignet. Statt häuslichem Abwasch und Tee gibt's nette Kommilitonen, die ab und zu vorbeikommen und zum Automatenkaffee locken. Überhaupt, man kann was über Menschen lernen: Manch eine(r) kommt morgens um 9.00 Uhr, türmt Bücher auf den Tisch und ... verschwindet, um dann 2-3 Stunden später mal wieder leise aufzutauchen und zu schauen, wie es den Büchern geht. Nicht, ohne sich nach dieser Erkenntnis erst mal in der Mensa zu stärken ...

Desaster

Aber diese Woche hat die Bibliothek sechs Tage lang zu. Wegen Umsignierung der Bücher. Was also tun? Lang überlege

ich so, wäge die langen Wege zu Staatsbibliothek Ost/West oder nach Dahlem ab. Schnell reduziert vor allem auf die dortige Unlust über einfallende Studierende mit den berüchtigten dicken roten Büchern unterm Arm, „die noch dazu selbst in den Ferien immer die Mensa blockieren“ (Zitat eines hier nicht näher benannten Mathematiklehramtsstudenten).

Eigentlich auf den ersten Blick kein Problem. Die Alternative: zu Hause zu lernen (mit Tee und Abwasch). Schön wär's für die Wohnung. Allein, der Lernerfolg darf getrost bezweifelt werden.

Das ganze Desaster ging damit los, daß ein lieber Freund zu mir sprach: „Mensch, hast du schon gehört, die Bibliothek macht zu!“ Nach dem ersten Schrecken flüchtete ich mich in Zweifel, denn was nicht sein darf, das nicht sein kann, und überhaupt war die Bibliothek doch erst seit ein paar Tagen vollständig nutzbar. Aber es nützte alles nichts und die Realität holte mich in die Gegenwart zurück. Ca. vier Wochen nach eben erwähntem Gespräch war Schließzeit, von morgens bis abends. Wer beschreibt nun mein flaves Gefühl in der Magengegend, des geregelten Tagesablaufs beraubt, sonst irgendwie eingepaßt in die Öffnungszeiten des Lesesaals, für eine ganze lange Woche? Wie meinem Zögern Ausdruck geben, mich in eine andere Instituts-Bibliothek zu setzen, so als wäre das ganz normal? Und schon zu hören das Lamento: „Ja, typisch: Ihr kommt dann um 9.00 Uhr, wundert euch, daß normale Bibliotheken erst um 10.00 aufmachen, und wenn die anderen kommen, ist alles besetzt.“ Wie ich nun aus gewöhnlich gut informierten Kreisen erfahren habe, ist beispielsweise die Philosophiebibliothek den suchenden Jura-Studierenden scheinbar verborgen geblieben. Der mir das verriet, ist selbst werdender Philosoph, später ganz enttäuscht: „Nachmittags war da ja gar keiner!“ (Werdende) Philosophen zeichnen sich somit anscheinend dadurch aus, daß sie gern lange nachdenken, dann lange reden und ebenso schlafen. Bleibt die Vermutung: Vielleicht war keiner mehr da, als erwähnter werdender Philosoph in seine Bibliothek schritt.

Ich für meinen Teil jedenfalls versuchte schlechten Gewissens mein Glück in der Amerikanistik-Bibliothek. Dort wurde ich Augenzeugin dessen, daß 61% der Anwesenden den gleichen Weg genommen hatten wie ich, zu erkennen an bereits erwähnten roten Büchern. Ich war froh, daß die drei Amerikanistik-Studis nicht so grimmig guckten ...

In einer schwierigen Situation ist es manchmal gut zu wissen, wie andere damit umgehen. Jede(r) reagiert da ja anders. Nichtrepräsentative Umfragen ergaben folgendes: Angesichts der Bibliotheksschließung gab es da den Typ der plötzlich auftretenden 7-Tage-Kalenderkrankheit, den Typ der 7-Tage-Trauer und den Typ „Ist die Vorlesung aus, geh' ich gleich nach Haus“. Eine einzige (nicht mehr so betroffene) Studentin habe ich sagen hören: „Ooch, mir geht's gut damit.“ So daß wenigstens die Optimismus-Quote stimmte.

So bin ich sehr froh, daß jede Woche bloß 7 Tage hat, im speziellen diese gewesene Woche. Wo kämen wir sonst hin?

Rike



UNAUE extra

Mai 1997 – 52 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Diktatur

Zeit genug zur Bewältigung der Vergangenheit, sollte man meinen. Doch noch immer gibt es viele offene Fragen im Umgang mit der NS-Vergangenheit. So findet man beispielsweise im Archiv der Humboldt-Universität unzählige Akten für den Zeitraum zwischen 1933 und 1945, die den systematischen Ausschluß von "nicht bequemen" Studenten und Dozenten dokumentieren (siehe Seite 2). Doch sonderlich präsent sind die Tatsachen, die sich anhand des Archivs entschlüsseln, nicht. Auch öffentlicher Umgang mit den zahlreichen Ehrendoktoren der Charité aus diesem Zeitraum findet nicht statt. Die eigene, d.h. die Universitätsvergangenheit, ist vielen Universitätsangehörigen nicht umfassend bekannt.

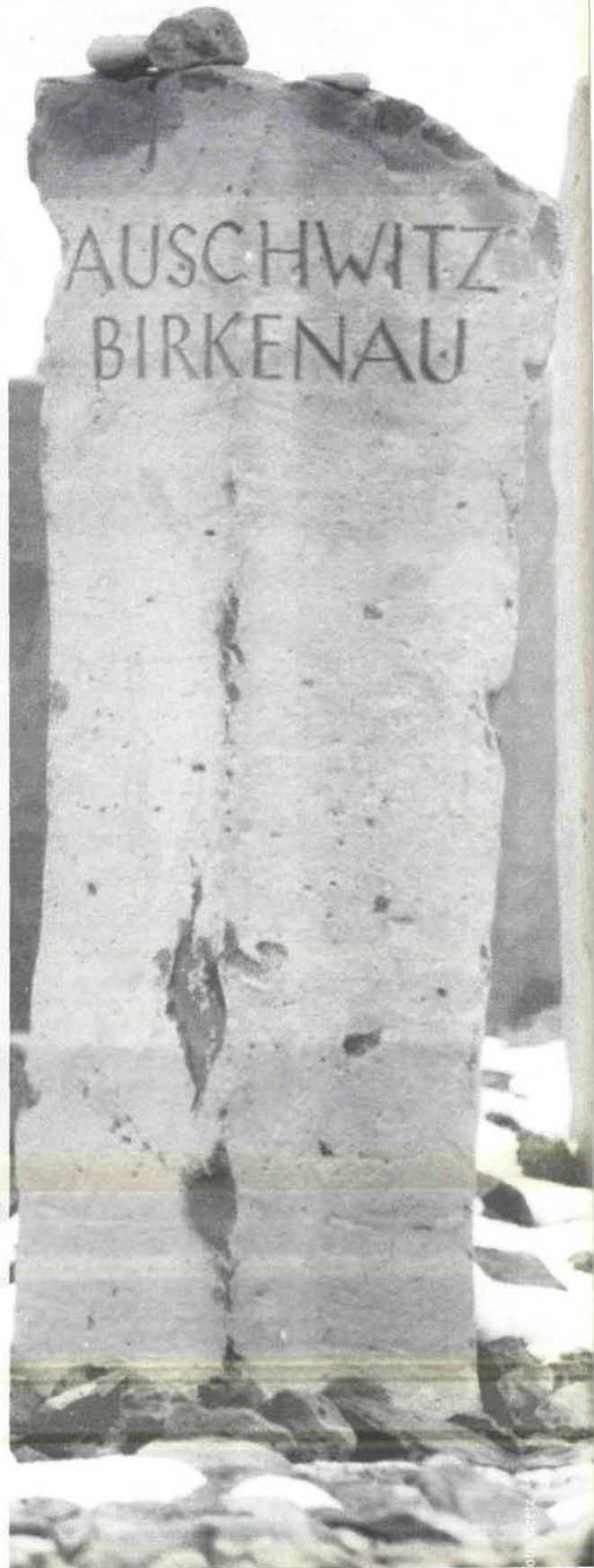
Ein scheinbar genauso undurchdringlicher Dschungel ist die Handhabung des Bundesentschädigungsgesetzes (siehe Seite 10). Umfassend darüber zu berichten, könnte ein Buch füllen, daher haben wir uns auf einige brisante Aspekte beschränkt.

Prägnant ist auch die Debatte um ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Was sind Idee und Ziel des Mahnmals? Wem sollte es gewidmet sein? Wo soll es stehen? Die Fragen werden bereits seit acht Jahren heiß diskutiert und ein Ende ist nicht abzusehen. Dabei sind die wesentlichen Argumente ausgetauscht, und so soll die bisherige Diskussion auch nur dokumentiert und kurz kommentiert sein (siehe Seite 7).

Das Auseinandersetzen mit der eigenen Vergangenheit bzw. der Vergangenheit anderer und ihren Auswirkungen bis heute setzen zunächst einen Schritt voraus: Die Annäherung und Beschäftigung mit der Vergangenheit als solcher. Ein Prozeß, der laut Rahmenplan für den Geschichtsunterricht in Berlin spätestens in der 10. Klasse eingeleitet werden soll. Doch ist der Geschichtsunterricht wirklich ein Schritt in Richtung Vergangenheitsbewältigung? (siehe Seite 14) Und inwieweit wird Vergangenheitsbewältigung durch die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten betrieben und unterstützt? (siehe Seite 16)

Alles Fragen, auf die wir eine Antwort gesucht haben.

Das Ergebnis der Suche liegt nun vor Euch.



"Durch und durch nationalsozialistisch!"

Die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1933 bis 1945 – ein dunkles Kapitel

Weiterleitung eines
Volksgerichtshofsurteils
wegen Wehrkraftzer-
setzung an den Kurator
der Berliner Universität,
19.8.1944

„Aber alle unsere wissenschaftliche Arbeit wird ihren Segen empfangen müssen durch die Ideen der Nation. Und die Ideen der Nation sind die Ideen der Bewegung. Diese Ideen muß die Universität in ihren Willen aufnehmen oder die Universität wird nicht mehr sein...

Legen wir Hand an, daß sie die deutscheste aller deutschen Universitäten wird. Sie diene Deutschland, sie diene dem deutschen Volke, sie diene dem Werke dessen, der nach dem Willen der Vorsehung unser Schicksal in seinen starken Händen hält: Der Führer und Reichskanzler.“

(Rede Prof. Dr. Willy Hoppes zur feierlichen Einführung als Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität am 1. Dezember 1937)

Vorausgeschickt werden sollte, daß die Universitäten, das heißt insbesondere die Studentenschaft, vom Nationalsozialismus nicht einfach "überrollt" wurden. Professoren, aber auch in erster Linie die Studenten, begeisterten sich frühzeitig für die Verfechter der "nationalen Revolution".

Bereits 1926 gründete der Jura-Student Wilhelm Tempel im persönlichen Einvernehmen mit Hitlers Sekretär Rudolf Hess in Leipzig den "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" (NSDStB). Von Hitler allerdings eher geduldet als gefördert konnte der Studentenbund Mitglieder vor allen Dingen aus den Reihen des deutschen Bildungsbürgertums gewinnen. Mit dem Münchner Germanistik-Studenten Baldur von Schirach, den Hitler kannte und dem er vertraute, gewann 1928 der NSDStB einen Studentenfürer, der durch Dynamik und Engagement überzeugte. Unter seiner Leitung entwickelte sich der NS-Studentenbund zu einer Organisation, die bald in allen Hochschulen Deutschlands vertreten war. Im Sommer 1931 gewann der NSDStB in Graz auf dem Deutschen Studententag die Mehrheit in der Deutschen Studentenschaft; ein Jahr nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen das zweitbeste Wahlergebnis erreicht hatte. Viele der Studenten engagierten sich ebenfalls in der NSDAP, nicht wenige gehörten der SA und der SS an.

Doch beide, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund und die Deutsche Studentenschaft, die auch weiterhin bestand, propagierten eine einheitliche Haltung über die Erziehung des akademischen Nachwuchses: "... sie dürfen nicht 'auch' nationalsozialistisch sein und im übrigen eine gesellschaftliche und akademische Erziehung treiben, sondern sie müssen ebenso wie jede andere Gliederung der NSDAP durch und durch nationalsozialistisch sein und dürfen dann 'auch' eine gesellschaftliche Erziehung treiben."

Offene Gewalt

Anfeindungen zwischen nationalsozialistischen, jüdischen und kommunistischen Studenten gab es bereits vor 1933; dies belegen Akten, in denen die Provokationen der Nationalsozialisten genau dokumentiert wurden. Bekannt waren zu jener Zeit die sogenannten Stehkonvente,

Der Reichsminister
für Wissenschaft, Erziehung
und Volksbildung

Berlin W 8. den 1. August 1944
Unter den Linden 69
Fernsprecher: 1100 30
Postaschkkonto: Berlin 144 02
Reichsbank-Giro-Konto 1754
Postfach

✓ T P Arndt 6 f

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

Abschrift

Eing. 19.8.1944

Beql. Abschrift
1 L 123/44
5 J 726/44

In Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen
den Kusots und Professor Dr. Dr. Walter A r n d t aus Berlin, geboren
am 8. Januar 1891 in Landeshut (Schlesien), Sache
zur Zeit in dieser Anhaft,
wegen Wehrkraftzersehung,
hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, auf die am 27. April 1944 ein-
gegangene Anklage des Oberreichsanwalts vom 4. April 1944, in der
Hauptverhandlung am 11. Mai 1944, an welcher teilgenommen haben
als Richter:
Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Freisler, Vorsitz,
Kammergerichtsrat Rehse,
33-Obersturmbannführer Wittner,
SA-Oberführer Hell,
Ortsgruppenleiter Kelch,
als Vertreter des Oberreichsanwalts:
Staatsanwalt Kurth,
für Recht erkannt:
Walter A r n d t ist ein gefährlicher Defaitist.
Er hat um die Wende des vierten und fünften Kriegsjahres
zu Volksgenossen gesagt:
es sei Schluß mit dem Deutschen Reich,
wir seien schuld an Kriege,
es handle sich nur noch darum, wie weit die Schuldigen bestraft
würden.
Durch diesen Defaitismus ist er für immer ehrlos geworden.

An
den Herrn Universitätskurator
in
Berlin

ein Ausdruck des Protestes, der am liebsten von den Nationalsozialisten an den Universitäten angewandt wurde. Eine häufigere Form der Auseinandersetzung war aber die offene Gewalt gegen jüdische, sozialdemokratische, christliche und kommunistische Kommilitonen. Die Anschlagbretter der jeweiligen Gruppen wurden zertrümmert, die Vorlesungen gestört und Studenten wahllos verprügelt.

In solchen Fällen wurden die Provokateure noch zur Verantwortung gezogen, dies geschah mit Hilfe von Gedächtnisprotokollen, die von allen Beteiligten sorgfältig ausgefüllt werden mußten. Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem Beginn des Jahres 1933.

Ohne Rücksicht wurden die Gegner der Nationalsozialisten auf separate Listen gesetzt, die zu einem baldigen Ausschluß aus der Universität führten. Begründet wurden die Exmatrikulationen mit kommunistischer, marxistischer, staatsfeindlicher oder einfach nur antinationaler Haltung. Ein Student, der der "Sozialistischen Studentenschaft" angehörte, erhielt ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wurde: "Sie werden mit sofortiger Wirkung vom weiteren Studium an der Universität Berlin ausgeschlossen, weil Sie sich im marxistischen Sinne betätigt haben."

Bei einer Veranstaltung wurden von den beteiligten SA- und SS-Männern die Studentenkarten-Nummern derjenigen rot unterstrichen, die als Kommunisten bekannt waren. Die Studenten wurden, wenn sie denn Glück hatten, nur aus der Universität ausgeschlossen...

Es kam zur Boykottierung und Suspendierung mißliebiger Professoren. Hier spielten nicht selten persönliche Gründe eine tragende Rolle, unter dem Deckmantel der "Revolutionierung der Wissenschafts- und Personalpolitik" konnten unbequeme Lehrkräfte, Wissenschaftler, die sich der "neuen Bewegung" in den Weg stellten, einfach entfernt werden.

Jedoch bereits am 3. März 1933 erklärten dreihundert Hochschullehrer in einem vom Studentenbund initiierten Aufruf, daß sie den Weg Adolf Hitlers mehr als befürworteten. Die Dozenten schlossen sich alsbald, und ohne groß erwähnenswerte Gegenwehr, zum "Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund" zusammen.

"Getarnte Judenvermehrung"

Der "Völkische Beobachter" berichtete am 18. März 1933 unter der Überschrift: "Getarnte Judenvermehrung auf deutschen Hochschulen", daß die Abnahme der jüdischen Studenten verschwindend gering sei, in einer Zeit, in der viele Studenten aus finanziellen Gründen das Studium aufgeben müßten. Der Berichterstatter hatte für seine abenteuerliche Behauptung keine stichhaltigen Beweise, so daß er sich auf einen geringen Zuwachs der jüdischen Studenten bezieht, für den er nicht einmal eine genaue Zeitspanne angeben kann oder will. Zudem sieht er in der Zunahme der Studenten ohne genaue Aussagen über "ihre Konfession" die bereits erwähnte "getarnte Judenvermehrung", da die jüdischen Studenten sich auf diesem Weg in die Universitäten "schlichen". Solche Art der Berichterstattung war mit dafür verantwortlich, daß jüdische Studenten zukünftig einen Nachweis zu erbringen hatten, der sie als Juden auszeichnete und somit vom Studium ausschloß.

Die Rektoren wurden in den nachfolgenden Jahren nicht mehr vom Kollegium gewählt, sondern vom Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt, was von den verbleibenden Hochschullehrern jedoch im weitesten Sinne begrüßt wurde. Somit ist es nicht weiter verwunderlich, daß bereits in den ersten Wochen und Monaten des neuen Regimes Gesetzesän-

derungen nicht nur vorlagen, sondern prompt befolgt und oft perfektioniert wurden. Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 schrieb im § 3 vor: "Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen." Dies galt auch für die Hochschulprofessoren – bereits 1933 mußten so bedeutende Wissenschaftler wie Meyerhof, Haber, Hertz und Einstein die Hochschulen verlassen – ganze Wissenschaftsdisziplinen brachen auseinander.

Einschränkung des Hochschulzugangs

Ebenfalls am 7. April 1933 wird in einem Schreiben an die einzelnen Rektoren der Länder darauf hingewiesen, daß der Zugang zu den Hochschulen drastisch einzuschränken ist. Es heißt hier unter anderem: "Die Prüfungskommission jeder Schule stellt für jeden einzelnen Abiturienten aktenmäßig fest, ob ihm nach seinen menschlichen und geistigen Anlagen, seinen Neigungen und Leistungen vom Hochschulstudium abzuraten ist."

Wer trotz Bedenken von Seiten des Lehrkörpers das Studium ergreife, habe keinen Anspruch auf irgendwelche Studienvergünstigungen.

Diese doch recht allgemein gehaltenen Bestimmungen wurden gut zwei Wochen später, am 23. April 1933 durch das "Gesetz gegen die Überfüllung der Deutschen Hochschulen und Schulen" ersetzt. Um eine gründliche Ausbildung zu sichern, wurde hier verlangt, daß die Zahl der Schüler und Studenten zu beschränken sei. Im § 4 des Gesetzes werden die Forderungen jedoch konkret: "Bei den Neuaufnahmen ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die im Sinne des 'Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' vom 7. April 1933 nicht arischer Abstammung sind, unter der Gesamtheit der Besucher jeder Schule und jeder Fakultät den Anteil der Nichtarian an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt. Die Anteilzahl wird einheitlich für das gesamte Reichsgebiet festgesetzt. ... Fakultäten, deren Besucherzahl in einem besonders starken Mißverhältnis zum Bedarf der Berufe steht", sollten auch die Zahl der bereits aufgenommenen Studenten herabsetzen.

Diese wurden zusätzlich vom weiteren Hochschulstudium ausgeschlossen und ihnen somit die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Karriere verbaut.

Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" beinhaltete ebenfalls den Passus, daß "Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, aus dem Dienst entlassen werden können."

Die nationalsozialistische Studentenschaft konnte nun ihre willkürlichen Handlungen, die sie seit Monaten praktizierte, durch diesen Paragraphen legitimieren, der darüber hinaus durch einen Ministerialerlaß auch auf die Universitäten Anwendung finden sollte. In den nächsten Wochen und Monaten erfolgte nochmals ein systematischer Ausschluß der Studenten mit "antinationaler Gesinnung". Zu dieser Zeit blühte das Denunziantentum. Ein "Kamerad", der offensichtlich Antipathien gegen eine seiner Kommilitoninnen hatte, beschuldigte sie, Kommunistin zu sein, was diese empört ablehnte; offenbar schien dies für beide der Beteiligten die größte Diffamierung zu sein. Begründet wurde ihre kommunistische Tätigkeit mit antinationalen Bemerkungen einem Studienkollegen gegenüber, und daß sie sich in einem Café aufgehalten hätte, das hauptsächlich von linksgerichteten Kreisen besucht werde.

In diesem wie in ähnlichen Fällen hatte die Universität ihre Autonomie eingebüßt bzw. freiwillig aufgegeben, offizielle Stellen des Staates schalteten sich ein. Die Eltern der Studentin wurden vorgeladen, ihr Verlobter, Kommilitonen – alle bestätigten, daß die Beschuldigte keinerlei kommunistischen Ideen nachhänge. Der Ankläger jedoch, ein Angehöriger des "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes", blieb in einer eidesstattlichen Erklärung bei seiner Behauptung. Somit wurde die Studentin vom Studium ausgeschlossen.

Bereits im Mai 1933 hatten die Studenten, die sich für das Sommersemester zurückmeldeten, damit zu rechnen, daß sie zum weiteren Studium nicht zugelassen wurden, weil sie als jüdische Studenten nicht das Recht hatten, ihren "arischen" Kommilitonen die "Plätze wegzunehmen". Bei der Auswahl entschied nicht mehr das Wissen und die Eignung zum Studium, sondern ob der Vater oder der Großvater "im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben". Ausschlaggebend war auch hier das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das eben einen solchen Paragraphen beinhaltet.

Die Fakultäten waren zukünftig verpflichtet, dem Rektor mitzuteilen, wieviele Ersteinschreibungen von "Studierenden nicht-arischer Abkunft" vorgenommen wurden und die Gesamtzahl der Studenten, um sie ins Verhältnis setzen zu können. Der Anteil der jüdischen Studenten durfte eine bestimmte Grenze nicht überschreiten, hatte nur ein Minimum der Studentenschaft zu

betragen. Daß hierbei durchaus willkürlich vorgegangen wurde, belegt auch ein Rundschreiben "Zur Ausführung des Gesetzes gegen die Überfüllung der Deutschen Schulen und Hochschulen" vom 16. Juni 1933, das an die Rektoren der Universitäten gerichtet war. Dieses besagt, daß die jeweiligen Ausschüsse berechtigt waren, ohne nähere Angabe von Gründen die festgelegte Höchstzahl für jüdische Studenten herunterzusetzen, das heißt weitere Studenten vom Studium auszuschließen. Die hiernach überzähligen Studierenden nichtarischer Abstammung waren unter Streichung des Sommersemesters vom weiteren Studium auszuschließen, sie durften sich auch nicht an einer anderen Hochschule bewerben. In den ersten Jahren wurde vielen nahegelegt, im Ausland zu studieren, auch in der Verbindung mit dem Versprechen eines guten Abgangszeugnisses. Viele der Betroffenen, und nicht nur die, zogen es vor zu gehen, denn der Weg der deutschen Hochschule begann sich immer deutlicher abzuzeichnen.

Wehrsport und Arbeitsdienst

Spätestens seit dem Wintersemester 1933/34, da in diesem Jahr die "Studentenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität" endgültig das Ruder übernahm und dies ausreichend dokumentierte. Im damaligen Vorlesungsverzeichnis heißt es: "Die neue Studentenschaft sieht ihre Hauptaufgabe in der politischen Erziehung der Studenten. Dieser dienen Wehrsport, Arbeitsdienst und studentische Fachschaftsarbeit... Wehrsport und

Stehkonvent der Korporationen an der Berliner Universität



Fachschaftsarbeit stehen in vollem Einklang mit dem Vorlesungsplan. Sie müssen daher von jedem pflichtgemäß besucht werden." Zukünftig wurde die Vorlage eines "Pflichtenheftes" verlangt, das vom "Amt für Arbeitsdienst der Deutschen Studentenschaft" ausgestellt wurde und dem Studienbewerber erst ausgehändigt wurde, wenn er den Dienst ordnungsgemäß abgeleistet hatte.

Ahnennachweis und "enge Verbindung zum Deutschtum"

Die Studienvergünstigungen für "jüdische oder marxistische" Studierende durften nicht mehr genehmigt werden. Jedoch: "...Studierende, die in den letzten Jahren in der SA, SS oder Wehrverbänden im Kampf um die nationale Erhebung gestanden haben, sind gegen Vorlage eines Zeugnisses ihrer Dienst-vorgesetzten bei der Vergebung von Vergünstigungen (Gebüh-renerlaß, Stipendien usw.) besonders zu berücksichtigen."

Um den Zugang zur Hochschule zu erhalten, war ab dem Jahr 1934 ein Ahnennachweis notwendig. Die jüdischen Bewerber hatten zusätzlich einen Fragebogen auszufüllen. Voraussetzung für die Immatrikulation war die "persönliche und wissenschaftliche Eignung zum Studium". Persönliche Eignung hieß im Klartext, der Studienanfänger hatte den Nachweis zu führen, daß sowohl er wie seine Vorfahren in "engerer Beziehung zum Deutschtum" gestanden haben. Für viele unverständlich, da sie seit vielen Generationen in diesem Land lebten und dies nie zu begründen hatten.

So stößt der Betrachter beim Blättern in den Akten auch auf Vermerke wie: "Ich bin Deutscher". Eine Studentin, die darauf hinweist, daß ihr Vater in den Unruhen der Weimarer Zeit auf Seiten der Deutsch-Nationalen gekämpft hat, hält es für überflüssig, "ihre enge Verbindung zum 'Deutschen Reich' extra zu betonen". Auch erfüllt sie ein von den Nationalsozialisten 1933 gefordertes Kriterium: ihr Vater war im Krieg Frontkämpfer. Ein anderer Bewerber hatte da weniger Glück: Sein Vater befand sich "nur" im Hinterland, war also aktiver Kriegsteilnehmer. Da er jedoch nicht als Frontkämpfer eingestuft werden konnte, lehnte die Universität die Immatrikulation ohne Pardon ab. In der Regel wurden jüdische Studenten vom Studium ausgeschlossen, man bezog sich hierbei auf das "Gesetz gegen die Überfüllung der Hochschulen"; "Mischlinge" konnten dagegen erstein-mal weiter studieren. Im übrigen bedeutete eine Zulassung zum Studium nicht die Garantie für eine Zulassung zu den Prüfungen.

Seit 1936 wurde zusätzlich zu dem Ahnennachweis die Vorlage der Geburts- und Heiratsurkunden der Vorfahren bis zu den Großeltern gefordert. Anhand der Unterlagen ist heute ersichtlich, daß sich hier schon ein rein technisches Problem ergab, da es vielen der Studenten zeitlich kaum möglich war, die nötigen Unterlagen zu beschaffen.

Während noch im Sommersemester 1935 "Nichtarier", wenn auch unter Vorbehalt, zugelassen wurden – so ersichtlich an den Maßgaben in den jeweiligen Vorlesungsverzeichnissen, die für jüdische Studenten getroffen wurden – wird auf diese Bezeichnung in dem folgenden Semester gänzlich verzichtet. Denn in diesem Jahr wurden die sogenannten "Nürnberger Rasse-gesetze" beschlossen, die eine Unterteilung in "Arier" und "Nichtarier" überflüssig machten. Das "Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935, beschlossen auf dem "Reichsparteitag der Freiheit", sieht nun genau vor, wer als Reichsbürger bzw. Staatsangehöriger anzusehen ist: "Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen."

Das ebenfalls in Nürnberg beschlossene "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sah neue Einschränkungen und somit Diskriminierungen für die jüdische, aber auch Teile der deutschen Bevölkerung vor. Die Ehe zwischen Juden und "Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes" war verboten. Trotzdem geschlossene Ehen wurden für nichtig erklärt. Ebenfalls unter Strafe gestellt wurde der außereheliche Verkehr zwischen Juden und Deutschen. Der Paragraph stellt das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben für Juden unter Strafe, "dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet" – ein Hohn, der kaum zu überbieten ist. In Konsequenz dieser und ergänzender Gesetzesvorlagen hatten die Rektoren der einzelnen Hochschulen zu verfügen, wer denn an ihrer Einrichtung studieren dürfe.

"Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein."

Die "Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 14. 11. 1935 stellte in § 4 erstein-mal eindeutig fest: "Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein." Somit könne er kein öffentliches Amt bekleiden und hätte in dieser Konsequenz nicht das Recht, eine deutsche Universität zu besuchen. Als Jude galt, wer von mindestens drei "der Rasse nach volljüdischen Großeltern" abstammte. Jüdische Mischlinge, die von zwei "volljüdischen Großeltern" abstammten und darüber hinaus der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, galten ebenfalls als Juden. "Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt... Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat."

Die jüdischen Studenten durften nur mit einer Sondergenehmigung des "Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" eine deutsche Universität besuchen. Spätestens mit dem Jahr 1938, dem Jahr der "Reichskristallnacht", so von den Nationalsozialisten ironischerweise betitelt, wurde den jüdischen Studenten das Studium an einer deutschen Hochschule endgültig verwehrt. Der Reichserziehungsminister er-wirkte am 12.11.1938 den Ausschluß inländischer jüdischer Studenten an den Übungen und Vorlesungen.

Der "Völkische Beobachter" druckte unter der Überschrift "Juden von allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen" am 15.11.1938 eine telegraphische Anordnung Rusts ab, die folgendermaßen eingeleitet wird: "Bekanntlich hat der Reichserziehungsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung schon seit langem Juden nur noch in ganz beschränktem Umfang zum Studium an den deutschen Hochschulen zugelassen. Ein in Vorbereitung befindlicher Gesetzentwurf sieht vor, daß



künftig kein Jude mehr zum Studium an deutschen Hochschulen zugelassen wird." Der Schreiber des Artikels bezog sich wie die gesamte NS-Presse auf das Attentat Grünspons, um die Gewalttaten, die in diesen Tagen gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren, zu rechtfertigen: "Die auf Grund der ruchlosen Freveltat des Juden Grünspon entstandene Empörung des deutschen Volkes erforderte eine sofortige Maßnahme, da es nicht mehr länger deutschen Studenten zugemutet werden kann, in den Hochschulen und Einrichtungen mit Juden zusammenzuarbeiten."

Ein Fräulein Ruth N. erhielt daraufhin von der Friedrich-Wilhelms-Universität, an der sie zu dem Zeitpunkt noch studierte, folgenden Brief, der aktenkundig gemacht wurde: "Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten bin ich gezwungen, Ihnen bis zur weiteren Entscheidung die Teilnahme an den Übungen und Vorlesungen sowie das Betreten des Hochschulgebäudes zu verbieten." So wurden in den folgenden Wochen die wenigen Juden, die noch immatrikuliert waren, vom Studium, ohne nähere Angabe von Gründen, ausgeschlossen. Jedoch beschrieb Klemperer in seinem Buch "LTI" bereits recht eindrucksvoll, daß er in den Jahren zuvor schon vor nahezu leeren Vorlesungsreihen gestanden hätte.

Erhöhte Ausleseanforderungen

Die infolge der "Nürnberger Gesetze" vorgeschriebene Einteilung derjenigen, die zur Hälfte oder gar einem Viertel Jude waren, führte zu weiteren Zugangsbeschränkungen, die weiterhin die Vorlage des Ahnennachweises erforderten. Die Bewerber wurden nun geprüft, ob sie auf Grund ihrer "arischen Eigenschaften" letztendlich befähigt waren, eine deutsche Hochschule zu besuchen. Viele "Mischlinge 1. Grades" entsprachen jedoch nicht den "für das Hochschulstudium zu stellenden erhöhten Ausleseanforderungen"...

Die Studenten hatten sich bei Neueinschreibungen, aber auch bei der Bitte um die Weiterführung des Studiums mit Lebenslauf, ausgefülltem Fragebogen, Lichtbildern, Ahnennachweis und mit der Geburts-, in einigen Fällen auch Heiratsurkunde an den Rektor zu wenden. Der leitete das Gesuch an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung weiter, um eine endgültige Entscheidung abzuwarten, die dem Studenten mitgeteilt wurde. Ein Student, dessen Vater "nicht-arischer Abstammung" war, an der Front kämpfte, jedoch im Jahre 1933 auf Grund des § 3 des Berufsbeamtentumsgesetzes in den Ruhestand versetzt wurde, schreibt 1940 in seiner Bewerbung: "Mein sehnlichster Wunsch war es, das Medizinstudium zu ergreifen. Da mir dies jedoch nicht zugänglich war und eine Reihe anderer Berufe ebenfalls zwangsläufig ausschieden, habe ich mit dem Chemiestudium begonnen, das neben dem Medizinstudium mir am meisten Freude macht."

Der damalige Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, Prof. Dr. Hoppe, der die Unterlagen an den Reichserziehungsminister weiterleitete, fügte folgende Beurteilung hinzu: "Der Gesuchsteller, der eine gute Haltung aufzuweisen hat, zeigt deutliche Merkmale jüdischer Rasse... Nach einer kurzen Dienstzeit bei der Wehrmacht wurde er schon Ende Oktober 1939 zur Aufnahme des Studiums entlassen. Ich vermag das Gesuch... nicht zu befürworten." Der Antragsteller wurde abgelehnt, da auch der Reichsminister befand: "Ich bin jedoch bereit, ein späteres Gesuch des Gesuchstellers einer erneuten und wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, falls er bis dahin an der Front Wehrdienste geleistet und sich bewährt hat." Der Student, der zu dem damaligen Zeitpunkt 18 Jahre alt war, hat diesen Einsatz vielleicht

nicht überlebt. Mit Sicherheit aber wird er die Tatsache kaum verwunden haben, daß er als "Nichtarier" unwürdig war, eine deutsche Universität zu besuchen, aber gut genug, um für das Deutsche Reich sein Leben zu riskieren.

Der damalige Rektor lehnte kurzerhand die meisten der Bewerbungen ab, ohne sie einer individuellen Prüfung zu unterziehen, häufig mit dieser und ähnlichen Begründungen: "Der Gesuchsteller, der nicht nur seinem Äußeren nach, sondern auch im Benehmen stärkste Züge der jüdischen Rasse aufzuweisen hat... ist für ein Hochschulstudium nicht befähigt."

"Nicht der Geist, die Faust entscheidet"

In seinem Wirken als Rektor der "deutschesten Universität" hielt er sich eng an die Worte des Führers, der in "Mein Kampf" schrieb: "... Man sündigte einfach auf den Körper los und vermeinte, in der einseitigen Ausbildung des 'Geistes' eine sichere Gewähr für die Größe der Nation zu besitzen... Die ausschließlich geistige Einstellung unserer Bildung in den oberen Schichten macht diese unfähig in Zeiten, in denen nicht der Geist, sondern die Faust entscheidet, sich auch nur zu erhalten, geschweige denn durchzusetzen..."

Hoppe schreibt 1940 über eine Bewerberin, die er letzten Endes ablehnt: "Die Gesuchstellerin hat den Arbeitsdienst mit 'gut' abgeleistet und sich im Schwimmen und Skilaufen bewährt. Sie macht in keiner Weise einen einseitig intellektuellen Eindruck."

Daß Hoppe ein guter, diensteifriger Deutscher mit Nationalbewußtsein war, beweist er spätestens bei folgendem Fall, wo er Sorge trug, einen Studenten vom Studium auszuschließen, und vorbildlich mit der "Geheimen Staatspolizei" zusammenarbeitete. Der Beschuldigte wurde 1940 "mit Schande aus dem NSD-Studentenbund ausgeschlossen" und es wurde ein Antrag von der "Reichsstudentenführung" bei der Berliner Universität auf dauernden Ausschluß an allen deutschen Hochschulen gestellt. Begründet wurde der Antrag wie folgt: "Seit Januar 1940 unterhält der Beschuldigte mit der polnischen Volkstums- und Staatsangehörigen Franziska W., die nach Deutschland zur Arbeitsdienstleistung dienstverpflichtet ist, intime Beziehungen. Am 21.4.1940 verkehrte er mit ihr in seiner Wohnung geschlechtlich... Er hat durch die Aufnahme intimer Beziehungen ... die Pflichten, die ihm als deutschen Studenten im Krieg obliegen, verletzt." Der Beschuldigte wurde zu einer Anhörung an die Universität geladen, der er jedoch nicht Folge leisten konnte, da er sich in Sachsenhausen befand...

Dies wurde kommentarlos zu den Akten gelegt, der Rechtsrat bat lediglich darum, den Studenten vor Ort zu befragen. Ein weiterer Aktenvermerk weist daraufhin, daß man ihn nach einigen Wochen nach Hause entlassen hatte, somit hatte er "lediglich" mit dem Ausschluß aus der Universität zu rechnen...

Die Friedrich-Wilhelms-Universität unter den Linden hielt ihren Lehrbetrieb bis 1945 aufrecht, jedoch mit drastisch gekürzten Studentenzahlen, denn spätestens mit Beginn des Krieges und der endgültigen Mobilmachung hatten sich die wenigen, noch immatrikulierten Studenten zum Wehrdienst zu melden.

Mit dem 8. Mai 1945 ging ein wenig ruhmreiches Kapitel der Berliner Universität zu Ende, es galt nicht nur, die Räume neu zu beziehen, sondern auch einen Neuanfang zu wagen.

ix

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen des Archivs der Humboldt-Universität, die mich bei meinen Recherchen tatkräftig unterstützten.

Eine unendliche Geschichte

extra

Die Debatte um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Die Idee für ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas kam Eberhard Jäckel und Lea Rosh 1988 in Yad Vashem in Jerusalem. Der Historiker und die Journalistin drehten gerade an einer Fernsehdokumentation über den Mord an den europäischen Juden. „Jäckel sagte zu mir, er denke seit langem, [...] es müsse im Land der Täter ein ähnliches Denkmal geben wie hier im Land der Opfer“, schreibt Lea Rosh in der Dokumentation „Ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Und an diesem Tag, so scheint es, faßte Rosh den Entschluß, ein solches Denkmal unter allen Umständen zu errichten.

Noch im selben Jahr unterbreitete sie die Idee der Bürgerinitiative *Perspektive Berlin* e.V., deren Vorsitzende sie ist. Nach kurzem Zögern erfolgte die Zustimmung der Initiative „Ja, das machen wir.“ Die Initiative sprach Berliner Persönlichkeiten auf Unterstützung ihres Projekts hin an, gab Annoncen in Berliner und überregionalen Zeitungen auf, sammelte Unterschriften und Geld und gründete schließlich den Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Am 30. Januar 1989 veröffentlichte die Bürgerinitiative ihren ersten Presseauftrag „An den Berliner Senat, die Regierungen der Bundesländer, die Bundesregierung“, ein Mahnmal zum Gedenken an die ermordeten europäischen Juden zu errichten. Dieser erste Aufruf war unterzeichnet von Personen des öffentlichen Lebens wie Willy Brandt, Günter Grass, Heiner Müller, Hanns Joachim Friedrichs und Christa Wolf. Heinz Galinski, damaliger Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin und des Zentralrats der Juden in Deutschland, erklärte zur gleichen Zeit, daß ein solches Denkmal zwar nicht Sache der Juden sei, er jedoch die Errichtung eines solchen Mahnmals nur gutheißen könne. Die Resonanz auf die diversen öffentlichen Aktionen der *Perspektive Berlin* war beachtlich. Mehr als 10.000 Unterschriften aus allen Teilen Deutschlands und Spendenbeiträge von 1,- bis zu 5000,- DM bestärkten die Initiatoren, an ihrer Idee festzuhalten.

Kritik an der „Standortwahl“

Die *Perspektive Berlin* stieß mit ihrer Initiative jedoch nicht nur auf positive Resonanz, sondern immer wieder auch auf Skepsis und Kritik. Widerspruch wurde besonders auf Seiten derer, die auch beruflich in der Berliner und Brandenburger Gedenkstättenarbeit tätig sind, laut. So warf Dr. Ulrich Eckhardt, Intendant der Berliner Festspiele, der *Perspektive Berlin* vor, sie sei profilierungssüchtig, und die Publizistin Dr. Stefanie Endlich, die der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des Prinz-Albrecht-Geländes (siehe Grafik) angehörte, kritisierte das Projekt der *Perspektive Berlin* mit den Worten: „Die [...] *Perspektive Berlin* e.V. formulierte ihre Forderung nach einem Holocaust-Denkmal auf dem Gestapo-Gelände zuerst in einer Podiumsdiskussion im August 1988, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die [...] äußerst positive Resonanz auf die Dokumentation *Topographie des Terrors* darauf hinwies, daß diese Art der nüchternen Aufklärung ein Schritt in die richtige Richtung war.“

Im Juni 1989 rief die *Perspektive Berlin* erstmals zu einem Ideenentwurf für die Gestaltung eines Holocaust-Denkmals auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände auf. Die „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“ erklärte in ihrer Stellungnahme vom 13. Juni 1989 diesbezüglich, daß „ein Holocaust-Mahnmal, ein jüdisches Haus, ein Museum der Menschenrechte auf dem Gelände abzulehnen“ sei. Auch Gerhard Schoenberger, früherer Leiter der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, hielt die Wahl des Ortes für das Holocaust-Mahnmal für mißglückt: „Es gibt

ehrbare Gründe, ein Mahnmal für die jüdischen Opfer zu fordern, aber nicht weniger ehrbare, den Standort für verfehlt, die Einschränkung auf nur eine Gruppe von Opfern gerade hier für unzulässig [...] zu halten.“ Und das *Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin* konstatierte: „Der Kern des Konflikts zwischen der *Perspektive* und uns liegt in der

unterschiedlichen Herangehensweise. Die *Perspektive* will in erster Linie ein Denkmal für die vom deutschen Faschismus ermordeten Juden und sucht dafür ein Grundstück, das sie im Gestapo-Gelände gefunden zu haben meint. Das *Aktive Museum* geht vom Gelände aus als einem »Ort nicht angenommener deutscher Geschichte« (Wolfgang Scheffler). Wenn man sich nach über 40 Jahren diesem Ort nun stellt, muß man sich zuerst fragen, welche historische Realität er repräsentiert.“

„Standortwechsel“

Auf einer Anhörung zur zukünftigen Nutzung des Gestapo-Geländes Mitte Juni 1989 kristallisierte sich heraus, daß das Prinz-Albrecht-Gelände auch zukünftig von der *Topographie des Terrors* und mehreren wechselnden Ausstellungen zur „Aufklärung über das nationalsozialistische System“ (Prof. Reinhard Rürup, Wissenschaftlicher Leiter der *Topographie des Terrors*) genutzt werden solle. Im Abschlußbericht der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des Prinz-Albrecht-Geländes vom März 1990 war die Forderung der *Perspektive* nach einem Holocaust-Mahnmal auf diesem Gelände schließlich abgelehnt worden. Und am 5. Juni 1991 gab Kultursenator Ulrich Roloff-Momin bekannt, daß das Prinz-Albrecht-Gelände zu einer dauerhaften Gedenkstätte mit internationalem Dokumentationszentrum umgewandelt werden soll.

Doch bereits im November 1989 nach Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der BRD boten sich neue Möglichkeiten für den Standort des Denkmals an. So trat Eberhard Jäckel dem ersten gesamtdeutschen Parlament mit der Forderung gegenüber, einen Ort von noch höherem Symbolwert für dieses Denkmal zu wählen: das Gelände um die ehemalige Reichskanzlei (siehe Grafik). Im November 1992 erhielt der Förderkreis schließlich den schriftlichen Bescheid des Senats, daß die Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas auf eben diesem Gelände, etwas abgesetzt vom Bunker der früheren SS-Leibstandarte, errichtet werden würde. Diese Gedenkstätte solle neben der Mahnung auch eine Darstellung der Geschichte des Antisemitismus geben. Gedenkstätten für andere Opfergruppen sollen an anderen Stellen entstehen.

Kritik an der „Opferbegrenzung“

Diese Trennung der einzelnen Opfergruppen und die Errichtung eines zentralen Denkmals nur für Juden wurde besonders von Seiten Romani Roses, Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, scharf kritisiert. Die *Perspektive* bestreite den Vernichtungswillen des NS-Staates an den Sinti und Roma und beleidige die 500.000 Holocaust-Opfer der Sinti und Roma. Rose erklärte, daß die Rassen- und Vernichtungspolitik gegenüber Juden und 'Zigeunern' parallel und nach dem gleichen Plan erfolgt sei. Aus diesem Grund legte er dem Berliner Senat im Frühjahr 1991 einen Antrag auf Errichtung eines Nationalen Holocaust-

Literatur:

Bürgerinitiative *Perspektive Berlin* e.V.: Ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Dokumentation 1988-1995, Berlin 1995

James I. Young (Hg.): Mahnmale des Holocaust – Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens, München 1993

Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Künstlerischer Wettbewerb: Denkmal für die ermordeten Juden Europas – Kurzdokumentation, Berlin

dächtigt (Eberhard Jäckel) oder zum »intellektuellen Helfer der Nazis« gestempelt (Lea Rosh)."

Mahnmal versus Dokumentation

Die Verquickung von Mahnung mit Dokumentation von Geschichte im Rahmen der geplanten Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas scheint ebenfalls problematisch zu sein. So lehnt der Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Norbert Kampe, diese Verbindung eindeutig ab: „Das geplante Holocaust-Denkmal für die ermordeten Juden Europas muß als künstlerischer Entwurf von Dokumentationsaufgaben entlastet werden. In Laufnähe steht die dann umgestaltete *Topographie des Terrors* zur Verfügung; ein Engagement zu ihrer Unterstützung wäre sinnvoller als ein neues Holocaust-Museum.“ Und die Beiräte der Gedenkstätten betonen, daß die Aufklärungsarbeit in Deutschland vor allem an historischen Stätten erfolgen soll. Dieser Konsens liegt einer Mitteilung der Kultusministerkonferenz zugrunde, in der der Erhaltung authentischer Orte Priorität zugesprochen wird. Sie wird auch von den Vertretern der jüdischen Opfer und der ermordeten Sinti und Roma mitgetragen. Der Arbeitskreis Berlin-Brandburger Gedenkstätten lehnt das zusätzlich zum Holocaust-Mahnmal geplante Museum mit der Begründung ab: „Ein öffentlicher Widerspruch ist auch deshalb erforderlich, weil Sprecher der Museumsinitiative die Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätten abqualifiziert haben.“

Debatten ohne Ende

Inzwischen liegen zwei Mahnmalsvorschläge vor, welcher am Ende umgesetzt werden soll, steht noch nicht eindeutig fest. Auch die Standortfrage ist erneut strittig. Hinzu kommt der finanzielle Aspekt. Die 'Entstehungskosten' für die Holocaust-Gedenkstätte sind von anfänglich 10 Millionen auf inzwischen 100 Millionen DM gestiegen. Allein die beiden Brandenburger KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück bräuchten sofort etwa 30 Millionen DM, um dem Verfall entgegenzuwirken. Das Gerangel um ein Holocaust-Mahnmal scheint noch lange nicht beendet zu sein. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, bemerkte kürzlich auf der Eröffnung der neuen Ausstellung „Von der Erinnerung zum Monument“ in Sachsenhausen (siehe Seite 16) „Der Bau von Denkmälern unterliegt offenbar konjunkturellen Schwankungen ebenso wie gesellschaftlichen Moden. [...] Denkmäler legen in der Regel mehr Zeugnis ab über den Zeitgeist, aus dem heraus sie entstanden sind, als daß sie an die Ereignisse erinnern, wegen derer sie geschaffen wurden.“ Und obwohl er sich ursprünglich auf die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen bezieht, trifft er die Debatte um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Kern: „Verlauf und Ausgang der Konflikte im Prozeß der Gedenkstätten-gestaltung um Mahnmal oder Baudenkmal, Interpretation oder Quelle, Deutung oder Relikt, lassen uns, was die Zukunft der Denkmäler anbelangt, für letztere eher pessimistisch sein. Wenn die Denkmäler in Konkurrenz zu den Denkmälern geraten, dann begibt sich die Gesellschaft in Versuchung, die Erinnerung an die eigene Erinnerungsform für wichtiger zu erachten als die Bewahrung der Erinnerung an den Gegenstand selber.“

mit-c

Das Prinz-Albrecht-Gelände (Gestapo-Gelände)

Das sogenannte Prinz-Albrecht-Gelände liegt im Bezirk Kreuzberg an der Grenze zu Mitte und Tiergarten und wird eingeschlossen durch die Stresemann-, Niederkirchner-, Wilhelm- und Anhalterstraße. Auf diesem Gelände befanden sich zwischen 1933 und 1945 die bürokratischen und politischen Spitzen des NS-Verfolgungs- und Vernichtungsapparates; hier liefen die Fäden der politischen sowie rassistischen Verfolgung zusammen: Geheimes Staatspolizeiamt, SA-Gruppenführung Berlin-Brandenburg, SS-Führung und SD-Hauptamt (ab 1939 Reichssicherheitshauptamt) und das Hausgefängnis der Gestapo hatten in der damaligen Prinz-Albrecht-Straße 8 ihren Sitz.

extra "Im Zuge der Endlösung..."

Für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts bleibt nicht mehr viel Zeit

Weitere Informationen erhältlich beim:

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Kämmergasse 1,
50676 Köln,
Tel.: 0221/ 23 33 23,
Fax: 0221/ 23 49 91

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
Friedrich-Humbert-Str. 116,
28759 Bremen,
Tel.: 0421/ 62 20 73

Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten
Schorenstr. 12,
32756 Detmold,
Tel.: 05231/ 582 02,
Fax: 05231/ 30 04 49

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
Zwingerstr. 18,
69117 Heidelberg,
Tel.: 06221/98 11 01

Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter
Böblinger Str. 195,
70199 Stuttgart,
Tel.: 0711/60 32 37

Um es vorwegzunehmen: Dieser Artikel stellt keine vollständige Aufarbeitung des bundesdeutschen „Wiedergutmachungsrechts“ dar. Zu groß ist die Zahl der Absurditäten in Gesetzen und Rechtsprechung, zu vielfältig die Verquickung der Umstände. Es soll auch nicht in Abrede gestellt werden, daß zumindest teilweise ehrlich versucht worden ist, begangenes Unrecht zu entschädigen und in diesem Sinne „wiedergutzumachen“. Jedoch ist bei einem Vergleich verschiedener „Fallgruppen“ festzustellen, daß diese Wiedergutmachung sowie die Großzügigkeit, soweit sie dabei vorzufinden ist, recht einseitig erscheint und daß sich gerade in den Lücken der Entschädigungsgesetze oftmals auch die Lücken deutscher Vergangenheitsbewältigung widerspiegeln.

Das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz – BEG) geht zunächst von einem recht eingeschränkten Verfolgungsbegriff aus: „Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung ist, wer aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist [...]“. Damit wurden bestimmte „Randgruppen“ wie z.B. Homosexuelle (siehe Seite 12), Zwangssterilisierte, Behinderte, psychisch Kranke u.a., Gruppen, die häufig auch nach dem Ende des Nationalsozialismus diskriminiert und ausgegrenzt wurden, von der direkten Entschädigung ausgeschlossen. Eine weitere Einschränkung stellt das Territorialprinzip dar, das davon ausgeht, daß Verfolgte in anderen Staaten aus den gezahlten Reparationsleistungen entschädigt werden. Dadurch werden aber rassistisch verfolgte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Sinti und Roma, vernachlässigt. Im Gegensatz dazu wurden bestimmte Gruppen geradezu großzügig bedacht. So schleppt sich derzeit eine Ausschlussklausel für Kriegsverbrecher aus der Kriegsbeschädigtenrente durch die Gesetzgebungsinstanzen. Es wurden also im Laufe der Entschädigungsleistungen gesetzliche Ungerechtigkeiten geschaffen; Beispiele dafür sollen in diesem Artikel dargestellt werden.

Das Schicksal der Zwangssterilisierten

Ein Paradebeispiel dafür, wie eine ganze Gruppe von Betroffenen regelrecht „durch die Maschen“ fällt, sind die nach dem

„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ Zwangssterilisierten. Als weder aus politischen, rassistischen oder weltanschaulichen Gründen noch aus Gründen des Glaubens Verfolgte gehören sie nicht zum direkten Kreis der Entschädigungsberechtigten. Die Möglichkeit eines Härteausgleichs (nach §171 BEG) beschränkt sich einerseits auf Menschen, die ohne vorausgegangenes Gerichtsverfahren sterilisiert wurden, und setzt obendrein vor-

aus, daß durch den Eingriff eine „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ von mindestens 25% entstanden ist.

Grundannahme ist dabei, daß das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom Zeitpunkt seiner Verkündung her (14. Juli 1933) zwar ein nationalsozialistisches sei, seine eigentliche Entstehung und Ausarbeitung aber in der Zeit der Weimarer Republik lag. Es sei auch nicht mit den sog. Rassegesetzen zusammenzuwerfen und in diesem Sinne ein unpolitisches Gesetz. Überdies gab und gibt es auch in anderen Staaten vergleichbare eugenische Gesetze zur Bekämpfung von Erbkrankheiten. Deshalb wurde dieses Gesetz nicht zusammen mit den anderen NS-Gesetzen 1945 von den Alliierten aufgehoben. Es gilt – formal – noch immer!

Diese Darstellung wird durch die Tatsachen jedoch deutlich widerlegt. Bis zum Ende des Dritten Reichs wurden 350.000 bis 400.000 Menschen sterilisiert (nur etwa 1.500 ohne vorausgegangenes Verfahren). Gemessen an der Bevölkerungszahl ist das 30mal so häufig wie in den gesamten Vereinigten Staaten. Daß das sog. Erbgesundheitsgesetz und die auf dessen Grundlage durchgeführten Sterilisationen durchaus mit den Rassegesetzen in Verbindung zu sehen sind, belegen beispielsweise das Protokoll der Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“, in dem nachdrücklich auf die Anwendung der Möglichkeit einer Zwangssterilisation hingewiesen wurde (siehe Kasten), sowie zahlreiche programmatische Äußerungen der Nationalsozialisten, so z.B. 1930 in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“: „Im Strafrecht vertreten wir die schärfsten Formen der Reinerhaltung unseres sittlichen Lebens und der Rasse: Tod dem lebensunwerten Leben! Ausschaltung der Vermehrbarkeit verbrecherischer Charaktersubstanzen ohne jede Rücksicht [...]“.

Erst 1988 erklärte der Bundestag die Zwangssterilisationen zu Unrecht, jedoch ohne damit diese Urteile formal aufzuheben noch die Betroffenen als NS-Verfolgte anzuerkennen. Lediglich für Menschen am Rande des Existenzminimums ist eine Beihilfe möglich, was aber einen fachärztlichen Nachweis eines Gesundheitsschadens erfordert.

„Vaterlandsverräter“ oder „Widerstand des kleinen Mannes“?

Ein zweites, viel diskutiertes Beispiel sind die von der NS-Militärjustiz verurteilten Wehrmachtsdeserteure. Es macht deutlich, daß die Frage der Entschädigung nicht nur eine materielle ist, sondern daß es vor allem auch um eine Wiederherstellung der persönlichen Würde geht. Außerdem wird hier wie bei kaum einem anderen Fall spürbar, wie weit die Vergangenheit in die Gegenwart hineinreicht und daß von „Vergangenheitsbewältigung“ noch lange nicht die Rede sein kann.

Dokument

aus dem Protokoll der sog. Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ am 20. Januar 1942

IV. Im Zuge der Endlösungsfrage [...], wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen – und Mischlingsfragen ist.
1. [...]

6. Ehen zwischen Mischlingen 1. und 2. Grades.
[...] SS-Gruppenführer Hofmann steht auf dem Standpunkt, daß von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muß, zumal der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisation unterziehen würde.
Staatssekretär Dr. Stuckart stellt fest, daß die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten [...] in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde. Um zum anderen auf alle Fälle den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen, schlug Staatssekretär Dr. Stuckart vor, zur Zwangssterilisierung zu schreiben.

Rund 100.000 Zuchthausstrafen und 30.000 Todesurteile verhängten NS-Richter zwischen 1939 und 1945 gegen Fahnenflüchtige, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“. Über 20.000 Todesurteile wurden vollstreckt, die anderen Verurteilten wurden in Konzentrations- bzw. Straflagern interniert oder in Strafbataillonen zurück an die Front geschickt. Nur wenige tausend überlebten. Die Devise gab Hitler selbst vor: „Es muß der Deserteur wissen, daß seine Desertion gerade das mit sich bringt, was er fliehen will. An der Front kann man sterben, als Deserteur muß man sterben.“ Dies gilt in den Strafregistern bis heute fort. Denn mit der Begründung, daß eine generelle Aufhebung der Urteile die Ehre aller „anständigen“ deutschen Soldaten, „die den Mut hatten, bei der Stange zu bleiben“ (so Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1994), beflecken würde, wurde bislang eine Rehabilitierung jener Opfer der Militärjustiz verweigert. So gelten Deserteure heute immer noch als vorbestraft.

Damit wurden Fahnenflüchtige und deren Hinterbliebene auch von einer Entschädigung vollständig ausgegrenzt (im Gegensatz zu Mitgliedern der Waffen-SS etc.). Erst 1991 konnte sich das Bundessozialgericht durchringen, die Todesurteile als „offensichtlich unrechtmäßig“ zu bezeichnen. Es entschied, daß das Verlassen der Truppe als „Widerstand“ gegen den Unrechtsstaat anzusehen sei und demnach diese Menschen von einer Entschädigung nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Ein vergleichbarer Schritt der Bundesregierung läßt dagegen weiter auf sich warten, und auch die jüngsten Auseinandersetzungen um die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht sprechen für sich.

Ungeahnte Großzügigkeiten

Freilich läßt sich auch an bestimmten Stellen Großzügigkeit in Sachen Entschädigung beobachten. So widmete die Bundesregierung als erstes ein eigenes Gesetz den Beamten. Dazu führt z.B. der BEG-Experte Otto Küster in einem Vortrag 1967 an der Uni Tübingen aus: „Das besondere Gesetz für die Berufsschäden der Beamten [...] stört bis heute das Bild und den Frieden durch seine von den Entschädigungsgesetzen scharf absteckende Großzügigkeit. Sehr oft geht es weit über jeden Schadenersatz hinaus. Wo ein Verfolgter in die Lage kommt, die Leistungen, die auch dem bestverdienenden einstigen Beamten bis hinab zum geprüften Rechtskandidaten, man muß schon sagen: nachgeworfen werden, zu konfrontieren etwa mit den Kürzungen wegen anderweit[ig]en Einkommens, die sich die Witwe eines Ermordeten an ihrer ohnedies knapp bemessenen Rente gefallen lassen muß, haben wir Geld und Mühe vertan.“

Noch viel schwerer aber wiegt die Tatsache, daß es bislang keine Unwürdigkeitsklausel für Bezieher einer Kriegsofferrente gibt, so daß bis zum heutigen Tage Kriegsverbrecher eine Versorgungsrente erhalten können. Eine derartige Klausel gilt lediglich für im Ausland lebende Rentenbezieher, die jedoch recht selten angewandt wird. Jüngste Initiativen zur Veränderung dieser Situation löste das ARD-Fernsehmagazin „Panorama“ aus, das in einem Beitrag berichtete, daß von den 1,1 Millionen Personen, die eine solche Rente beziehen, etwa 50.000 (!) Kriegsverbrecher seien.

Zum Vergleich der Dimensionen seien einige Zahlen genannt: In den aufsehenerregendsten Fällen beziehen die Delinquenten monatlich über 700,- DM – die Ansprüche aus dem Härteausgleich des BEG für Zwangssterilisierte sieht laufende Leistungen überhaupt nur bei fachärztlich nachgewiesener Erwerbsminde-

rung sowie Existenznot vor, seit 1990 besteht die Möglichkeit einer monatlichen Auszahlung von 100,- DM. Die Zahlungen der Kriegsbeschädigtenrenten an frühere Wehrmachtssoldaten, Waffen-SS-Angehörige oder deren Hinterbliebene kosten jährlich über 12 Milliarden DM – die Leistungen gemäß dem Bundesentschädigungsgesetz knapp 1,5 Milliarden DM.

Nunmehr befaßt sich also der Bundestag damit, Kriegsverbrecher zumindest bei „krassen Fällen“ nicht auch noch zu belohnen. Die erste Lesung der entsprechenden Anträge fand Anfang März dieses Jahres statt. Wie lang die Mühlen des Gesetzes jedoch mahlen werden und ob der kreißende Berg am Ende doch nur ein Mäuschen gebiert, ist offen. (Der wesentlich weitergehende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt schon seit Mai 1995 vor.) Ähnliche Initiativen zur Rehabilitierung bisher nicht angemessen anerkannter NS-Opfer, wie z.B. die Einrichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“, scheitern dagegen immer noch am Widerstand der Koalition.

schü

Glorifizierung der Täter:
stern-Titelseite vom
14. Dezember 1957



Repro: UnAuf

extran Verfolgungswahn

Die Nazis und die Schwulen

Literatur:

Burkhard Jelloneck, „Homosexuelle unter dem Hakenkreuz“, Paderborn 1990

Hans-Georg Stümke, „Homosexuelle in Deutschland“, München 1989

Günter Grau, „Homosexualität in der NS-Zeit – Dokumente“, Frankfurt/M. 1993

Infos:

Schwulenverband in Deutschland e.V., Thieboldsgasse 79, 50676 Köln, Tel.: 0221/240 31 11

„So was wie dich hätte man früher ins KZ gesteckt!“ – auch heute noch werden Schwule gerne an die Vergangenheit erinnert. Und auch Neonazis erinnern sich gern „glorreicher arischer Zeiten“, zum Beispiel dann, wenn sie mit Baseball-Schlägern „Schwule ticken“ gehen. Ihre Vorbilder von damals kannten noch keine Baseball-Schläger, brauchten sie ja auch nicht, sie hatten die Gestapo.

Im Laufe der Jahre wurden fast alle Opfergruppen der Nationalsozialisten systematisch geschichtswissenschaftlich erforscht. Der Homosexuellen-Verfolgung allerdings nahmen sich die Historiker erst sehr spät – und dann auch nur sehr selten an. Einer davon ist Burkhard Jelloneck, der sich in der bisher umfangreichsten Arbeit mit den „Homosexuellen unter dem Hakenkreuz“ beschäftigte. Er wollte helfen, „angesichts der auch heute in weiten Teilen der Bevölkerung existierenden Diskriminierung von Homosexuellen auf die Wurzeln der Homosexuellenfeindlichkeit aufmerksam zu machen, Licht in ein düsteres Kapitel deutscher Geschichte zu bringen, an die Opfer zu erinnern und die gegenwärtige Gesellschaft für die Lebenssituation dieser Minderheit zu sensibilisieren.“

Schwule Nazis: Ernst Röhm und andere

Befaßt man sich mit den Homosexuellen in den Reihen der Naziorganisationen, kommt man natürlich an der SA und im besonderen deren Stabschef Ernst Röhm nicht vorbei. Auch Jelloneck nicht, der diesem Thema mehrere Kapitel widmet.

Besonders haben es ihm die Schwierigkeiten der NSDAP angetan, aufgrund von Röhm's allgemein bekannter Homosexualität, die Schwulen – wie es maßgebliche Nationalsozialisten vor allem um Heinrich Himmler (s.u.) gerne getan hätten – zu verdammen. Also versuchte man es mit Stillschweigen und empfahl den Betroffenen Enthaltsamkeit, um der „gegnerischen Presse“ nicht auch noch Wahlkampfmunition zu liefern (s.u.).

Schwule Nazis gab es nicht nur in der SA, auch in der Hitlerjugend vermutet Jelloneck eine Reihe homosexueller Funktionäre und beruft sich dabei vor allem auf die Dokumente der nach 1934 massiv einsetzenden Schwulenhatz der Nazis, die sich zuerst in den eigenen Organisationen, vor allem in der SA und der HJ, austobte. Auch der HJ-Führer Baldur von Schirach wurde immer wieder der Homosexualität verdächtigt. „Spötteleien über Schirachs unmännliche Art und sein angeblich weiß möbliertes, ganz nach weibischem Geschmack eingerichtetes Schlafzimmer gehörten zum Standardrepertoire des antinazistischen Flüsterwitzes.“

Man vermutete sogar, Schirachs schwelgerische Hitlerverehrung (er schrieb z.B. eine Unzahl an Gedichten über den geliebten Führer) sei ein Zeichen, daß er die „Hure des Führers“ sei.

„Warme Bruderschaft im Braunen Hause“

Schon anfang des Jahrhunderts setzten einige schwule Hyperaktivisten die Waffe des Outings (öffentliches „Enttarnen“ schwuler Prominenter) ein, um die Situation der Homosexuellen zu verbessern. So wurde 1907 der Reichskanzler von Bülow durch ehemalige Anhänger von Magnus Hirschfeld der Homosexualität bezichtigt.

Auch die Sozialdemokraten setzten Ende der Zwanziger und Anfang der Dreißiger Jahre einige Hoffnung auf das Outing. Allerdings ging es ihnen dabei keineswegs um eine Verbesserung der Lage der Schwulen, auch wenn sie in den Zwanziger Jahren noch für eine Streichung des §175 eintraten. Im Gegenteil, die

SPD hoffte, durch das Outing schwuler Nazis Punkte im Wahlkampf zu sammeln.

Dabei schoß man sich besonders auf die SA und ihren „Führer“ Röhm ein. Unter der Überschrift „Warme Bruderschaft im Braunen Hause“ startete die sozialdemo-

kratische Münchner Post 1931 eine antischwule Hatz auf den SA-Chef. Die Zeitung beklagte den „schamlosesten Betrieb wider-natürlicher Unzucht“ und die „haarsträubendste Hurerei im Sinne des Paragraphen 175“ in der SA. „Unbeschadet jeder Partei-richtung steht die moralische und körperliche Gesundheit der deutschen Jugend auf dem Spiel. Was sich in den Reihen der den Lüsten Röhm's ausgelieferten nationalsozialistischen Jugend tut, das geht das ganze deutsche Volk an.“

Die SPD suchte, sich in dieser Zeit die antischwulen Ressentiments in der Bevölkerung zunutze zu machen. Teilweise unterschieden sich die Artikel nur wenig von der berüchtigten Greuel-Propaganda im SS-Organ „Der Stürmer“, der z.B. den hakennasigen Juden „erfand“. Diese „röhmische“ Kampagne der SPD mobilisierte erst zu einem Gutteil das „gesunde Volksempfinden“, da sich die Nazis hier – aus gutem Grund – noch zurückhielten. So gesehen bereitete die SPD der minderheitenfeindlichen Politik des NS-Regimes ein Stück Boden.

Daß die politische Linke auch in der Gegenwart nicht davor gefeit ist, Nazis und Homosexualität in einen Topf zu werfen, bewies z.B. 1987 die taz, als sie in einem Artikel auf das „offensichtliche erotische Phänomen der Bewegung“ hinwies.

Homophober Verfolgungswahn: Himmler

Glaubt man Jellonecks Buch, dann war die „Bekämpfung der Homosexualität wohl eines der wichtigsten Anliegen des Dritten Reiches.“ Andererseits jedoch gab es dabei durchaus Unterschiede im Verfolgungswahn – in des Wortes doppelter Bedeutung. Während für Hitler das „Problem“ auf dem Wege zur „Weltherrschaft und Judenausrottung“ eher peripher war, lag es dem SS-Chef Heinrich Himmler sehr am Herzen.

Für Hitler sei die Homosexualität nicht so wichtig gewesen, betont auch Jelloneck. „So berücksichtigt Hitler in 'Mein Kampf' trotz seiner sich in weitschweifigen Tiraden äußernde Vorliebe,



Schwuler Nazi: Ernst Röhm

den Niedergang der arischen Rasse an seiner Meinung nach sittlichen Entartungserscheinungen wie Prostitution, Abtreibung, Geschlechtskrankheiten festzumachen, mit keiner Silbe die Homosexualität in seinem Dekadenkanon."

Für Himmler aber war es eines der wichtigsten Probleme. Jelloneck widmet Himmler sogar eine biografische Skizze, um die Wurzeln von Himmlers Schwulenhaß deutlich zu machen. Die Weichen für Himmlers Homophobie seien schon in seinem Elternhaus gestellt worden. "Akribisch setzt der Vater auf die Einhaltung bürgerlicher Tugenden, gängelt den Jungen, wo er nur kann. Prüderie und Schüchternheit kennzeichnen seine Pubertät und die folgenden Jahre." Dadurch sei dem jungen Himmler jedwede Form sexueller "Abweichung" ein Greuel. Mit zwanzig setzt sich Himmler mit der Homosexualität auseinander und liest entsprechende Schriften. Dazu vermerkt er in seinem Tagebuch: "Eine Idealisierung eines homosexuellen Menschen. Bilder scheußlich. Abend: 1/2 11 h in furchtbarer Stimmung."

Auch später schwadroniert Himmler, der sich bei vielen Anlässen gern als einer der bedeutendsten Homosexuellen-Experten ausgab, über die Greuel und die Gefahren der Homosexualität für das Volk. Als er im NS-Staat zum Chef der SS und der Polizei aufsteigt, hat er endlich auch die Mittel, dieses "Krebsgeschwür auszumerzen." Und das tut er mit verbissener Entschlossenheit, sonst "werde das deutsche Volk an dieser Seuche kaputtgehen", weil es durch die Homosexualität wenig Kinder haben werde.

Schwulen Holocaust gab es nicht?

Mit dem Sturz und der Ermordung Röhrs wurden die Homosexuellen von den Nazis zum Abschuß freigegeben. Jelloneck meint, daß die nach 1934 einsetzende Homosexuellenverfolgung keineswegs ein "Wahlkampfköder" für die Bevölkerung gewesen sei. Vielmehr sei die Verfolgung sogar eher ohne große Propagierung im Stillen erfolgt, um die Bevölkerung nicht "auf den Geschmack zu bringen". Den Nazis sei es um eine gesellschaftliche Utopie gegangen, für die alle "unpassenden" Gruppen ausgemerzt werden sollten.

Dies ist auch das Außerordentliche an diesem Buch: die immer wieder aufgegriffene Linie der Relativierung der Schwulenverfolgung im Dritten Reich, die das Buch wie ein Roter Faden durchzieht und in dem Resümee gipfelt: den Schwulen-Holocaust habe es nicht gegeben.

Jelloneck schließt sich der bundesoffiziellen Ansicht an, daß

die Zahl der schwulen Opfer der Nazis in der Vergangenheit viel zu hoch angesetzt sei. Damit sei man der Erfolgsprahlerei Himmlers bei der Schwulenausmerzung auf den Leim gegangen. So sei zwar in vielen Publikationen von einem "schwulen Holocaust" die Rede. In manchen Büchern zum Thema wird die Zahl von bis zu 250.000 schwulen KZ-Opfern genannt. Wahrscheinlicher sei jedoch die Zahl von 5.000 bis 15.000. Allerdings wurden laut offizieller Statistik 50.000 schwule Männer von der NS-Justiz rechtskräftig verurteilt.

Zwar sei es durchaus richtig, daß die Nazizeit eine Periode extremster Verfolgung und Repression gegen Homosexuelle gewesen sei, jedoch sei dies nicht die ganze Wahrheit. "Das Leben homosexueller Männer ist nicht allein mit dem unsäglichen Leiden in den KZ erschöpfend umschrieben."

Das mag richtig sein, allerdings können ein tagelanges Verhör und Folter im Gestapo-Keller, die Zerstörung der beruflichen Existenz, der Verlust des geliebten Menschen oder auch schon die immer präsente Angst vor Entdeckung das Leben eines Schwulen zur Hölle machen – dazu braucht es nicht immer ein KZ.

Am KZ kam man auch vorbei, wenn man in die Kastration einwilligte. Bis 1943 verloren so 2.300 Schwule ihre Lebensqualität. Und daß es nicht zu weitreichenden Zwangskastrationen kam, lag nicht etwa an Bedenken der Entscheidungsträger, sondern einfach an dem im NS-Staat üblichen Kompetenzgerangel ("NS-Kampfspiele") zwischen der NSDAP (in Gestalt des Hitler-Sekretärs Bormann) und Himmler.

Alles in allem dürfte die Zahl derjenigen Schwulen, die laut Jelloneck angeblich "die Zeit im Dritten Reich als die glücklichste in ihrem Leben" bezeichnen, gegen Null tendieren.

Keine Stunde Null

Auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit im Deutschland der Gegenwart und besonders bei der Frage der Entschädigung der schwulen Opfer spielen vor allem die KZ-Opfer die große Rolle in der Öffentlichkeit; aber mindestens genauso gelitten haben die Unzahl Entmannter, die allerdings naturgemäß nicht so auf Entschädigung und Wiedergutmachung drängten, um anonym bleiben zu können.

Allerdings waren die Chancen auf eine Wiedergutmachung erlittenen Unrechts in der BRD nach 1949 lange Zeit auch nicht sehr groß. Nach Kriegsende mußten die Schwulen schon bald erkennen: "Die vielbeschworene Stunde Null wurde für ihre Minderheit nicht eingeläutet." Auch nach 1945 galten sie als unerwünschte Gruppe, die weiterhin kriminalisiert wurde. "Fast 100.000 Homosexuelle wurden in der Adenauer-Ära von 1953 bis 1965 als Täter nach § 175 ermittelt, davon fast jeder zweite rechtskräftig verurteilt – die Justiz des Dritten Reiches hatte – rein numerisch betrachtet – keineswegs mehr Opfer gefordert", schreibt Jelloneck.

Auch wenn mittlerweile der § 175 gestrichen wurde und Schwule allerorten zu treffen sind – auch in der Daily-Soap – hat sich für die noch lebenden schwulen Naziopfer nichts geändert. Auch 1997 sind die Häftlinge der KZs, die mit dem rosa Winkel stigmatisiert wurden, vielfach nicht rehabilitiert oder entschädigt. Nun soll eine Bundesratsinitiative des Bundeslandes Sachsen-Anhalt diese Lücke schließen. Mit dem entsprechenden Landtagsbeschluß ist das Bundesland bisher das einzige, das in dieser Frage auf Bundesebene aktiv wurde. Eine Entscheidung des Bundesrates steht bisher noch aus – für die meisten der Betroffenen wäre es sowieso nur noch ein symbolischer, weil posthumer Akt.

ojoff

Schwulenhasser: Heinrich Himmler



Rep. UnAuf

extra Bewältigung oder Ritual?

Der Besuch eines Konzentrationslagers im Rahmen des Geschichtsunterrichts

Im Rahmenplan für den Geschichtsunterricht im Land Berlin ist das Thema Nationalsozialismus, Drittes Reich und Judenverfolgung für die 10. Klasse bzw. die gymnasiale Oberstufe (12. Klasse) vorgesehen. Zumindest zu einem der beiden möglichen Zeitpunkte sollte umfangreiches Auseinandersetzen mit dieser Thematik stattfinden. Im Zusammenhang mit dem Geschichtsunterricht steht darüber hinaus an vielen Schulen der Besuch eines Konzentrationslagers beinahe obligatorisch auf dem Programm. Dabei mag man sich die Frage stellen, ob der Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers den Geschichtsunterricht wirklich ergänzt und die Geschichtsbewältigung fördert oder zunehmend immer mehr zum Ritual verkommt. Welche Intention hat ein Lehrer, der mit seiner Schulklasse ein Konzentrationslager besucht, und wie nehmen die Schüler der unterschiedlichsten Altersgruppen diesen Besuch auf? Um der Klärung dieser Fragen einen Schritt näher zu kommen, habe ich mehrere Schulklassen auf ihrer Führung durch die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald begleitet.

Meist ist es die Initiative des Lehrers, mit seiner Klasse ein KZ zu besuchen. Inwieweit dieser "Bildungsausflug" von der gesamten Klasse positiv angenommen wird, ist dabei fraglich. Viele empfinden einen solchen Besuch zum Teil als belastend oder hätten sich für den monatlichen Wandertag ein anderes "Ausflugsziel" gewünscht. Besonders anstrengend für Lehrer wie Schüler wirkt sich der KZ-Besuch aus, wenn der Lehrer den Anspruch erhebt, alle seine Schüler mit diesem Besuch zu "erreichen". Manchmal wird dieser Anspruch begleitet von einem Pietätsempfinden, das bei den Schülern auf bloße Ablehnung stößt. So erklärte beispielsweise ein Lehrer der Luise-Henriette-Oberschule in Berlin seiner 10. Klasse auf dem Weg nach Sachsenhausen, daß sie weder essen noch Kaugummi kauen dürften. Eine Verhaltensregel, die bei einem großen Teil der Schüler auf Unverständnis und anschlie-

Benden Ärger stieß. "Was soll das denn?", so die leise geäußerte Frage einer Schülerin. Beinahe zwangsläufig war die Trotzreaktion drei weiterer Schüler, die nach etwa fünf Minuten auf dem KZ-Gelände eine Packung Kaugummi zutage förderten und vom Lehrer unbemerkt zu kauen angingen.

Führungen durch die Gedenkstätte

In der Regel ist der Besuch eines KZ verbunden mit einer Führung. Die Mitarbeiter der Gedenkstätten achten bei diesen Führungen darauf, daß sie die Klassen nicht mit Informationen überfluten oder zu viele Einzelheiten nennen, die den Schülern

nicht bekannt sein können. "Bei einer 8. Klasse laß ich mehr weg, bei einer 12. Klasse weniger", so Herr Hoffmann von der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. Zusätzlich besteht jederzeit die Möglichkeit, Fragen zu stellen. "Es gibt keine dummen Fragen und es gibt keine falschen Fragen", erklärte Hoffmann den Schülern einer 8. Klasse einer Charlottenburger Gesamtschule während der Führung durch Sachsenhausen. Trotzdem ist es eher selten, daß die Schüler viele Fragen stellen. Die meisten Schüler müssen das Gehörte erst eine Weile mit sich herumtragen und verarbeiten, ehe ihnen die Fragen kommen, die sie noch beantwortet haben wollen. Konkrete Fragen stellen können die Schüler meist erst einige Wochen nach dem KZ-Besuch, und die Antworten darauf muß dann der Geschichtslehrer geben. "Viele Nachfragen haben wir vor allem bei Gruppen, die sich vorher ganz konkret mit Sachsenhausen beschäftigt haben. Die wollen dann vieles noch ein bißchen genauer wissen", erzählt Hoffmann.

Durchschnittlich dauert die Führung durch eine Gedenkstätte zwei bis drei Stunden. Sie ist oft mit der Vorführung eines Dokumentarfilms und der Besichtigung der Gedenkstätten-Ausstellung verbunden. Ist das Programm der Führung ausgeglichen, sind die drei Stunden zu bewältigen, allerdings muß man sich beinahe permanent konzentrieren. Für eine Schulklasse wird sie jedoch eher zum Problem. Gut die Hälfte der Schüler steigt nach etwa 90 Minuten aus und verfolgt die Führung nur noch mit einem Ohr. Nach gut zwei Stunden hat sich die Gruppe der Aufmerksamen auf einige wenige verkleinert. Allerdings geht das nicht nur Schülern so. Bei einer Gruppe von Lehrern bemerkte Hoffmann dasselbe Phänomen: "Die Lehrer haben den gleichen Zeitrhythmus angenommen wie ihre Schüler – nach 45 Minuten fangen sie an zu quatschen." Die eintretende Unaufmerksamkeit ist also kein spezifisches Schulklassen-Merkmal.

Unterschiedlich starkes Interesse

Die nach und nach eintretende Unaufmerksamkeit bei den KZ-Besuchen läßt sich neben der allgemeinen Belastbarkeit der Schüler auch auf das Interesse an der Thematik und den Vorkenntnissen des jeweiligen Schülers zurückführen. Gruppen, die schon mehr über das Thema Konzentrationslager wissen, bleiben länger dabei, als die, die erst wenig vertraut damit sind. Ebenso verhält es sich mit dem Interesse. Je mehr einen Schüler das Thema persönlich interessiert, desto aufmerksamer wird er der Führung bis zum Ende folgen. Das fällt vor allem sehr jungen Schülern am schwersten.

Häftlingsuniform,
Mahn- und Gedenk-
stätte Sachsenhausen



Ging die Initiative für den KZ-Besuch vom Lehrer aus, ist die Diskrepanz von Interesse und Desinteresse am größten. Bei einem "aufgezwungenen" Besuch ist ein großer Teil mehr oder minder nicht interessiert. Nur eine kleine Gruppe empfindet das Thema als spannend. Oft entwickelt sich dabei eine Art von Gruppendynamik, bei der es auch die interessierten Schüler schwer haben, sich die ganze Zeit zu konzentrieren.

Ausgeglichen ist es vermutlich bei Schulklassen, die von sich aus auf den Besuch eines Konzentrationslagers gedrängt haben. Wie oft das in der Tat der Fall ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Viele Lehrer sagen von ihrer Schulklasse, daß dieser Wunsch bestand. Ob sich die Schulklassen aber einfach nicht gegen den Besuch ausgesprochen hat, nur die interessierte Gruppe zu Wort kam oder der Lehrer das Desinteresse (so es denn bestand) nicht wahrgenommen hat oder gar leugnet, können die Mitarbeiter der Gedenkstätten nicht herausfinden.

Doch auch bei Gruppen, die von sich aus ein KZ besuchen wollten, läßt die Konzentration manchmal schnell nach. Gründe dafür können unangenehmes Wetter, eigene sich in den Vordergrund drängende Gedanken oder eine persönlich nicht ansprechende Führung sein. Besonders frappierend ist es zusätzlich, wenn das Desinteresse bzw. der offensichtliche Unglaube in die Inhalte der Führung auf Seiten des Lehrers erkennbar wird. "Nun geht mal ein bißchen schneller, dann sind wir hier schneller durch", mahnte die Lehrerin der 8. Klasse ihre Schüler in Sachsenhausen zur Beeilung ...

In einem anderen Fall herrschte die Lehrerin einer 12. Klasse den Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald an, daß er ja wohl

selbst nicht glaube, daß die Weimarer von dem KZ nichts gewußt haben. "Natürlich hat man geahnt, was hier passiert, aber man wollte es nicht wahrhaben", versuchte dieser sich zu wehren. Die Situation endete darin, daß die ziemlich verdutzten Schüler mit dem Mitarbeiter stehen gelassen wurden, während die Lehrerin demonstrativ ging. So blieb bei der Gruppe denn auch der bittere Nachgeschmack, daß man sich für das Verhalten der Lehrerin zu entschuldigen müssen glaubte. Rückblickend stellten die Schüler fest, daß sie die Führung durch Buchenwald vielleicht lieber privat gemacht hätten.

Der richtige Zeitpunkt

Wann ist der Zeitpunkt, mit einer Schulklassen ein KZ zu besuchen, am sinnvollsten? Sollte man den Besuch auch dann wagen, wenn die Klasse ihn zwar ausdrücklich wünscht, von der Thematik jedoch noch nicht viel weiß? Ist es sinnvoll, seine Klasse gegen ihren Wunsch in ein KZ zu schicken? Sollte man die Klasse besser vorher gründlich informieren oder sie unvorbereitet dorthin schicken? Ist Vorbereitung oder Nachbereitung besser? Wie lang und ausführlich hat eine Führung durch die Gedenkstätte zu sein? Wer kann die Fragen der Schüler besser beantworten, Lehrer oder Gedenkstättenmitarbeiter? Ist der KZ-Besuch Geschichtsbewältigung oder Ritual?

Auf keine dieser Fragen läßt sich eine allgemein gültige Antwort geben, denn für jede Schulklassen, für jeden Schüler gilt etwas anderes. Aber vielleicht ist ja der private Besuch einer Gedenkstätte zum gewollten Zeitpunkt für jeden persönlich der beste Weg zur Geschichtsbewältigung an Stelle des Rituals. ■

mit-c

Glockenturm,
Mahn- und Gedenk-
stätte Buchenwald



Foto: Beetz

extra Die eigene Geschichte

"Von der Erinnerung zum Monument" – eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen

"Von der Erinnerung zum Monument"

Ausstellung zur Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen

13. April bis

13. Oktober 1997

Di bis So 8.30 Uhr bis 18.00 Uhr

Neues Museum

Straße der Nationen 22

16515 Oranienburg

S1 bis Oranienburg

Tel.: 03301/80 37 15

Eintritt frei

Begleitband:

"Von der Erinnerung zum Monument"

Hrsg.: Günter Morsch

Edition Hentrich, 1996

25,- DM

Fahnenwid von Soldaten der NVA auf einer Kundgebung zum Tag der Opfer des Faschismus, 10.9.1961

Zum ersten Mal dokumentiert eine KZ-Gedenkstätte ihre eigene Geschichte von der Nutzung und Zerstörung des ehemaligen Lagergeländes nach 1945 bis zur Planung und Eröffnung der Gedenkstätte 1961.

Während der Olympischen Spiele in Berlin 1936 begann im Oranienburger Stadtteil Sachsenhausen der Bau eines "modernen, vollkommen neuzeitlichen Konzentrationslagers" (Heinrich Himmler). Nahe der Reichshauptstadt entstand das erste für mehrere tausend Häftlinge konzipierte Konzentrationslager des Dritten Reiches. Es umfaßte auf 380 Hektar neben dem Schutzhaftlager ein Sonderlager für alliierte Offiziere und Prominente, ein SS-Truppenlager, eine SS-Siedlung, die Inspektion aller Konzentrationslager, einen Industriehof und das Klinkerwerk. Sachsenhausen galt als Musterlager, nicht zuletzt wegen der Verbindung unterschiedlicher KZ-Bereiche unter symmetrischer Anordnung (im gleichschenkligen Dreieck).

Nach der Befreiung des Lagers am 22./23. April 1945 durch sowjetische und polnische Einheiten der Roten Armee diente das ehemalige Sonderlager des KZ dem sowjetischen Geheimdienst NKWD als Speziallager. 60.000 Menschen waren dort zwischen 1945 und 1950 inhaftiert. Mindestens 12.000 Häftlinge, "kleine" Nazis, politisch Mißliebige oder willkürlich Verhaftete, starben in den fünf Jahren an Krankheiten oder Hunger. Ein Gedenken an KZ-Opfer am authentischen Ort war zur gleichen Zeit nicht möglich. 1950 übernahm die Kasernierte Volkspolizei (KVP) das Gelände und seine Verwahrung und Zerstörung begann. 1952/53 wurde die "Station Z", Vernichtungsstätte und Krematorium, gesprengt, die Baracken dienten der Bevölkerung Oranienburgs als Brennmaterial. Die Nationale Volksarmee (NVA), die ab 1956 das ehemalige SS-Truppenlager und später auch den Sitz der KZ-Inspektion nutzte, trug ihren Teil zur Zerstörung des KZ bei.

1953 beschloß das ZK der SED den Bau der drei Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Allerdings wurde das Gelände für die Gedenkstät-

te Sachsenhausen auf das Dreieck des ehemaligen Schutzhaftlagers sowie die "Station Z", also auf ca. 5% des ursprünglichen KZ-Komplexes, reduziert. Durch die

Verbindung der "Station Z", ursprünglich zum Industriehof zugehörig, mit dem Schutzhaftlager wurde die historisch korrekte Anordnung der einzelnen KZ-Bereiche verfälscht. Zusätzlich mußte der bis heute genutzte Eingang zur KZ-Gedenkstätte eingerichtet werden, da die NVA das ehemalige SS-Truppenlager bis 1990 nutzte.

Der erste Gestaltungsauftrag einer Gedenkstätte Sachsenhausen ging an den Landschafts- und Gartenarchitekten Reinhold Lingner, dessen Entwürfe jedoch abgelehnt wurden. 1956 übernahmen die Architekten Ludwig Deiters, Horst Kutzat und Kurt Tausendschön die Gestaltung. Um sich inspirieren zu lassen, unternahmen die drei eine Studienreise zu ehemaligen Konzentrationslagern in Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Als Fazit dieser Reise hielten sie fest, daß "bei den Lagern auf deutschem Boden [...] die Überwindung der SS-Herrschaft durch Abtragen der Reste und durch planmäßige Gestaltung zum Ausdruck zu bringen" ist. Neben der Planung der Gedenkstätte wurde auch eine Konzeption der musealen Gestaltung entwickelt. Es entstand das Lagermuseum zur Geschichte der Konzentrationslager, insbesondere von Sachsenhausen, in der ehemaligen Häftlingsküche, das Museum des antifaschistischen Freiheitskampfes der europäischen Völker in einem neu errichteten Gebäude und schließlich das Museum des Widerstandskampfes und der Leiden jüdischer Bürger in den wiederaufgebauten Baracken 38 und 39.

An der Eröffnungsfeier der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen am 23. April 1961 nahmen über 100.000 Menschen teil. In die gleiche Zeit fiel der Eichmann-Prozess in Israel und nur wenige Monate später erfolgte der Mauerbau.

Die Ausstellung zur Geschichte der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen gliedert sich in sieben Bereiche und deckt den Zeitraum von 1936 bis 1961 ab. Sie dokumentiert anhand von Presse-Fotos sowie Fotos und Exponaten aus Privatbesitz ehemaliger Sachsenhausen-Häftlinge und Oranienburger, Entwurfsskizzen von Walter Womacka, Waldemar Grzimek, Ludwig Deiters, Horst Kutzat und Kurt Tausendschön, Gips-Modellen von Fritz Cremers sowie Plakaten und Wochenschauen aus der DDR und der BRD.

In drei unterschiedlich großen Raumabschnitten, gegliedert in: vor der Planung, während der Planung und nach der Planung zur Gedenkstätte Sachsenhausen, erzählt die Ausstellung die Geschichte der Gedenkstätte im chronologischen Verlauf. Dabei ist nicht sofort ersichtlich, in welche Richtung man gehen muß, um dem zeitlichen Rahmen korrekt zu folgen. Für die Verständlichkeit der Ausstellung ist das jedoch kein Nachteil, denn selbst für den Fall, daß man sich "verläuft", kann man der Geschichte Sachsenhausens problemlos folgen. Die Exposition informiert umfangreich, ohne den Besucher durch die Anzahl der Exponate zu erschlagen. Sie kommentiert den Umgang mit dem KZ-Gelände zwar nicht, läßt aber trotzde Kritik an der scheinbar gedankenlosen Zerstörung des KZ-Geländes und der Entstehung der Gedenkstätte erkennen. "Von der Erinnerung zum Monument" ist eine umfassende und auf jeden Fall sehenswerte Ausstellung zur Geschichte der Gedenkstätte Sachsenhausen.

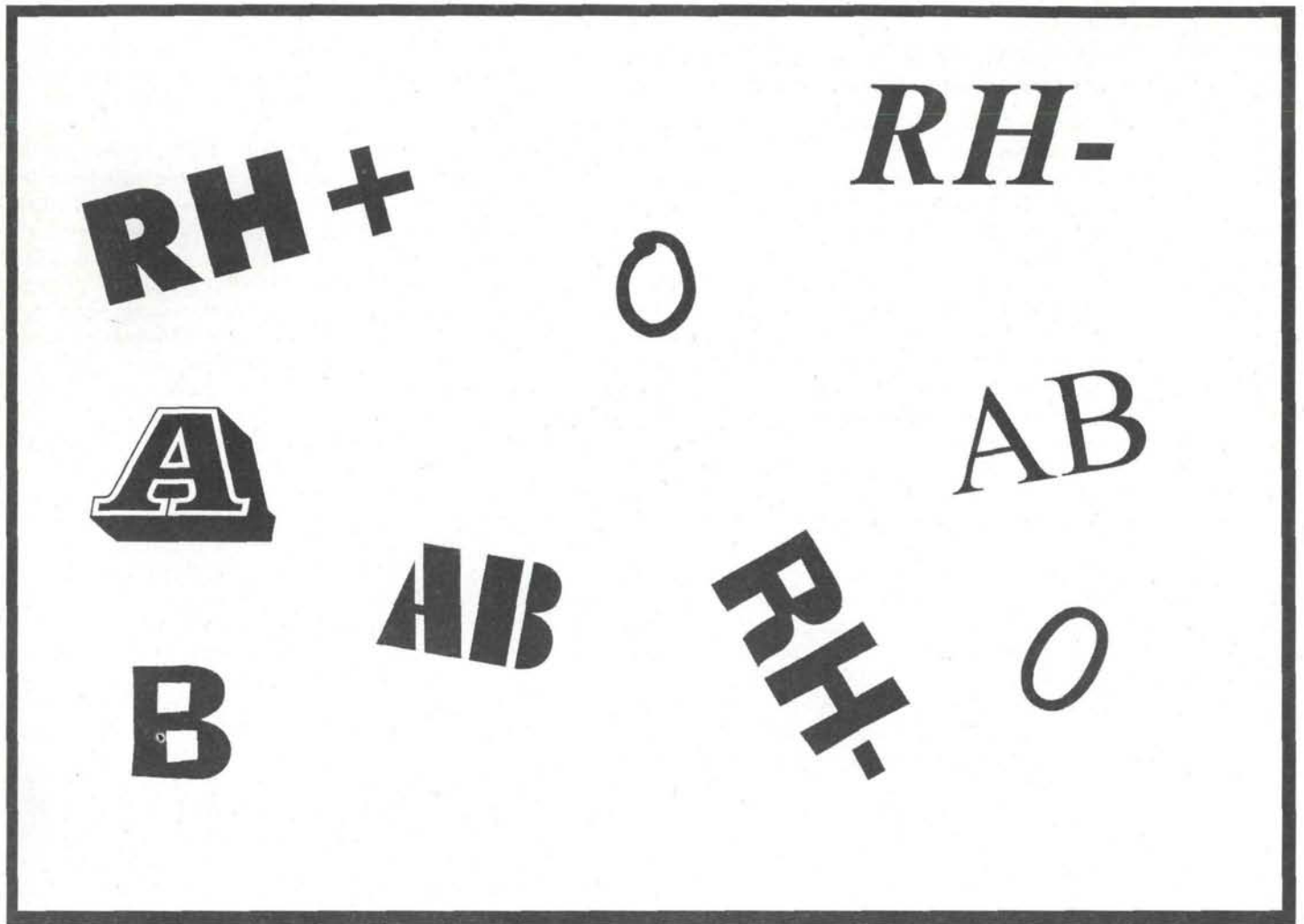
mit-c



Impressum

Verantwortliche Redakteure:
Beatrix Altmann (ix), Ingo Bach (joff),
Franziska Busse (mit-c), Jana Schütze (schü)
Kontakt: UnAufgefordert,
Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität

Sie sind unser Typ!



Was Sie auch immer für eine Blutgruppe haben, Ihr Plasma wird gebraucht, um Menschenleben zu retten.

Für Ihren Zeitaufwand erhalten Sie **40,- DM.** Sie können bis zu 6 mal pro Monat spenden.

Mo+Mi 10.00-18.00 Uhr
Di+Do 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-15.30 Uhr

Seropl*plas*

Tel. 030/2 53 74 70
Axel-Springer Str. 42
(ehem. Lindenstraße)
10969 Berlin
U-Kochstraße
U-Spittelmarkt

RechtsSchreiber und die Fehler des Kopisten

Urs Altermatt: Das
Fanal von Sarajevo.
Ethnonationalismus
in Europa.
Erschienen im Verlag
Ferdinand Schöningh,
Paderborn, 1996,
288 Seiten.

Barbara Junge, Julia
Naumann, Holger Stark:
RechtsSchreiber. Wie
ein Netzwerk in Medi-
en und Politik an der
Restauration des Na-
tionalen arbeitet.
Erschienen im März
1997 im Elefanten
Press Verlag,
210 Seiten, DM 29,90.

Botho Strauß: Die Feh-
ler des Kopisten.
Erscheint demnächst
im Carl Hauser Verlag,
München, 208 Seiten,
34 Mark.

Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet

RechtsSchreiber liefert eine detaillierte Bestandsaufnahme einer neuen national-konservativen Strömung, die sich in den letzten Jahren formiert hat. Durch gezielte Medienaktionen und öffentliche Kampagnen, wie z.B. den Aufruf „Gegen das Vergessen“ zum 8. Mai 1995, versuchen die Neuen Konservativen, rechtsnationale Positionen, die bisher nicht mehrheitsfähig waren, in die Gesellschaft zu tragen. Die Autoren haben umfangreiche Recherchen betrieben, um die Vernetzung dieser Tendenzen zu rekonstruieren. Sie sprachen mit Politikern verschiedener Parteien, Medienvertretern, rechten „Basisaktivisten“ und analysierten vielfältige Materialien. Das Fazit: Am rechten Rand formiert sich erstmals seit mehreren Jahrzehnten eine Strömung, die möglicherweise Aussicht auf Erfolg hat.

Seit der Wiedervereinigung ist das Nationale wieder ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Konservative Historiker plädieren für „das Ende des deutschen Sonderwegs“ und für eine „politische Normalisierung“. RechtsSchreiber analysiert auch, wie die Debatte um die DDR-Vergangenheit instrumentalisiert wird, um zu erreichen, was im Historikerstreit der 80er Jahre nicht gelungen war: Das Nationale reinzuwaschen von den nachteiligen Assoziationen, die es in Deutschland hat. So ist es in der politischen Wissenschaft mittlerweile akzeptabel, im Rahmen der Totalitarismustheorie die DDR und das Dritte Reich auf eine Ebene zu stellen – Auschwitz gleich Bautzen.

Wichtige Kampagnen der neuen Konservativen sind von den Strategien der amerikanischen *conservative revolution* abgeköpft: Die Kritik eines Liberalismus, den es so in Deutschland gar nicht gibt, die Beschworung eines „linken Medienmonopols“ und schließlich die Losung von der Diktatur der politisch korrekten „Gutmenschen“, die die amerikanischen Rechte auch jedem weißen Mann in den Mund legt, der meint, unter dem Stiefel der Frauen und sonstigen Randgruppen zu stöhnen. Willkommen also in der Postmoderne – selbst die Deutschtümelei wird heutzutage nach dem vom großen Bruder ererbten Schema aufgezogen.

Es gelingt den Autoren, die subtilen Veränderungen im Meinungsklima der letzten Jahre überzeugend nachzuzeichnen. Das Buch stellt eine Reihe von interessanten Fakten zusammen und verweist auf viele nützliche Materialien und Quellen.

Botho Strauß: Ein leicht abgeschwollener Bocksgesang

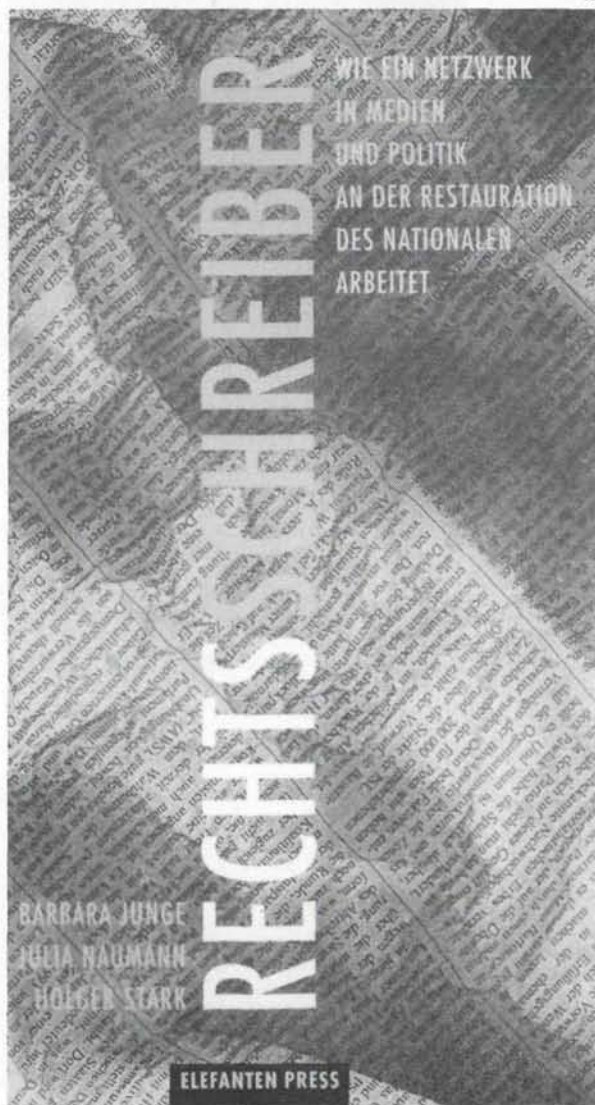
Als intellektueller Auftakt der neu-konservativen RechtsSchreiberreform galt vielen Botho Strauß' umstrittener Aufsatz „Anschwellender Bocksgesang“, der im Februar 1993 im Spiegel veröffentlicht worden war. Was Strauß bewogen haben mag, den „Bocksgesang“ („Rechte Phantasie ist die Phantasie des Dichters“) für das rechtsnationale Buch „Die Selbstbewußte Nation“ zur Verfügung zu stellen, läßt sich angesichts der Widersprüchlichkeit des Textes wohl nur vermuten. Vielleicht war es des Autors Vision von der „schrecklichsten aller Mehrheiten, der Massengesellschaft der Greise, die ohne Nutzen für irgendjemanden und, sofern es sich demnächst um meine Generation handelt, auch ohne nennenswerte Lebenserfahrung ihren endlosen Abendfrieden genießen ...“ Das mit dem „Bocksgesang“ mußte also vielleicht einfach nochmal sein ...?

Nun hat der Dichter ein neues Buch vorgelegt, dessen Titel nicht

treffender gewählt sein könnte. Was beim ersten Lesen als bedeutungsschwere Kulturkritik daherkommt, entblößt sich bei näherem Hinschauen als Verschnitt aus Gemeinplätzen der Medienwissenschaft.

Das im Spiegel (16/1997) vorabgedruckte Kapitel beschreibt des Dichters Annäherungsversuch an die neue Hauptstadt Berlin: Den ersten Kontakt zur Stadtzivilisation sucht Strauß speisend im Café, wo er von der „Lebenskultur der Galeristen“ angewidert wird. Ähnlich ergeht es ihm beim anschließenden Rundgang im Ex-Ost-Kiez, jetzt Yuppie-Town Prenzlauer Berg, so daß er gleich zur Fundamentalkritik unserer von der demokratischen Vermassung so gebeutelten Gesellschaft übergeht. Dabei haftet dem Dichter der penetrante Stallgeruch des Satturierten an, und man wird das Gefühl nicht los, daß eben jener Überdruß an der eigenen wohl situierten Existenz genau der Stoff ist, aus dem die neoexpressionistischen Träume vom Untergang des „dekadenten“ westlichen Humanismus gemacht sind. Strauß' Weltuntergangphantasien sind jedoch nur ein müder, unauthentischer Re-Run des expressionistischen Weltendes. Nichts originelles also, nur ein seichtes Schauspiel in politischer Kommunikation, wie das eben heute so üblich ist. Strauß dazu: „Inzwischen glaube ich an die technische Verlängerung ..., an die stete Wiederaufarbeitung derselben Misere. Gerade das Abgedroschene erhält sich in der Kommunikation weit besser und erreicht Laufzeiten nahe dem Unaufhörlichen.“ Na, dann können wir uns ja auf was gefaßt machen, wenn jetzt immer wieder „mit verstärkter Kapazität der alte Quark noch breiter getreten wird“.

ks



Bindestrichbürger mit Mehrfachidentität

Altermatt ist mit diesem Buch eine ausgezeichnete Darstellung der Geschichte und Gegenwart des Ethnonationalismus in Europa gelungen. Der Autor zeigt, daß Sarajevo kein Unfall der europäischen Geschichte ist. Europa befindet sich seit dem 19. Jahrhundert in einem fortschreitenden Prozeß der Ethnisierung – eine Entwicklung, die angesichts des immer stärkeren Verflochtenseins der Menschen über ökonomische und politische Beziehungen, angesichts von Popkultur und moderner Massenkommunikation eigentlich absurd ist. Die Angleichung der Kulturen schafft jedoch Angst vor dem Verlust der kulturellen Identität; und während eine Vereinheitlichung im Konsumverhalten und im Wirtschaften immer stärker voranschreitet, führt eine Art Rebellion gegen die Globalisierung zu einer zunehmenden „Ethnisierung“ von Politik und Gesellschaft. Im Zuge eines ideologischen Ethnonationalismus gewinnt so eine „Identität des Seins“ immer mehr die Oberhand über eine „Identität des Tuns“.

Dem Schweizer Autor ist eine sehr lesbare historisch-kritische Darstellung gelungen, die im Gegensatz zu einigen anderen Büchern zum Thema nicht mit theoretischen Erklärungsansätzen überfrachtet ist. Für eine Vielzahl von interessanten Fallstudien hat Altermatt in mehreren europäischen Ländern recherchiert. So analysiert er unter anderem den Übergang von einem multikulturellen zum ethnischen Nationalverständnis, wie z. B. in Ungarn und in Siebenbürgen geschehen, und den Zerfall der multikulturellen Lebenswelt in der Tschechoslowakei.

Das Buch untersucht „Ethnisierung“ vor allem als politische Strategie und entschlüsselt Kategorien wie Nation und Ethnie im historischen und politischen Kontext. „Ethnisierung“ und Nationalismus haben immer auch zu einer Reduktion der eigenen kulturellen Tradition auf deren fiktive „Essenz“ geführt und lokale identitätsstiftende Faktoren ausgeschaltet.

Altermatt plädiert schließlich für den „Bindestrich-Bürger“ mit Mehrfachidentität, denn „nur so können politische und kulturelle Loyalitäten miteinander verbunden werden“.

ks

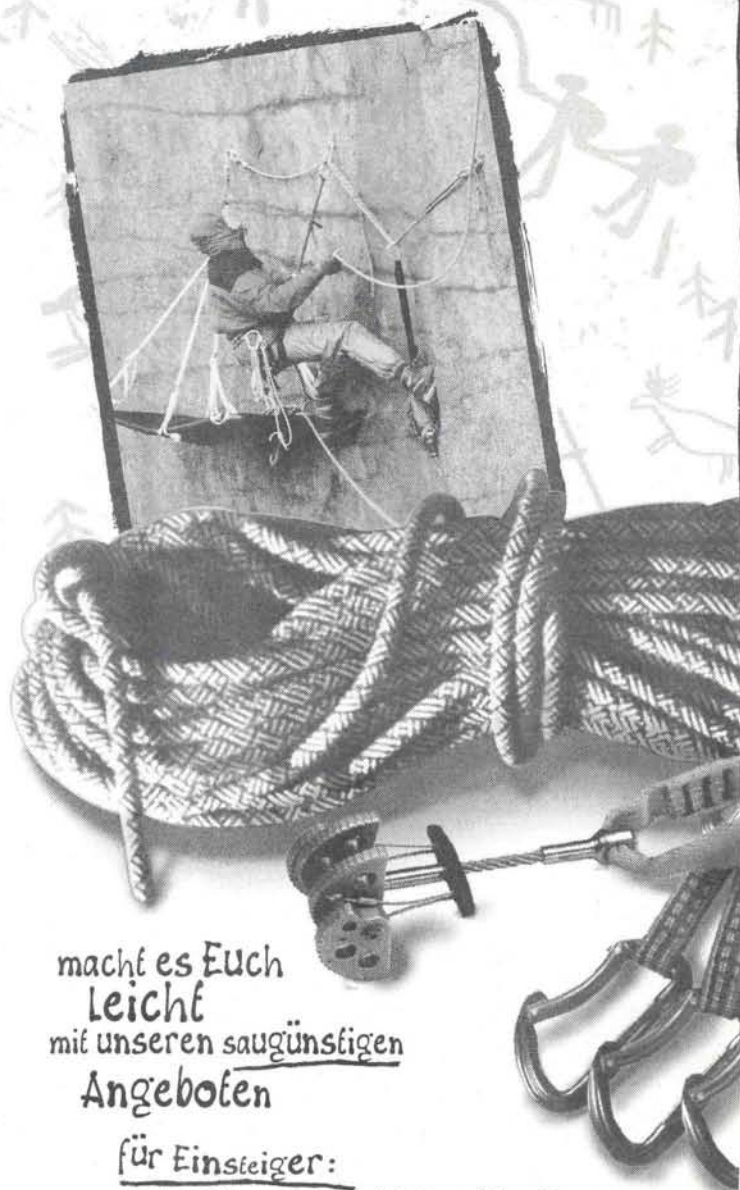
Urs Altermatt

Das Fanal von Sarajevo

Ethnonationalismus
in Europa

Ferdinand Schöningh

KLETTERN



macht es Euch
Leicht
mit unseren saugünstigen
Angeboten

für Einsteiger:

1Klettergurt + 1Paar Kletterschuhe
+ 1HMS Karabiner + 1Abseilachter
im Set für 200,-DM (50,-DM gespart)

oder für hardmovers:

z.B. Boreal Vector	jetzt 139,-DM
Boreal AS	jetzt 159,-DM
LaSportiva TaoRossa	jetzt 149,-DM

Und wenn Euch mal die Puste ausgeht:
POWER BAR Riegel in vielen Geschmacksrichtungen.

CAMP 4

Bekleidung, Schuhe, Schlafsäcke, Zelte, Rucksäcke und mehr...
Dircksenstr. 78, Berlin-Mitte, Tel.: 242 66 84, ☎+S Jannowitzbrücke, ☐ am Laden



KULTUR Staatlich geprüfte Theater...

... nennen sich die Off-Theater, die sich in der glücklichen Lage befinden, in den Genuß der sogenannten „Options-Förderung“ zu kommen. Diese Förderung garantiert – sofern bewilligt – auf einen genauen Spielplan hin für jeweils drei Jahre eine gewisse Planungssicherheit – im Gegensatz zur risikoreichen „Projekt-Förderung“. Über die Förderungswürdigkeit entscheidet alle drei Jahre von neuem ein „Bühnenbeirat“, die Theater werden regelmäßig einer „staatlichen Prüfung“ unterzogen.

Aus diesen „staatlich geprüften Theatern“, wie sie sich selbst im Zusammenschluß genannt haben – darunter bislang auch das Freie Schauspiel, dessen Förderung aus undurchsichtigen Gründen nun stagniert –, hat sich die UnAuf die drei Musiktheater herausgepickt.

In einem Punkt sind sich alle drei Theater – Neuköllner Oper, Kammeroper und Neue Opernbühne Berlin – einig: Man möchte keinesfalls Repertoire- oder Ausstattungstheater im Stile der großen Opernbühnen Berlins betreiben, was rein finanziell auch kaum zu realisieren wäre, sondern sieht sich vielmehr als Nische für selten gespielte Stücke, neue, innovative Produktionen (quasi als Investition in die Zukunft), Ausgrabungen vergessener Werke und neue Zugänge zum Musiktheater. Dabei hat jede der drei Bühnen ihren eigenen Bereich gefunden, jedes Theater ein ganz besonderes Profil entwickelt – die Heterogenität ist so ausgeprägt, daß man sich künstlerisch wohl auch kaum „ins Gehege“ käme ... wie große Bühnen eventuell mit drei synchronen Zauberflöten-Produktionen!

Kammeroper

Es mag irritierend klingen, wenn man bei Berlins Off-Musiktheatern von „Bühnen“ spricht, denn eine feste bzw. eigene

Spielstätte besitzt alleine die Neuköllner Oper. Die Neue Opernbühne Berlin und die Kammeroper hingegen haben nach vielen wechselnden Spielstätten nun ihr (vorläufiges) Domizil gefunden: Die Neue Opernbühne im Kesselhaus der Kulturbrauerei, die Kammeroper im Hebbeltheater.

Seit 1981 existiert mittlerweile die Berliner Kammeroper. Der Kulturbeflissene findet – nach vielen verschiedenen, mitunter auch ungewöhnlichen, Spielorten

in der Vergangenheit – das Ensemble nun als Gast im Hebbeltheater. Nachdem der Spielplan bis vor wenigen Jahren von historischen Ausgrabungen und zeitgenössischen Entdeckungen gleichermaßen geprägt war, sieht die Kammeroper ihre Aufgabe nun darin, ein

Forum für das Musiktheater unserer Gegenwart

darzustellen. Man wagt Erst- und Uraufführungen und vergibt Kompositionsaufträge. Was an großen Opernbühnen als „Publikums-Killer“ gilt, nämlich sich mit der nicht immer „leicht goutierbaren“ Musiksprache der Zeitgenossen auseinanderzusetzen, sind die „Neutöner“ heute doch ebenso wie in alten Tagen ungerechterweise als Krachmacher à la „das kann mein Kleiner auch“ verschrien, funktioniert hier als künstlerisches Konzept, existiert doch inzwischen sogar ein „Fanclub“ der Kammeroper, der durch regelmäßigen und treuen Besuch der Produktionen das Bemühen um die Gegenwartskunst honoriert.

Dabei mag sich zwar ein eigener Publikumsstamm entwickelt haben, Theater „nur für Intellektuelle“ möchte man aber nicht machen. Koproduktionen mit Stadttheatern (z.B. mit dem Stadttheater Gießen) entlasten nicht nur zuweilen das Budget, sondern bieten so neuem Musiktheater ein größeres Forum, und auch die erfolgreich begonnene Arbeit, Musiktheater für Kinder zu machen, soll in Zukunft weiter verfolgt werden.

Neue Opernbühne Berlin

Ebenso wie die Kammeroper besitzt auch die Neue Opernbühne Berlin keine eigene Spielstätte und auch kein festes Ensemble – es existiert lediglich ein Stamm künstlerischer Mitarbeiter.

Begonnen hat alles 1990, als Alexander Paeffgen bei der freien Produktion von Mozarts „La Finta Giardiniera“ im Hebbeltheater Regie führte und auf den überraschend großen Erfolg hin „Die Neue Opernbühne Berlin“ gründete. Seitdem hat auch sie nach vielen Spielorten und Mitarbeitern zu einer „Heimat“ (das Kesselhaus in der Kulturbrauerei) und einem Stamm-Mitarbeiterstab gefunden. So ist zum Beispiel das Ensemble Oriol, das sich in Berlin als außergewöhnliches Kammerorchester mit großem Engagement für die Musik des 20. Jahrhunderts einen besonderen Rang erobert hat, zum festen Bestandteil der Aufführungen geworden.

Altes und Neues

bestimmt gleichermaßen das künstlerische Profil des Theaters. Neben Ausgrabungen klassischer Meister stehen auch zeitgenössische Werke. Maßgabe ist, Kammeropern zu spielen und Stücke wiederzuentdecken, die zu Unrecht in Vergessenheit gerieten, auf den Spielplänen der großen Opernhäuser keinen Platz finden, zu gewagt, zu unkonventionell erscheinen – und

Berliner Kammeroper

Kottbusser Damm 79, 10967 Berlin;

fon: 693 10 54 fax: 692 52 10;

Spielstätte: meist Hebbeltheater;

Demnächst in Berlin: „Liebster Vater“, Kammeroper von Stanley Walden (Leiter des Musical-Studiengangs an der HdK) nach Franz Kafka; Premiere: 20. Juni; weitere Vorstellungen: 21., 22., 24. und 25. Juni, jeweils 20.00 Uhr

Neuköllner Oper

Karl-Marx-Straße 131-133, 12043 Berlin;

fon: 688 90 777, fax: 688 90 789;

Spielstätte: eigenes Haus, Adresse siehe oben;

Kartenpreise: DM 7 bis DM 37;

Demnächst in Berlin: Molières „Der eingebildete Kranke“ mit der originalen Schauspielmusik; Termine: 7.-10., 15.-18. Mai, jeweils 20.00 Uhr;

„Frau Parker kann nicht schlafen“, Manhattan-Notturmo nach Texten von Dorothy Parker mit Musik von Wolfgang Böhmer; Wiederaufnahme des erfolgreichen One-woman-musical-Abends; Wiederaufnahme: 29. Mai, 20.00 Uhr; weitere Vorstellungen: 30. Mai und 3.-7. Juni, jeweils 20.00 Uhr und 31. Mai um 20.30 Uhr;

„Lady, Be Good“, Musical von George Gershwin; Premiere: 19. Juni, 20.00 Uhr; weitere Vorstellungen: 20., 21., 26.-28. Juni, 3.-5. und 10.-12. Juli, jeweils 20.00 Uhr

Neue Opernbühne Berlin

Goltzstraße 13, 10781 Berlin;

fon/fax: 215 35 89;

Spielstätte: meist Kesselhaus der Kulturbrauerei (Knaackstraße 97, fon: 441 92 69/70/71, fax: 441 92 72);

Kartenpreise: DM 35/30, ermäßigt DM 25/20;

Demnächst in Berlin: „L'infedelta delusa“, Komische Oper von Joseph Haydn; Premiere: 4. Juli; weitere Vorstellungen: 5., 6. und 8.-10. Juli

dennoch unbedingt als einer Renaissance würdig erachtet werden. Dabei kann Joseph Haydn durchaus neben Gustav Holst, Benjamin Britten oder Thea Musgrave neben Francisco Antonio de Almeida (die barocke Entdeckung galt als der „Saure-Gurken-Zeit-Tip“ der letzten Sommerpause) bestehen.

Leider ist die Neue Opernbühne zur Zeit nur zu zwei Produktionen pro Spielzeit fähig, Gastspiele und Koproduktionen (zuletzt mit Lissabon) runden das Engagement des Ensembles allerdings ab. Aufgrund dieser Situation muß der Interessierte schon ein wenig Aufmerksamkeit beweisen, um in den Genuß einer der wenigen Vorstellungen zu kommen.

Ein besonderer Zug des Theaters liegt in der Besetzung der Sänger: Das meist sehr junge Ensemble wird für jede Produktion neu zusammengestellt. Die Aufgabe der Neuen Opernbühne liegt dabei laut eigener Aussage in der Förderung und

Entdeckung junger Sänger.

Regelmäßig wird an den Hochschulen nach jungen Talenten gesucht – und das Konzept funktioniert: Schon mancher, der heute an den „großen Häusern“ singt, wurde von der Neuen Opernbühne entdeckt. Wer die Vorstellungen besucht, hört also vielleicht schon heute die „Stars“ von morgen ...

Die Neuköllner Oper

stellt den dritten Teil des Triumvirats. Durch ein eigenes, in einem schönen Hinterhof in der Karl-Marx-Straße gelegenes

atmosphärisches Haus und ein festes Ensemble nimmt es schon eine Sonderrolle unter den dreien ein. Der Vorteil der eigenen Räumlichkeiten erlaubt eine eigenständigere Planung, Repertoirebetrieb und – neben dem „Stammpublikum“ – eine „offenere“ Publikumsstruktur. So hat es sich das Team der Neuköllner Oper zur Aufgabe gemacht, Schwellenängste vor bzw. Klischees über Musiktheater abzubauen und so weitere (bzw. neue) Publikumskreise zu erschließen.

Dabei stehen das fest integrierte Kindertheater – versucht, Kindern das Phänomen „Musiktheater“ nahezubringen – neben unbekannten Werken oder selten gespielten Fassungen (beispielsweise jetzt Molières „Der Eingebildete Kranke“ mit der originalen Schauspielmusik).

Als zusätzliche Spielstätte hat man sich nun die ehemalige Garderobe und zukünftige

Studiobühne als Experimentierraum

erschlossen. Gehört Avantgarde eigentlich nicht zum Profil des Theaters, so soll dieser zusätzliche Raum die Möglichkeit bieten, Neues auszuprobieren, riskantere Produktionen zu wagen, ohne die Gefahr zu großer finanzieller Unsicherheit einzugehen. Ein Anfang soll mit einem Kompositionswettbewerb gemacht werden, weitere Aktionen sind geplant – Off-Kultur ist nämlich heute tatsächlich für viele junge Künstler der letzte Freiraum zur Verwirklichung ihrer Ideen.

godot

Woche Junger Dramatik an der HUB

Mit dem „Dramatische Quartett“ – das kabarettistische Pendant zu Marcel Reich-Ranickis charmant-selbstgefälligem Literaturzirkel – wurde ein spritziger Schlußstrich unter ein ebensolches Festival gesetzt.

Mancher mag den Terminus „Festival“ als „zu hoch gegriffen“ abtun, mir scheint er angemessen: Die kleine einwöchige Werkschau mit Stücken und Lesungen der deutschen Gegenwartsdramatik des Institutes für Theaterwissenschaft an der HUB bestach nicht nur durch einen intimen Rahmen, der den meisten Festivals mit massenkonsumistischem Selbstdarstellungscharakter abgeht und hier noch den direkten Austausch mit den Künstlern ermöglichte, sondern überzeugte zudem durch die Qualität der studentischen Theater-Produktionen auf der Studiobühne.

Rinderwahnsinn

von John von Düffel erweist sich als spritziger Text zu jüngerer deutscher Geschichte, Wiedervereinigung, Ideologien und den 68ern. Wo Schlingensiefel sinnlose Ideen-Orgien über den Zuschauer hereinbrechen läßt, stehen hier ausgefeilte Texte, eine ausgefeilte und durchweg witzige Regie (Leonie von Watzdorf) und typgerechte Darsteller: Karlmarx steht unter dem Scheffel von Muttermeinhoff, sofern er nicht gerade Grundsatzdiskussionen mit Sohnmann Fausterterteil ausführt oder von Töchterchen Hänselundgretel gemästet wird, während der Vetter aus Dingsda eigentlich nur aufs Klo wollte. Pointierte Dialoge, absurd-groteske Situationen, gute Darsteller und eine Inszenierung mit unglaublichem Gefühl für Timing – gelungener als mancher Volksbühnenabend.

Gelungen auch

Gewölbe

von Hansjörg Schertenleib. Die One-man-Performance in der multi-medialen Inszenierung von Johannes Kanty muß zwar über manche textliche Längen hinweg und wirkt zuweilen thematisch überfrachtet, doch die virtuose Respektlosigkeit der Regie, die für jedes aktuelle Ereignis ein parodistisches Bild findet, macht einfach Spaß, der Ereignischarakter der Aufführung und die klaustrophobische Atmosphäre des Kellerraumes in der Sophienstraße vervollkommen das sehenswerte, mal kurzweilige, mal etwas anstrengende Theaterspektakel.

Tschechows Husten

wiederum lag zunächst nur die Idee für eine Ausgangssituation von Regisseur Jörg Lehmann zugrunde: Der Zuschauer beobachtet ein Theaterpublikum, das – paradoxerweise – durchweg aus typischen Gestalten der Tschechowschen Dramen besteht. In Improvisation entstanden so auf den Proben groteske Situationen und Beziehungen zwischen den Figuren sowie wirkungsvolle Texte von Autor Steffen Thiemann. Die kurzweilige Selbstreflexion von Theater, die unterhält, ohne oberflächlich zu bleiben, lebt von der lebendigen Aktion der Darsteller, spielerischen running gags und der Spielfreude des Ensembles.

Irgend etwas darüber zu erzählen, in welcher wahnwitzigen Situationen die Figuren geraten, schmälerte nur das Theatererlebnis – und immerhin hoffen wir auf eine Wiederaufnahme aller drei Produktionen, um all denen, die das Theaterereignis verpaßt haben, auch ein paar schöne Abende in der zunehmend verwüstenden Theaterlandschaft Berlin zu gönnen!

godot

TAKT

Jan Linkens gehört zu den Choreographen, die immer wieder den Tanz selbst zum Thema ihrer Arbeiten machen, die durch die tänzerische Bewegung hindurch über seinen Ursprung, seinen Zweck, seine Möglichkeiten und seine soziale Bedeutung nachdenken.

So auch in „TAKT“, dem neuesten Ballett, das er für das Ensemble der Komischen Oper kreierte. Und Linkens knüpft auch mit dieser neuen Choreographie an alte Arbeiten an, gewinnt dem alten Thema Tanz immer neue An- und Einsichten ab: Tanz als gesellschaftliches Phänomen, Gesellschaftstanz – in Linkens „Tanzstunde“ werden prachtvolle Bilder entworfen, doch Linkens interessiert das Nebenher, die Annäherung zweier Menschen durch Tanz, abwartend Kreise gegeneinander ziehend, während rundherum das Tanzfieber tobt...

Oder Tanz und Bewegung als erotischer Motor, als Rausch. Zu Musik von Adams, Glass und Morton Gould – vom Orchester der Komischen Oper unter Vladimir Jurowski zur betörenden Klangtraube gesteigert – zucken, stemmen, fliegen die Körper der Tänzer, in unermüdlicher Folge auf die Bühne geschickt, die Spannung von Bühne und Orchestergraben schwillt zum Teil so stark an, daß man glaubt, gleich zerbersten einem Kopf und Brust.



Foto: Komische Oper

Linkens variiert dabei noch ein altes Thema: Tanz und Erotik, Tanz und Sex, Sex und Sinnlichkeit – oder Aggression: Paare im Ring, im erotischen Clinch – und die Verletzlichkeit danach, wenn man mehr entblößt hat, als nackte Haut.

TAKT ist Sinnenlust und Melancholie zugleich – derzeit eine der besten Choreographien in Berlin!

godot

Kiezmärchen in der Komischen Oper

Seit 1986, sage und schreibe das nunmehr elfte Jahr, spielt die Komische Oper nun schon Harry Kupfers „Zauberflöten“-Inszenierung.

„Nun, und warum über diesen alten Schinken eine Kritik schreiben?“ könnte sich der kritische Leser fragen. Nun, Kultursenator Radunski mißt den kulturellen Wert Berlins an der Anzahl von „Zauberflöten“, Kupfers Inszenierung war seinerzeit wegen ihrer politischen Brisanz berühmt, Studenten, die „neu in der Stadt“ sind, wüßten vielleicht gerne, „ob sich's lohnt“ – und eine Manöverkritik lohnt immer! Also eine Menge Gründe.

Schon die „Manöverkritik“ zeigt: Die Produktion ist eingerostet: Tamino knödelt, der erste Geharnischte glaubt, Wagner zu singen, Sarastro sucht das tiefe E (ja wo isses denn hin?) und fühlt sich in seiner Rolle sichtlich unwohl, Pamina gibt sich Mühe, Papageno wirkt routiniert, die Königin der Nacht versucht, das Beste daraus zu machen – lediglich das Orchester überzeugt durch schnörkellose Transparenz und flotte Tempi – mancher Sänger hingegen glänzt durch Freistil.

Dann Kupfers Inszenierung: Papagenos Handlung als Berliner Kiezmärchen, Sarastro als Parteichef – die Idee ist gut, die Symbolik überdeutlich (selbstverständlich wurden auch die Freimaurer mit hineingepackt), der Kreis der Eingeweihten als Parteizentrale an sich ein gelungener Einfall. Aber heute wirkt das alles trotz Freiheit verheißenden Einhorn wie Geschichtsunterricht, die permanent kreisende Drehbühne und Kupfers Angst, der Darsteller könne ruhig stehen – was meistens in panische Überaktivität mündet, machen den Abend eher unfreiwillig komisch und überfrachtet als gelungen. Lediglich Kupfers Schlußwendung (soll allen Unkundigen nicht verraten werden) läßt das Regiegenie kurz aufblitzen, sonst halten wenige gute Regieaggs das Stück am Lau-

fen – Kupfer sollte, bitte, bitte, diese Oper neu inszenieren – und, bitte, bitte, bitte, ohne SED.

godot

„Spaß machen, nicht jammern!“

Das war das Motto der Akteure des Orphtheaters, als sie mit der Arbeit an Calderons Mysterienspiel „Das große Welttheater“ begannen. Durch den Haushaltsstopp des Senates war bis Ende März nicht klar, ob es für diese Off-Bühne in Prenzlauer Berg Geld gibt oder nicht. Als Reaktion auf diese zukunftsunsichere Situation suchte man sich dieses Stück aus, in dem die Figuren spielen müssen, um zu überleben.

Calderons Stück hatte Fronleichnam 1675 Premiere. In der Inszenierung von Susanne Truckenbrodt wird einem über das Alter dieses Stückes nie störend bewußt. Dies kommt vor allem durch die Art, wie das Stück vom Orphtheater präsentiert wird. Der Kontakt zum Zuschauer wird gesucht, dabei erfährt jedoch die Trennung von Zuschauerraum und Bühne durch wandelnde Räume immer neue Variationen.

Nachdem man die Treppen des Hauses hinauf gen Himmel gestiegen ist, landet man per Rutsche mitten auf der Bühne und im Blickfeld der anderen Zuschauer. Ganz schnell wechselt man von der Rolle des Spielers in die des Zuschauers und drängt sich an die Wand. Eine Elfe weist einem einen Platz zu. Die „Welt“, eine ältere Dame, die gut aus einem Alptraum von Weihnachtsmärchen entsprungen sein könnte, ruft die Spieler. Sie werden geboren und wirken wie auf die Welt geworfen. Nach dem Entschlüpfen werden ihnen ihre Rollen zugeteilt: König, Schönheit, Weisheit, Bettler und Knecht. Sie spielen, um zu überleben. Der Abend endet mit einem Abendmahl. Die Darsteller haben ihren Schwerpunkt auf ihre gestische Ausdrucksweise gelegt, das Wort spielt in dieser Inszenierung des Stückes eine untergeordnete Rolle.

Das Orphtheater gibt es seit sieben Jahren und es ist eine kontinuierlich miteinander arbeitende Gruppe, die seit 1995 eine eigene Spielstätte besitzt. Sie betreiben im positiven Sinne „armes“ Theater, d.h. keine aufwendigen Kulissen und Effekte. Als nächstes Projekt ist von Barlach „Der Findling“ geplant, der im Rahmen der Berliner Festwochen Premiere haben wird. Für dieses Projekt kann man nur viel Erfolg wünschen

Jörg Vorhaben

Verführerischer Mond



Wer „Lebewohl meine Konkubine“ gesehen hat, kennt ihn: Der chinesische Regisseur Chen Kaige malt seine Epen mit kräftigen Strichen auf die Leinwand und zieht trotz der ausladenden Länge seiner Werke den Zuschauer permanent in seinen Bann.

Auch sein neuester Film, „Verführerischer Mond“, ist ein cineastischer Traum. Kaiges Drama, im China der 20er Jahre angesiedelt, erzählt die Geschichte einer Familie, eines seltsamen Giftes, einer unerfüllten Liebe, eines zerstörten Lebens – und des Opiumrausches... das Drama um eine unglückliche Liebe und den Niedergang der Familie Peng, einer alten Dynastie des chinesischen Landadels, entschlüsselt sich geheimnisvoll, die Leinwand ist in betörend schöne Bilder getaucht (übrigens stellt Hauptdarsteller Leslie Cheung neben seinem grandiosen Spiel auch äußerlich ein eigenes ästhetisches Ereignis dar) und, und...

An diesem Film stimmt einfach alles: Schauspieler, Schnitt, Kamera, Drehbuch, Regie, Musik – das Gesamtkunstwerk, von dem mancher träumt!

Nicht nur die Liebesgeschichte, die erzählt wird, sucht ihresgleichen, sondern die Poesie der Geschichte geht unter die Haut und die im Mafia-Milieu Shanghais angesiedelte Haupthandlung entwirft im Kontrast zur restaurativen Ländlichkeit der Großfamilie Peng ein ungewöhnliches, schillerndes Bild des Chinas der 20er Jahre – und vermag dem China-Unkundigen so, unaufdringlich ein gutes Stück chinesischer Geschichte begreiflicher zu machen.

Unser Tip also: vergeßt Star Wars, vergeßt Terry Gilliam, denn diesen Film muß man sehen!!!

Verführerischer Mond,
Regie: Chen Kaige,
Start: 29. Mai

godot

Crime Time

Die Geschichte vom Schauspieler, der einen Mörder spielt und selbst zur Bestie wird, ist nicht gerade neu, ebenso wenig der Kniff, den Plot im Reality-TV-Business anzusiedeln – und Stephen Baldwin ist auf der Leinwand meist unerträglich. Regisseur George Sluizer bewies in der Vergangenheit selten mehr als 'Handwerk' – ob er noch etwas aus dem Stoff herausholte? Wir wissen's nicht, aber vielleicht ihr

ab 29. Mai



Turbulence

Psychopathische Schwerverbrecher kapern ein Flugzeug, töten die Piloten und terrorisieren die Passagiere – aber nur über die Leiche der Stewardess, die im übrigen den Vogel schon heil 'runterbringen wird! Wieder ein Film, der gerne „Stirb langsam“ sein möchte – mit einem Hauch Flugzeug-Katastrophenfilm.

ab 15. Mai



Fierce Creatures

Die neue Komödie vom Regisseur von „Ein Fisch namens Wanda“ ist zwar amüsant, verpufft aber allzubald nach Verlassen des Kinos. Ein Film für Regentage – gibt's ja in letzter Zeit genug!

ab 19. Juni



Different for girls Der kleine Unterschied ...

besteht darin, daß Kim früher einmal Karl hieß – die richtigen Schwierigkeiten beginnen allerdings erst, als sich nach ihrer Geschlechtsumwandlung eine Affäre mit ihrem ehemaligen Schulkameraden Paul anböhnt. Zwischen Drama, sozialer Ambition und Liebesgeschichte pendelnder Film, der im Thema Transsexualität ausnahmsweise mehr als diskriminierende Komik und müde Verwechslungsstorys findet.

ab 22. Mai



Leben und Einkaufen im Prenzlauer Berg



Naturkost
Naturwaren
Bistro
Partyservice

Mo-Di, Fr 9-18.30 Uhr
Do 9-19.00 Uhr
Sa 9-13.00 Uhr

Hufelandstr. 22
Prenzlauer Berg
Tel. 424 97 45

10407 BERLIN/PRENZLAUER BERG

**OBLOMOW
T E E
LADEN & STUBE**

KÄTHE-NIEDERKIRCHNER-STR. 15

HAGEN STOLETZKI

TEL. 030 / 4254634

SPEICHER

Freizeit • Arbeit • Camping • Survival

Discountladen Greifswalder Str. 216

Mo-Fr. 10.00-19.00 Sa. 9.00-14.00

UCKERMARKT

regionale ökologische Produkte

Greifenhagener Straße 23, 10437 Berlin

☎ 030 / 445 74 90

Mo-Fr 9.00-18.30 Uhr

Do 9.00-19.00 Uhr; Sa 9.00-13.00 Uhr

Bands, Platten, Konzerte

Die Schnitter:
„Mähdrescher“,
costbar/EFA.

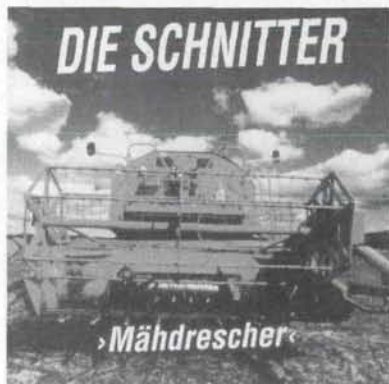
Phonoroid:
"Two many frames",
Clandestine Records/
IMM.
Konzert am 22.5. um
22.30 Uhr in der Volks-
bühne, Roter Salon.

Das Holz:
„Velouria“,
Chrom Records/EFA.

Enzo Enzo:
„Oui“,
BMG.

Gus Gus:
„Polidistortion“,
Rough Trade.

Faust:
„You know FaUSt“,
Indigo / Klangbad.



Tanzmusik aus dem Mähdrescher – Die Schnitter

Das 'costbar'-Label, mit dem einst Subway to Sally und die Inchtabokatables laufen lernten, hat jetzt mit „Die Schnitter“ ein neues Projekt unter seine Fittiche genommen. Doch während Subway to Sally eher für den „Ur-Folk“ stehen und sich die Inchtabokatables der populären Mystik widmeten, spielen „Die Schnitter“ eine ungeschmückte, angriffslustige Mischung aus Folk und Punk. Hinter dem brachialen Titel „Mähdrescher“ verbirgt sich Livemusik, die gut und schnell zur Sache kommt.

Auch hier ist die Geige bestimmendes Instrument. Gespielt wird sie von Bettina Weber, die nebenher ebenso in Kammermusikorchestern musiziert.

Die Wurzeln der fünf Bandmitglieder aus Kassel liegen in der Folkband „Stonehaven“. Sie entstand im gleichnamigen schottischen Ort als Urlaubsergebnis, und nacheinander fanden sich die fünf in dieser Formation.

Die Songs sind teilweise Anlehnungen an die Geschichte, wie eine moderne Liedfassung der Schlesischen Weber oder die Neuinterpretation eines Liedes aufständischer Bauern des 16. Jahrhunderts, „des Geyers schwarzer Haufen“. Andere Titel widmen sich den Problemen unserer Zeit, der Dekadenz einiger, der Perspektivlosigkeit vieler und auch einem altklugen Germanistikstudenten, dem neuerworbenes Wissen zu hoch zu Kopfe stieg.

Phonoroid: Klangliche Skizzen in einer Slideshow

Es klingt wie im Märchen: Bei Aufnahmearbeiten in irgendeinem Studio anywhere draußen sind Sängerin und Gitarrist dermaßen begeistert voneinander, daß sie beschließen, zusammen ein Projekt auf die Beine zu stellen. Sie kramt ein paar Fotos und zerknüllte Zettel mit Gedichten

hervor, er stößt seine Gitarre in den Verstärker und es geht los. Neben an sitzt noch ein Techniker und schneidet mit.

Ganz so war es natürlich nicht. Vanessa Vassar aus Texas und der Berliner Axel Heilhecker sind Profis. Sie arbeitete einst bei MTV, er war Gitarrist vieler Bands und spielt jetzt in der Harald-Schmidt-Studio-band (haha!). Doch mit den fünfzehn sogenannten 'first takes', Aufnahmen, bei denen der erste Mitschnitt nie verworfen und nur wenig verändert wird, ist es den beiden gelungen, eine Klanggalerie von Impressionen zusammenzustellen, die den Vorlagen, auf einer Amerikareise aufgenommene Polaroids und passende Lyrics, auf eine erstaunliche Art nahekomen.

Eine minimalistische Gitarre, die manchmal an die Neil Youngs in „Dead Man“ erinnert, an anderer Stelle in Folk- und Bluesharmonien verfällt oder sich in warme und weiche Klänge einfacher Melodi-



en zurückzieht, begleitet die introvertierte, aber expressive Frauenstimme, gibt ihr Halt und läßt sie fallen. Etwas Percussion rundet das Ganze ab. Ein kleines Meisterwerk der Perfektion in der Improvisation.

Holz ist weich, riecht und atmet. Es lebt.

Die seit vier Jahren spielende Formation „Das Holz“ hat mit dem zweiten Album „Velouria“ dreizehn klanglich virtuose Stücke produziert, die auf faszinierende Weise Melancholie, Anmut und Spielwut verbinden. Aus Holz gebaut sind auch die zwei Geigen, deren Melodien um einen unerbittlichen Mittelpunkt, das immer vorwärtstreibende Schlagzeug, herumtanzen. Volle, durchkomponierte Sequenzen ergänzen sich mit langen, experimentellen Passagen, die psychedelische Ruhe verbreiten. Die dreizehn Instrumentals haben Vornamen als Titel: Anna, Otto, Eloise. Spieleri-



sche Namen für Gedanken und Gefühle, denen die Musik Zeit und Raum gibt, sich einem Wechsel von Entfaltung und Verstecken hinzugeben.

Im Gegensatz zur kühlen Eleganz eines Tonträgers steht das umfangreiche Live-Engagement der drei Musiker. Als Vorband von Poems for Laila, den Inchtabokatables oder Element of Crime ebenso wie auf kleinen Klubkonzerten gelangen Ohrenweiden an das Konzertpublikum, egal ob akustisch oder elektrisch. Mitte April waren sie in Berlin, hoffentlich bald wieder.

cd

Paris im Zimmer: Enzo Enzo

Und auf einmal ist Paris in deinem Zimmer. Ein Spaziergang auf den Champs



Élysées, vorsichtiges Schnuppern an den Parfümfläschchen, der Springbrunnen am Anfang des Parks erfrischt dich, gibt dir Kraft, auf eine wilde Familienparty zu gehen ... Lebenslust.

Die beschwingten Melodien lassen Bilder im Kopf entstehen, ermöglichen es, sich Träumen hinzugeben. „Oui“ strahlt Freude aus, unterstützt durch diesen verzaubernden Bann der Musik, der einen unweigerlich gefangen nimmt. Befreiung ist zwecklos, aber auch nicht erwünscht.

Faust'sches Wechselbad

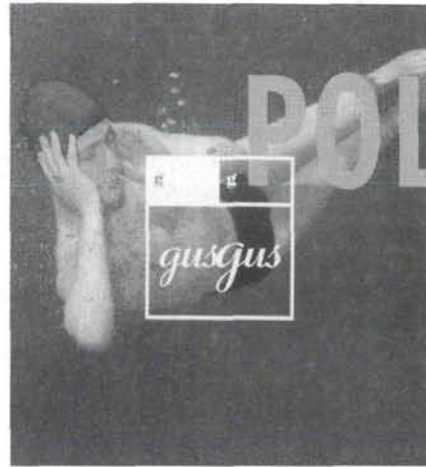
„You know faUSt“ ist ein Wechselbad aus laut und leise. Es beginnt mit einem *Hurricane*, fällt zurück in einen zaghaften Wiederaufgang, eine sanfte Melodie setzt ein, das Toben kann erneut beginnen. Es ist alles aufeinander abgestimmt, sogar die Pausenzeiten sind genau bemessen. Die CD ist ein Erlebnis, mal die Umsetzung unbekannter Klänge, mal ein Spiel mit Klischees. Mit Faust erlebt man Musik in verschiedenster Couleur, was andere als Krach herabsetzen würden, erforschen sie und versuchen, diesen „Krach“ in ihr Schaf-

fen einzubetten. Übrigens auch eine hervorragende Musik, um Einbrecher zu vertreiben.

Farbkasten Musik: Gus Gus

Wer in Reykjavik einen Spielfilm drehen will, kann so manches erleben: z.B., daß eine Band wie Gus Gus entsteht. DJ's, Dichter, Filmemacher, Schauspieler, Fotografen und Designer treffen aufeinander oder Trip Hop, Dance und Techno treffen auf Pop. Wie auch immer, „Polidistortion“ (eine Doppel-CD!) paßt nirgendwo richtig in eine Schublade, und gerade deshalb gehört sie in Eure.

Barbara Braun



Fehlkonstruktionen

„So kommt es sogar manchmal vor, daß wir drei verschiedene Stücke spielen, ohne das zu merken.“
Die „Faust“-Musiker Zappi W. Diermaier und Jochen Irmeler über mögliche Wege von Tonkunst.

Faust kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Ende der 60er Jahre gründete sich die Band, die von nun an der freien Musik den Boden ebenen sollte.

Ich frage sie, ob sie stolz sind, wenn sie beobachten, daß jüngere Musiker ihre Auffassung von Musik fortsetzen. Sie verneinen, verbinden keine Namen damit. Jedoch als ich nachhaken, ob sie darüber froh sind, können sie doch bejahen. Und in Jochen kommt allmählich ein Funke Stolz auf: „Daß man das aufrecht erhält, daß so etwas nicht untergeht, so ein Gedanke, den man in Musik ebenfalls anwenden kann, das finde ich gut. Das freut mich auch. Wenn das das Resultat von der ganzen Zeit ist, dann bin ich sogar stolz darauf.“

Die Band ist von sechs Musikern auf drei geschrumpft. Viele Jahre sind ins Land gezogen, ohne daß man von Faust etwas gehört hat. Aber man kann wohl kaum von einer Pause sprechen. Die Musik ist aktuell, vielleicht sogar ihrer Zeit voraus. Die Stücke entstehen (meist) anhand von Improvisationen, und da ist solch ein langjähriges gemeinsames Musizieren schon von Vorteil. „Ganz andere Musik machen wir nicht im Vergleich zu früher. Wir sind ja immer noch wir selbst. Daß wir nur noch zu dritt sind, spielt vielleicht eine Rolle, vor allem aber die Eindrücke, die wir in der Zeit gesammelt haben, als wir wenig miteinander gearbeitet haben. Was speziell sich geändert hat, kann ich nicht sagen. Wir machen genauso wie früher ziemlich spontane Musik, eben das, was wir mögen“, resümiert Zappi. Jochen geht näher in die Details und versucht, die Zusammenarbeit zu erklären: „Das sind alles fließende Dinge. Aber sonst würde sich nichts bewegen. Wir sind ja nicht perfekt, indem wir Maschinen sind. Es sind kleine Fehlkonstruktionen drin. Wenn du spielst, merkst du, wie der andere reagiert.“ Und Zappi ergänzt: „Ich kann auf jeden Fall von der Intensität her ziemlich gut einschätzen, wenn ich etwas mache, wie die anderen beiden reagieren und umgekehrt.“ Und Jochen weiter: „Man jongliert damit. Es kommen trotzdem kleine Unreinheiten vor in deinem Plan. Der geht manchmal nicht ganz auf. Das ist natürlich auch das Spannende daran. Es ist

wie eine Sozialstruktur, wie eben drei Individuen miteinander arbeiten.“ Es gibt verschiedene Möglichkeiten, jemanden

gewähren zu lassen. Zappi beschreibt sie im Faustschen Sinne: „Wir fangen an, irgend etwas zu spielen, und ich denke mir, was macht der denn jetzt. Aber es ist ja sein Lied genauso wie meines. Es ist Faustumusik. Da kann ich entweder aufhören zu spielen, oder ich stelle mich auf ihn ein, oder ich versuche, ihn zu unterdrücken, indem ich lauter werde und in den Vordergrund gehe. Aber eine Möglichkeit ist auch, aufzuhören und ihn zu lassen. Das ist in Ordnung.“

Am 10. April konnte man in der Volksbühne Zeuge ihres Schaffens werden. Es war ein wahrhaftiges Ereignis. Feuerwerke und Rauchschwaden begleiteten ihre brachialen Improvisationen, in denen sich immer mal wieder kleine Melodiefolgen den Weg zu erkämpfen versuchten. Die Frage vorab, ob es Konzepte gibt, die den ungefähren Ablauf des Konzertes verdeutlichen. Jochen: „Wir reden natürlich darüber, was wir machen wollen, machen so 'ne Art Klausur. Aber wenn man dann auf die Bühne geht, kann es sein, daß wir innerhalb einer ¼-Stunde das Konzept hinter uns gelassen haben.“ Zappi fügt hinzu, daß sie für die Tour „Reihenfolgen entwickeln“, daß einige Stücke von der „You know faUSt“ „erkennbar“ sein werden, „aber meistens läuft es darauf hinaus, daß es dann umgekippt wird, weil wir plötzlich Lust haben, etwas anderes zu machen, und uns nicht gerne festlegen wollen auf so etwas.“ Und wozu dann eine solche Festlegung? Zappi: „Es gibt uns zur Zeit ein bißchen Selbstsicherheit, und es macht auch Spaß, allein das Festlegen.“ Jochen: „Ich glaube eigentlich, es sind Dokumente dafür, wie wir uns nicht verhalten haben.“ Und er bekommt wieder Materialien für seine große Sammlung. Glücklicherweise sind noch viele Tondokumente vorhanden aus dem Zeitraum, in dem keine Alben produziert oder Konzerte veranstaltet wurden. „Hunderte von Stücken Musik gibt es“, so Jochen, der dabei ist, diese zu bearbeiten. Man darf also gespannt sein.

Barbara Braun



LERNEN Metropolen in Deutschland

„Mutti, unser Weimar tragen wir im Herzen!“

Folge IV

* Sprich [no],
übersetze: Ja.

Weimar hat 60.000 Einwohner und 19 Museen und unzählige Sehenswürdigkeiten. Südwestlich zwischen Gelmeroda und Großobringen gelegen, war bereits Landeshauptstadt Thüringens (das ham heute die Erfurteern) und wird Kulturhauptstadt Europas 1999. Eine echte Metropole also.

Das wichtigste in Weimar sind jedoch die Touristen, die millionenfach Weimar besuchen und zu denen die Weimarer Bürger stets sehr hilfsbereit sind...

Ein Weimarer Bürger, ca. 50 Jahre, Hut, Faltenhose und mit grün-blauem Stoffbeutel in der Hand, steht am Goetheplatz und wartet auf seinen Bus. Es kommt eine junge Frau auf ihn zu, mit Fotoapparat, Stadtführer und Sonnenbrille als Touristin gekennzeichnet.

Entschuldigung, ich suche das Grab des Kuno von Schwartzberg, auch Kurwenal genannt. Können Sie mir da helfen?

Ween suchen Se?

Das Grab des Kuno von Schwartzberg.

Ham'mer, äh kenn isch nisch.

Aber Sie sind doch aus Weimar?

No.*

Ach so. Dann entschuldigen Sie bitte nochmal die Störung.

Geht, Weimarer Bürger hinterher.

Nu renn'se doch nisch gleich weg. Warten'se mal. Vielleicht krieg'mers ja noch naus, wo ihr Kuno begraben liescht...

... aber wenn Sie doch nicht aus Weimar sind ...

... wer sachten das, isch bin wohl aus Weemar ...

... ach so.

Pause, beide mustern sich.

So, nu warten'se mal junge Frau, isch geh ma fragen, wo das Grab von dem Kuno is.

Der Weimarer Bürger hat offensichtlich einen Bekannten entdeckt, der am nahegelegenen Imbiss-Stand eine Bratwurst verzehrt.

Tach Günnern ...

Na, Erich?

Na wiee'n?

No.

Pause. Beide gehen langsam in Richtung der Touristin.

„Kuno von Schwartzberg, auch Kurwenal genannt – ein Rechenkünstler. Mit dem Hund, dessen Besitzerin Freifrau Matilde von Freytag-Loringhoven den Weimarer Tierschutzverein gründete, beschäftigte sich auch der berühmte Verhaltensforscher Konrad Lorenz. Grabstein in Weimar.“

Was, das war'n Hund?

Ja.

Die beiden Weimarer gucken sich an, dann die Touristin ...

Sachen'se mal wo kommen Sie'n her?

Sachemal Günnern, kennst Du een Kuno, der in Weimar begraben sein soll?

Oh nee, weest du, wer in Weimarn alles begraben is...

... na ja ...

Na frach'se doch mal, wer das is!

Touristin liest aus ihrem Stadtführer vor:



Freistehender Altar in Weimar: Goethe-und-Schiller-Denkmal.

P.S.:

Die Überschrift ist ein Zitat des Schwaben und Schriftstellers Heinrich Lilienfein, der 1920 zum Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung berufen wurde und 1949 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Weimar erhielt.

Das Grab des Hundes Kuno von Schwartzberg befindet sich im Garten Ecke Marienstraße/Geschwister-Scholl-Straße.

Aus Berlin.

...

Pause.

Ost oder West?

Ostberlin.

Ach so.

Also, wo hier'n Weimar de Hunde begraben lieschen, des wees ich nisch!

Nu warte doch mal. Frach'se mal, ob der Hund was mit Goethe zu tun hat! Oder mit Schillern.

Nein, hat er nicht.

Na, dann sieht's schlecht aus.

Ratlose Pause.

Ham'se denn schon das Goethehaus angeguckt?

Ja.

Und's Schillerhaus?

Ja.

Herderkirche?

Auch.

Schloß?

Ja.

Goethe-Gartenhaus?

Logisch.

Belvedere?

Auch das.

De Gruft?

Was?

Na da, wo unser Goethe un Schiller begraben lisch'n.

Ja natürlich.

Pause.

Na, da ham se doch alles gesehen, was wolln'sen da noch mit'nem Grab von nem Hund?

Is doch bestimmt och so was Neumod-sches!

Die beiden Weimarer Bürger gucken sich bestätigend an.

Wissen'se die machen jetzt so viel neuen Kram hier in Weemar, das globen'se nisch! Das macht die Stadt und den Goethe noch kaputt!

Wieso?

Ach, das kann mer gar nisch alles erzählen...

Der Bus kommt.

Günner, machst du mit nach Tiefurtn nüber, der Bus kommt?

No.

Also, passen'se off, junge Frau. Sie gehn jetzt zur Tourismus-Information am Markt, fragen wo das Grab von dem Kuno is, dann kaufen'se sich noch ein schönes Buch vom Goethe und dann guggen'se sich vielleicht noch ihr Grab an. Aber bringe'ses nisch durcheinander mit dem Goethe, gel!

Touristin verschüchtert:

Ja, ich danke Ihnen.

Ach, da müssen'se sich nisch bedanken!

Die beiden Weimarer Bürger steigen in den Bus, die Touristin geht nachdenklich zur Touristen-Information am Markt.

jot

Foto: atze

UnAufgefordert



Es fliegen mehr als man denkt.



London ab **294,-*** →

Lissabon ab **439,-*** →

New York ab **552,-** →

Los Angeles ab **804,-** →

Mexico ab **917,-*** →

Bangkok ab **861,-** →

Caracas ab **957,-*** →

Nairobi ab **990,-*** →

Rio de Janeiro ab **999,-***

→ Johannesburg ab **999,-***

→ Hongkong ab **1059,-***

→ Sydney ab **1522,-***

→ Weitere Angebote über

unseren Flugpreis-Faxabruf

0190/252515. (Talkline, DM 1,20/min.)

Internet: <http://www.statravel.de>

* Sondertarif i. d. R. für junge Leute unter 30 und Studenten unter 35 Jahren. Preise pro Person in DM, zzgl. Steuern und Gebühren zwischen DM 20 und DM 80 je nach Ziel. Tarifstand bei Redaktionsschluß.

STA Travel, 10625 Berlin,
Goethestr. 73 / Ecke Schlüterstr.,
Tel.: 0 30 / 3 11 09 50.

STA Travel, 10117 Berlin,
Marienstr. 25, Tel.: 0 30 / 28 59 82 64.

STA Travel, 10117 Berlin,
Dorotheenstr. 30, Tel.: 0 30 / 20 16 50 63.

STA

STA TRAVEL
Worldwide



Rätsel (wie drübersteht so wahr)

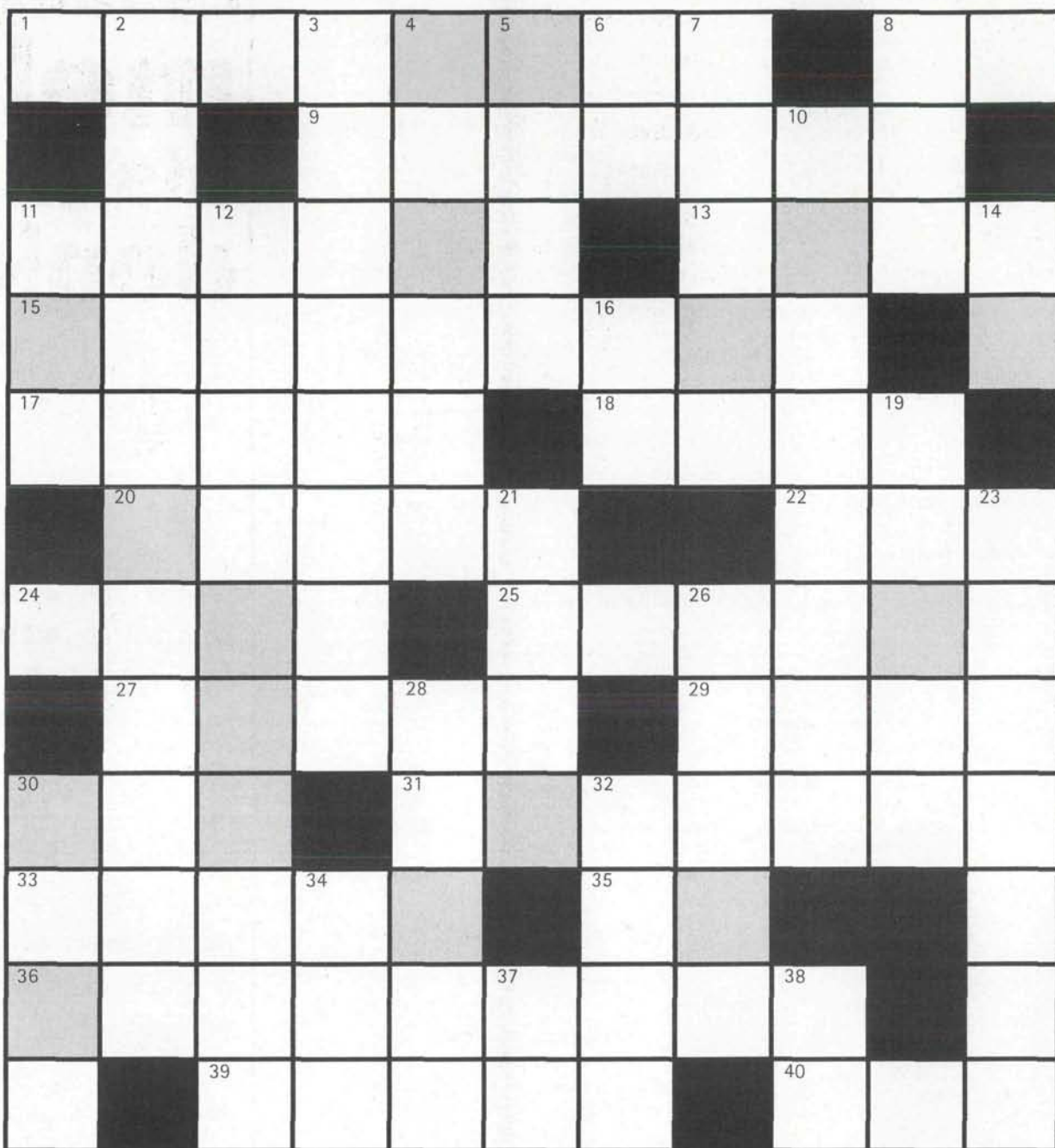
Liebe Rätslerinnen
und Rätsler!

Das 84er Rätsel ist das
erste Auslandsrätsel; es
stammt fast vollständig
aus Lohr am Main

(„Du mußt die Land-
karte von Deutschland
ausschneiden und auf
eine Stecknadel stel-
len, zum Beispiel so,
daß offensichtlich ist:
Lohr am Main ist der
Schwerpunkt des Lan-
des...“ – mit dem Stich
wäre Lohr am Main
allerdings vermutlich
als Punkt auf der Land-
karte ausgelöscht.), das
demnächst in „Metro-
polen in Deutschland“
fokussiert zu werden
gedenkt.

Bis zu diesem Zeitpunkt
müßt Ihr, werte Rätsle-
rinnen und Rätsler, mit
dem diesmaligen Lö-
sungswort aus dem
Lohrer und aller weite-
ren Großstädte Ge-
sundheitswesen Vorlieb
nehmen, nämlich so:
Gefüllte Graufelder
entleeren, Inhalt ver-
sinn- und wortlichen,
an UnAuf schicken,
Termin einhalten (siehe
Impressum) und ein
lehrreiches Buch, wie
die Hausarbeit zu ge-
stalten wäre, gewinnen.
Pack'mer's!

rebus



Horizontal:

1. Führprojektion; 8. auf- und ab-Partner; 9. kaliforni-
sches Eichenland; 11. doch kein Auftrag; 13. in Europa
organisiertes Fußballspielen; 15. nicht ganz kapiert; 17.
aus Luft gewonnenes Edelgas; 18. hundert Quadratmeter,
oder?; 20. Müller, Schulze, Lehmann – Ergänzung;
22. Frage nach dem, der fragt; 24. griechische entvoka-
lisierte Insel; 25. kognitiv weitgehend ineffektiver Kon-
zentrationsausgleich; 27. beziffertes Verhältnis zwischen
Angebot und Nachfrage; 29. künstlerisches Ende eines
Kneipenspiels; 30. frankophiles Randgebiet eines ameri-
kanischen Südstaates; 31. artistischer Tanz in al-
ten Schuhen; 33. operiertes Organ; 35. herausforder-
nder Markwort-Interpret; 36. Sohn in England, nach „am
Kinn“ benannt; 39. Krümelmonsters Leibgericht; 40.
Haustier- und Autoteil;

Vertikal:

2. übertriebene Körperertüchtigung; 3. turtle-Synonym; 4. deut-
sches Obst; 5. Filmtheatervariante; 6. endlose südamerikani-
sche Hochgrassteppe; 7. zwischen zwei Zeitpunkten; 8. öffent-
lich-rechtliches Vize; 10. Bezeichnung; 11. anzügliches
Zahlwort; 12. Kreisstadt an der oberen Hase; 14. Gemeins-
amkeit von Arbeitsgemeinschaft und Aktiengesellschaft; 16.
irgendwo, wenn auch hier; 19. Estland in Estland; 21. apostro-
phierter Spitzname von Rosemarie; 23. Vorsicht vor Autoritäten;
26. russische Butter; 28. Lehre von geladenen Teilchen; 30.
Jura-Zeitraum; 32. Bier-, Tabletten- oder Computerbehältnis;
34. vor (der Scheidung); 37. Hartfrucht ohne Amerika; 38. ver-
schlüsseltes Stickstoffkalium.



zu: Liebesbriefe in UnAuf Nr. 83:

Liebe Liebesbriefredakteurin!

Das war eine harte Nuß, die mir der Kollege zu knacken gab. Erraten, wer die Liebesbriefe redigiert. Lust, niemandes Rätsel zu sein unter soviel Namen. Ich schaute und sann und hatte die Telefonstimme im Ohr. Da wären z. B. zwei Franzisk(c)as, zwei Sylvias gleicherweise. Ja wer?

Nicht genug damit. Eine Beatrix wert im Impressum, die macht mir ein ix für ein u vor, und Antje, wie vorher angemerkt, gibt mir rebus-Rätsel auf. Überdies noch eine berlinische ri(e)ke und Schah von Bla, die bürgerliche Julia der Redaktion. Dammed! Das ist des Ratens zuviel. Vielleicht offenbart sich die Liebesbriefdienstlerin selbst. Ich entschleierte sie nicht.

Helmut Schinkel

Lieber Herr Schinkel,

ist es nicht so, daß uns Menschen das Geheimnisvolle anzieht, während uns das Bekannte auf die Dauer nicht zu fesseln vermag? Aus diesem Grund, werter Freund, und auch auf die Gefahr hin, Sie zu enttäuschen, ziehe ich es vor, mich nicht zu offenbaren. Aber nehmen Sie es nicht so schwer, ich bleibe gerne weiterhin Ihr „süßes Geheimnis“...

Auf ewig Ihr Liebesbriefredakteur

zu: „Bücherkampf“ in UnAuf Nr. 83 und „Ticker“ in UnAuf Nr. 82:

Liebe UnAuf,

mittlerweile ist es wohl doch an der Zeit, einiges richtig zu stellen. Wiederholt wird in Eurer Publikation behauptet, die „Fachschaft der juristischen Fakultät“ hätte Bücher aus studentischen Mitteln für die Zweigbibliothek gekauft. Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist, daß wir vorhatten, Bücher aus studentischen Mitteln (im Wert von 3000 DM) zu kaufen. Das Geld, von dessen Vorhandensein wir irrträglich ausgingen, war aber in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Infolgedessen wurden keine Bücher gekauft.

Richtig ist auch, daß wir als Fachschaft grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß in Ausnahmefällen Bücher aus studentischen Mitteln gekauft werden sollten. Wir sind uns der Brisanz dieser Entscheidung wohl bewußt, glauben aber, daß eine demokratisch legitimierte Fachschaft in der Lage ist, verantwortlich mit studentischen Geldern umzugehen.

Richtig ist weiterhin, daß wir wiederum beschlossen haben, 4000 DM der Bibliothek zu spenden. Das Geld hierfür stammt übrigens – auch wir kennen den rechtlich übrigens sehr fragwürdigen StuPa-Beschluß – aus einer speziell zugunsten dieses Zweckes veranstalteten Verlosung/Versteigerung von gespendeten Gegenständen im Rahmen des von der Fachschaft veranstalteten Fakultätstages. Diese Initiative wurde äußerst positiv aufgenommen. Solch eine Aktion verlangt natürlich mehr Engagement, als bloßes „Immer-dagegen-sein“, mensch muß nämlich den Elfenbeinturm der 'reinen Lehre' verlassen. Für den Fachschaftsrat Jura, mit studentischen Grüßen

Philipp Steinberg

Liebe Fachschaft Jura, lieber Philipp Steinberg,

die Auskunft, die Fachschaft Jura habe Bücher von studentischen Mitteln gekauft, entnahmen wir den StuPa-Protokollen des letzten Semesters. So wurde auch für den „rechtlich übrigens sehr fragwürdigen“ StuPa-Beschluß vom 20. Januar 1997 argumentiert. Erstaunlich allerdings ist, daß sich seit der StuPa-Sitzung vom 20.1. d.J. keiner der Juristen gegen diese Aussage gewehrt bzw. die falsche Aussage richtig gestellt hat. Um so erstaunlicher, daß Ihr damit jetzt an uns herantretet ...

Mit freundlichen Grüßen

der Liebesbriefredakteur



Verband der Elche in Deutschland

Der Bundesgeschäftsführer

Frau
Franziska Busse
Studentenzeitung UnAufgefordert
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6

10099 Berlin

Ihre Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen / Unsere Nachricht vom

Tel. Durchwahl-Nr.
89177012

Datum
18.04.97

Sehr geehrte Frau Busse,

mit Erstaunen und Befremden hat der VED die Seiten 26 und 27 in der Ausgabe Nr. 83 (April 1997) der Studentenzeitung UnAufgefordert zur Kenntnis genommen.

Zunächst möchten wir unseren entschiedenen Protest gegen die durch uns nicht genehmigte Verwendung eines Fotos unseres Bundesvorsitzenden Edgar einlegen. Wir verlangen für diesen Vorgang, der sich nicht nur auf einen unautorisierten Abdruck beschränkt, sondern in der Art und Weise der Gesamtdarstellung auch eine tiefe Respektlosigkeit gegenüber den Elchen ausdrückt, eine entsprechende Erklärung Ihrerseits bzw. der weiter als verantwortlich zeichnenden Redakteure Stefan Beetz und Frank Dalichow.

Weitere rechtliche Schritte behalten wir uns vor.

Des weiteren möchten wir auf das Entschiedenste gegen die Unterstellung eines Kulturstreits des VED mit der süddeutschen Volksgemeinschaft der Schwaben protestieren. Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß der VED seit Jahrzehnten gemeinsam mit dem Verband der Eigenheimbesitzer Ober-Boihingen erfolgreich an einer Verbesserung der Beziehungen der Elche zu den Schwaben arbeitet. In diesem Zusammenhang begann im letzten Jahr die große Wanderausstellung: „Der Elch im Schwaben“. Die Entdeckung einer Freundschaft. Auf die entsprechenden positiven Rezensionen dieser Ausstellung im Südbayerischen Kurier und den Reutlinger Nachrichten sei verwiesen.

In Hoffnung auf eine unter Studenten ja zu vermutende Lernfähigkeit erbiten wir für die Zukunft eine positivere und objektivere Berichterstattung über die Elche.

Mit freundlichen Grüßen

Kleiner Elch
Bundesgeschäftsführer

Verband der Elche in Deutschland
- Bundesgeschäftsführer -
Rauchstr. 11
10787 Berlin

Tel.: 030/89177091
Fax: 030/89177030
E-Mail: bgf@bund-ved-berlin.de
Internet: http://www.ved.de

Bankverbindung:
Berliner Bank
BLZ 105 200 00
Kto.-Nr.: 4674 788 171

Wie erst nach Redaktionsschluß bekannt wurde, hat der Vorsitzende des Verbands der Elche, Edgar Elch, den Bundesgeschäftsführer, Kleiner Elch, aufgrund anhaltender Differenzen seines Postens enthoben.

UnAuf



Tips und Termine

Wohin im Sommer?

Zum Beispiel in ein Internationales Workcamp. Solche Camps sind nicht nur eine der preiswertesten Möglichkeiten, die Welt kennenzulernen, sondern sie bieten auf effiziente Weise die einmalige Gelegenheit, den eigenen geistigen Horizont in nur wenigen Tagen kubisch zu erweitern. Zusammen mit Gleichaltrigen wohnen, arbeiten und feiern bringt viel mehr als nur aufgefrischte Englischkenntnisse. Vielleicht wird das Dein Sommer! Auf nach Kanada oder Togo, Spanien oder Sachsen! Die VJF bietet etliche Workcamps im In- und Ausland – Sommerkatalog anfordern! Für Leute, die noch mehr eigene Phantasie und Engagement einbringen wollen und selbst solch ein Camp mitgestalten wollen, gibt's zudem die Möglichkeit, als TeamerIn mitzuarbeiten. Informationen bei: Vereinigung Junger Freiwilliger e.V. Hans-Otto-Str. 7 10407 Berlin Tel.: 42 85 06 03 Im Internet: <http://www.vjf.de>

Liebe Fachschaftsaktive,

die regelmäßigen Fachschafts koordinations-treffen wurden auf Montag, 19.00 Uhr verlegt. Unsere nächsten Treffen finden also am 12. und 26. Mai '97 in der Dorotheenstraße 26 im Raum 300 (Fachschaft Sozialwissenschaften) statt. Gruß Sonja, Referentin für Fachschafts koordinations

„Was zusammen wächst...“

Ausstellung im Foyer des HG und in der „Kleinen Humboldt-Galerie“ im Rechenzentrum Unter den Linden 6. „Was zusammen wächst. Bilder, Rituale und Symbole im vereinigten Deutschland“ ist das Ergebnis eines studentischen Ausstellungsprojektes zum Thema „Die Gestaltung der Einheit – Bildsymbole und Sprachmetaphern im deutschen Vereinigungsprozeß“. Öffnungszeiten: Di-Fr 12-18 Uhr noch bis zum 26. Mai 1997

Diskussion zur Hochschulpolitik in Berlin

am 22. Mai 1997 um 19.30 Uhr im Raum 309, DOR 24 mit Christian Gaebler (Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD). Treffen der Juso Hochschulgruppe jeden

2. und 4. Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr im Raum 3011a, Hauptgebäude, Unter den Linden 6. Wer Interesse hat, ist immer eingeladen.

BAKJ-Kongreß zum Sozialstaat

Vom 13.- 15. Juni 1997 findet an der HUB ein Kongreß des Bundesarbeitskreises Kritischer JuristInnen mit dem Titel: „Es ist angerichtet: Soziales Fressen“ statt.

Programm:

Freitag, den 13. Juni 1997

bis 17.30 Uhr Anreise
bis 19.00 Uhr Abendessen
19.00 Uhr Begrüßung
19.30 Uhr Podiumsdiskussion: Globalisierung
ReferentInnen: Christa Luft, MdB PDS, Berlin; Harald Schumann, Der Spiegel, Berlin; Peter Decker, Gegenstandspunkt, Nürnberg; Dr. Helmut Wiesen-thal, Max-Planck-Institut, Berlin; Thomas Ebermann, Autor, Hamburg
Diskussionsleitung: BAKJ
anschließend: Berliner Nachtleben

Samstag, den 14. Juni 1997

9.00 Uhr Frühstück
bis 13.00 Uhr Arbeitsgemeinschaften
bis 14.00 Uhr Mittagspause
bis 17.00 Uhr Arbeitsgemeinschaften
18.00 Uhr Abendessen
19.00 Uhr BAKJ Interna
21.00 Uhr Theater „Unter Druck“
danach: rauschendes Fest

Sonntag, den 15. Juni 1997

10.00 Uhr Frühstück
11.00 Uhr Podiumsdiskussion zu Alternativen und Utopien eines zukünftigen, sozial gerechten Staates
ReferentInnen: Micha Brumlik, Uni Frankfurt/M.; Dr. Michael Hüther, Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Ellen Brombacher, PDS Berlin; Marie-Luise Beck, Grüne Bonn; Dörthe Jung, Frauenbildung, Frankfurt

ab 14.00 Uhr Abreise

Kontakt: arbeitskreis kritischer juristen und juristinnen an der Humboldt-Uni Juristische Fakultät Unter den Linden 6 Raum 3011a im HG Tel.: 2093-2151 (AB) Fax: 2093-2465

Diskussionsplenen des akj

Im Sommersemester 1997 jeweils dienstags um 20.15 Uhr im Seminargebäude am Hegelplatz (DOR 24), Raum 411.

13. Mai

Freke Over, MdA PDS: „Liberalisierung der Drogenpolitik“ Umdenken in der Drogenpolitik in Deutschland und der EU. Rechtsproblematik in der BRD und EU. Internationale Verträge, die einer Liberalisierung der Drogenpolitik im Wege stehen.

20. Mai

Dr. Dietmar Wittich (Soziologe): „Die 'neue' soziale Frage“ Ausgehend von der 'alten' sozialen Frage, der Arbeiterfrage, analysiert der Referent die aktuellen sozialen Probleme der kapitalistischen Gesellschaft und kommt zur Darstellung der Dimensionen der 'neuen' sozialen Frage.

27. Mai

Alexander Ewald: „'Globalisierung' – Ende des Nationalstaats“ Die Globalisierung der Welt erscheint eine Tatsache. Sind Nationalstaaten dieser Entwicklung tatsächlich hilflos ausgeliefert, so daß eine Anpassung an die neuen Gesetze des Marktes notwendig wird, oder beschreiben die neuen Globalisierungstheorien mehr 'Schein als Sein'?

3. Juni

N.N. „Sexueller Mißbrauch von Kindern und der rechtliche Umgang damit“

10. Juni '97

Katharina Ziolkowski: „Internationaler Strafgerichtshof“ 1998 soll durch einen multilateralen Vertrag ein internationaler Strafgerichtshof konstituiert werden. Das International Law Committee der UNO arbeitet seit 50 Jahren daran. Ein Konsens der Staatengemeinschaft ist dafür nötig. Der Konsens ist da, der Vertrag kommt. Die Referentin erläutert die geschichtliche Entwicklung, geht auf Kompetenzen im Verhältnis zu den nationalen Gerichten und dem Sicherheitsrat ein und stellt politische Bedenken dar.

Arbeitstreffen des akj finden jeweils vor den Veranstaltungen ab 18.00 Uhr im Raum 411 statt.



18. Berliner Volksuni Pfinsten 1997

Globalisierung –
Solidarität oder Barbarei
16. bis 19. Mai '97

Die Zahl der Arbeitslosen liegt offiziell bei 4,7 Millionen. Keine Woche vergeht, in der nicht ein neues Stück des Sozialstaats zur Disposition gestellt oder Probleme des Standorts Deutschlands beschworen werden. Bei diesen Reden wird kaum ein Wort mehr strapaziert als „Globalisierung“. Sie wird uns als weltweiter Sachzwang vorgeführt, der zwar nicht zu steuern oder zu gestalten ist; der aber die mit Erfolg und Aufstieg belohnt, die flexibel sind und sich schnell darauf einstellen.

In rund 80 Veranstaltungen werden 120 ReferentInnen aus den sozialen Bewegungen, aus Wissenschaft, Politik, Kultur und Kirche diesem populären Schlagwort auf den Grund gehen. Ist sie eine naturwüchsige Gesetzmäßigkeit, der wir uns nur wohl oder übel unterwerfen können, oder dient

der Slogan der Verhüllung politischer und ökonomischer Interessen? Und wo liegen die Chancen der weltweiten Vernetzung, die ja nicht nur von den „global players“, sondern auch von den Nichtregierungsorganisationen vorangetrieben wird?

Unterteilt in die Ressorts Arbeit und Gewerkschaften, Frauen, Wissenschaft und Politik, Ökologie, Internationalismus, Kultur und ChristInnen dreht sich also in diesem Jahr alles um die Analyse der Globalisierung: um Gefahren, Chancen und Gegenstrategien.

Die Gesamtkarte für alle Veranstaltungen kostet DM 35,- für Nichtverdienende, DM 50,- für Verdienende und den Solidaritätspreis von DM 70,- für die „Besserverdienenden“ (Einzelkarten DM 6,-/9,-). Ein vollständiges, kostenloses Informationsblatt oder das ausführliche Programm (DM 3,-) ist im Buchhandel oder im Büro der Volksuni erhältlich.

Für weitere Infos:

Büro der Volksuni Berlin

Tel.: 201 35 93

Mo 10-18 Uhr, Di 10-14 Uhr, Do 14-18 Uhr

Zimmer frei!

Es gibt grad' ein Zimmer in Friedrichshain. Weil keiner drin wohnt, ist es ganz allein. Geschehen muß was, Es ist schon ganz blaß. Ulrike und Zimmer rufen: „Zieh ein!“

Zimmer mit Balkon, 400 DM warm, für Studentin in 2er WG
Tel.: 29 66 35 21 (Abends)

PraktikantInnen gesucht

Fernsehenmachen lernen!

Beim Fürstenwalder Lokalfernsehen – dem Ausbildungssender in Brandenburg. Meldet Euch für studienbegleitende Praktika, 2 Tage pro Woche, 1 Semester oder 2 Monate am Stück.

Oskar TV

Turmstraße 1

15517 Fürstenwalde/Spree

Tel.: 03361/594 50

Morgenduft, Rabattenzeit

19. Fortsetzung

Während der Kutscher noch überlegt, ob er nun vorwärts oder rückwärts fallen soll, wenden wir unseren Blick an den Ort eines anderen Geschehens:

In einem kleinen, sonst sehr friedlichen Waldstück, etwa 80 Kilometer vom Schloß derer von Schlewitz entfernt, weht der Wind sanft durch die Äste alter Buchen und Eichen. Doch seit einigen Tagen ist alles anders als sonst. Die Vöglein zwitschern nunmehr nur noch leise und verängstigt aus dem Geäst, die Eichhörnchen haben sich in ihr Nest verzogen und beten zum Großen Manitou, er möge ihren Nußvorrat für den Winter retten, Kaninchen hoppeln verschreckt durchs Unterholz und ein Rothirsch zieht vorsichtshalber sein Geweih ein. Seit mehreren Tagen wütet nämlich ein Mensch laut schimpfend durch das Revier.

„Oh, Du vermaledeiter Zigarettenautomat!“ Henrik von Plotho war außer sich. „Spuck sofort mein Fünfstück wieder aus oder ich trete Dir in Deine leuchtende Armatur.“ Doch der widerspenstige Zigarettenautomat zog es trotz der Drohung vor, sich nicht zu rühren. Und während unser junger Adliger noch fluchend vor dem dreisten Ding steht und sich ärgert, schwant ihm langsam, warum so mancher Ehemann von seinem abendlichen Gang zum Zigarettenautomaten nie mehr zurückkehrte! Was wohl Sophie-Charlotte darüber dachte, daß er vom

Zigarettenholen nicht mehr zurückkam? Sie mußte ihn für einen Feigling halten...

„Dauert es noch lange, junger Mann?“ knarrt eine alte Frauenstimme hinter Henrik und unterbricht ihn in seinen trüben Gedanken. „Ich muß nämlich für mein Patenkind Katharina ein paar Zigaretten holen und habe nicht den ganzen Tag Zeit!“ Henrik dreht sich erschrocken um und schaut dem alten Kräuterweib in die Augen. „Ich...ich...ich w-w-w-weiß nicht. Der A-a-a-automat hat m-m-m-mein G-g-g-geld verschluckt, a-a-a-aber keine Zigarette rett-retten ausgespu-spu-spuckt“, stammelt er.

„Lassen Sie mich mal da ran“, knurrt ihn die Alte an und drängt ihn beiseite. Mit ihren knöchigen Händen zieht sie an einem der für Henrik bisher verborgen gebliebenen Hebeln und überreicht dem staunenden Henrik eine Schachtel. „So, und nun verschwinden Sie von hier, junger Mann. Und werfen Sie mir ja kein brennendes Camel in den Wald, verstanden?“

Und während sich das Kräuterweib ihre Zigaretten zieht, schauen hoch oben aus den Zweigen einer alten Buche hämisch kichernd zwei menschliche Augen dem flüchtenden Henrik nach...

mit-c

KARL & OLIVER IN SPACE TEIL 2

Karl, Oliver und Nils sind auf dem Mats gelandet. Dort entdecken sie eine außerirdische Mutter...

